DIE MONATSZEITUNG FÜR SELBSTORGANISATION

CONTRASTE

POSTFACH 10 45 20 – 69035 HEIDELBERG
TELEFON 0 62 21 – 16 24 67

186 17. JAHRGANG März 2000 8,00 DM

SCHWERPPUNKT: WOHNUNGSLOSENPROJEKTE

Auf der Straße (über)leben

Foto: Ludwig Rauch

1990: Mit ausdrücklicher Senatsgenehmigung leben Hamburger Obdachlose unter einer Brücke in Hundehütten, die ihnen ein Künstler anfertigte

Das Problem galt schon einmal als überwunden. In einem der reichsten Staaten der Welt, der Bundesrepublik Deutschland, leben über 500.000 Menschen ohne Wohnung. Allein in Hamburg sind mindestens 1.200 Menschen obdachlos. Sicherlich sind die Ursachen und die Erscheinungsbilder von Wohnungslosigkeit und somit die Lösungsmöglichkeiten unterschiedlich. Aber immer noch gilt der Grundsatz, den Carl Zuckmayer im »Hauptmann von Köpenick« schildert: »Keine Arbeit, keine Wohnung – keine Wohnung, keine Arbeit«.

Erich Jungnickel, Redaktion Hamburg ● Nach den Ursachen für Arbeits- und Obdachlosigkeit fragt niemand. Eher herrscht eine Meinung vor, wie sie im Theaterstück »Kalte Platte« des Obdachlosentheaters »Obdach-Fertig-Los« dargestellt wird: *»Aber die wollen das doch gar nicht andres, die Penner. Nicht arbeiten, Geld vom Sozi. Und den ganzen Tag saufen. Waschen könnten die sich doch wenigstens mal.«* Als wenn es so leicht wäre, ein bürgerliches Leben zu führen, wenn man Nachts auf Heizungsschächten oder Parkbänken schläft. Der Absturz dahin ist schnell, wenn die sozialen Bindungen reißen, der Weg zurück in ein normales Leben schwer wird und mit der Dauer der Obdachlosigkeit immer schwerer. Man kann sich auch auf der Straße »etablieren«.

Der Staat denkt für die Wirtschaft, die Innenstädte sollen sauberer werden für die, die auch kaufen wollen. Kein Hundekot mehr auf den Wegen, keine Graffitis mehr auf den Wänden, keine Obdachlosen oder Junkies mehr in den Einkaufsstraßen. Das »subjektive Sicherheitsgefühl« der Bürger leide unter »Treffpunkten von Randständigen« und unter »aggressivem« Betteln, so der Hamburger Innensenator Wrocklage. Verbote sollen Abhilfe schaffen.

Seit einigen Jahren gibt es aber auch Initiativen, die versuchen, den Teufelskreis zu durchbrechen. Teilweise als Erweiterung klassischer Sozialarbeit, teilweise als Selbsthilfegruppen, wird versucht arbeiten zu finden, die auch ohne Wohnung leistbar sind, oder andererseits Wohnungen für Menschen zu finden, die wieder lernen müssen in »normalen« Wohnungen zu leben. Weit verbreitet sind dabei die Straßenzeitungsprojekte, in denen Obdachlose etwas Geld verdienen können, indem sie zu diesem Zweck produzierte Zeitungen verkaufen. Andere versuchen wenigstens, das Leben auf der Straße erträglicher zu machen. Eine warme Mahlzeit, Duschmöglichkeit oder Kleidertausch können da schon viel beitragen, aber die am weitesten abgestiegenen können nur an ihren Schlafplätzen (den Platten) erreicht werden. Und nur dort ist auch eine gesundheitliche Grundversorgung möglich. Dafür fährt in Hamburg ein »Mitternachtsbus«.

Aber auch die Mittagstische müssen gefüllt werden, gerade, wenn der Staat im sozialen Bereich immer mehr einspart. Dabei gibt es genug Lebensmittel, die nicht mehr verkauft werden können, dürfen oder sollen. Sei es, weil das Verkaufsdatum gerade abgelaufen ist, oder Frischware nicht mehr ganz frisch ist. Die »Tafelbewegung« versucht, diese Lebensmittel zu sammeln und an die sozialen Institutionen zu verteilen.●

Schwerpunktthema auf den Seiten 6 bis 9

AUS DEM INHALT:

ÖFFENTLICHE RÄUME

Ausgerechnet in Leipzig, der Stadt der Montagsdemonstrationen von 1989, wird mit einem System komunaler Überwachung per Videokameras experimentiert. Die »AG Öffentliche Räume« im Leipziger Stadtteil Connewitz stellt fest, dass die laufende Installation von Überwachungskameras eindeutig der Kriminalisierung der alternativen Wohn- und Kulturprojekte dient. Seite 2

WORKERS BEER

In London gibt es ein Pub der besonderen Art. Im »Bread & Roses« bekommt man das sog. »Workers Ale« (Label mit einem »rotefahne-schwingenden« Arbeiter). Der Pub ist gleichzeitig die Firmenzentrale der »Workers Beer Company«, die beispielhaft aus ihren Gewinnen linke Projekte unterstützt. Seite 3

STADTKOMMUNE

Im Bremer Stadtteil Buntentor wird zur Zeit eine ehemalige Bonbonfabrik umgebaut. Sie ist Eigentum der vom Kommuneprojekt »Alla Hopp« gegründeten Wohnungsbaugenossenschaft »WiSe«. Mehr dazu auf Seite 5.

SELBSTBESTIMMTE INTEGRATION

Wer ist hier behindert? Diese Frage diskutierten Mitte Januar die Teilnehmer auf der Tagung des »Institutes für Neue Arbeit« in Köln. Zentrales Anliegen war es, bestehende Ansätze von selbstbestimmten Leben Behinderter vorzustellen und neue Perspektiven für eine selbstbestimmte Integration jenseits der »Fürsorgeanstalten« auszuloten. Seite 10

JUGOSLAWIEN

Der NATO-Angriffskrieg jährt sich am 24. März, immer deutlicher werden die eigentlichen Motive für diesen Krieg, der den Kosovo erst so richtig in die Krise führte. Jürgen Rose, Oberstleutnant der Bundeswehr, wegen mehrerer kritischer Veröffentlichungen einer neuen Verwendung im Luftwaffenamt zugeführt, beschäftigt sich in seinem Beitrag mit dem Spannungsverhältnis USA-Europa und der Instrumentalisierung des Jugoslawienkrieges zur Austragung dieses Konkurrenz-Konfliktes. Seite 11

WOHNUNGSBAU

1995 wurde im Rahmen der Novellierung der Eigenheimförderung auch die steuerliche Förderung des Erwerbs von Genossenschaftsanteilen verankert. Die damalige Bundesregierung schränkte diese Förderung auf nach dem 1.1.95 gegründete eigentumsorientierte Genossenschaften ein und beauftragte ein Forschungsinstitut mit einer Analyse der Situation. Mitglieder des »Vereins zur Förderung des Genossenschaftsgedankens« nehmen zu den Ergebnissen der jetzt vorliegenden Studie kritisch Stellung. Seite 13

www.contraste.org

D 8008

VERDRÄNGUNGSPOLITIK IN DÜSSELDORF

ZOFF um die Kiefernstraße

Wer von der Kiefernstraße in Düsseldorf hört, denkt als erstes an die Hausbesetzerszene. Doch um die Straße ist es ruhig geworden. Politisch hat die Szene schon seit geraumer Zeit nicht mehr viel Schlagzeilen gemacht.

Redaktion Heidelberg ● Es hat sich hier ein multikulturelles Völkchen angesiedelt, dessen wesentliche Gemeinsamkeit wohl darin besteht, dass es über wenig Knete verfügt. Hier in der Kieferstraße sind die Mieten nämlich noch sehr niedrig und deshalb findet sich hier alles ein, was ansonsten vielleicht auf der Straße oder in Obdachlosensiedlungen gelandet wäre: Sozialhilfeempfänger, Punks, kinderreiche Familien...

Dem will CDU-Ratsfrau Annelies Böcker jetzt ein Ende setzen. Unter dem Motto: »Aufwertung des Stadtteils durch soziale Umgruppierung« wird alles, was arm ist, aus der Gegend verdrängt werden, denn die neuen Mieten werden für diese Leute nicht mehr bezahlbar sein. Zitat Frau Böcker: »Die Mieten werden steigen, keine Frage.«

Zur Vorgeschichte: Seit 1995 tritt die Schweizer Firma »Oronto« (Miteigner ist die deutsche Bank) mit Ex-Innenminister Herbert Schnoor als »geschäftsführenden Berater« als Eignerin der Grundstücke um die Kiefernstraße auf. Geplant sind in der Gegend unter anderem ein »Sega-Games-Erlebniswelt-Center«, ein Wellness-Center, eine Großraumdisco, Obi- und Minimalmarkt und riesige Parkflächen. Dafür müssen sämtliche alten Gebäude zwischen Kiefer- und Erkratherstraße abgerissen werden.

Zur Zeit gehören die Häuser der Stadt, wobei die mit ungerader Nummer dem Sozialamt und die mit gerader Nummer der Verwaltung der städtischen Wohnbaugesellschaft Düsseldorf (SWD) unterstehen. Der Verkauf dürfte sicher der Stadtkasse heftig zugute kommen. Die jetzigen BewohnerInnen werden vermutlich wegsaniert, denn ihnen fehlt wie immer die entsprechende finanzkräftige Lobby.

Die Kiefernstraße ist tot! Es lebe die Kiefernstraße!?

Diese Pläne zum Platzen bringen will das Kiefernstraßen-Plenum. Als erstes bot sich hierfür eine Sitzung der Bezirksvertretung an. Für die Sitzung am 18. Januar erbat man sich daher auch ein Rederecht, um die Einwände gegen das »Oronto-Projekt« und die mögliche Veräußerung der Häuser vorzubringen und deutlich zu machen, dass die BewohnerInnen der Kiefernstraße keineswegs Willens sind, diese Vorhaben stillschweigend hinzunehmen.

Der Verlauf der Diskussion in der Bezirksvertretung (BV) zeigte deutlich, dass von einer Interessenvertretung für die betroffenen BürgerInnen nicht die Rede sein kann. Sie findet nicht statt und ist auch nicht beabsichtigt: Einwände und Proteste gegen den Filz aus politik, Verwaltung und Kapital müssen wirkungslos abprallen, solange die Damen und Herren sicher auf ihren Stühlen sitzen.

Ganz so glatt verlief die Chose dann doch nicht. Gegen Ende der Sitzung kam es zu einem kleinen Eklat. Nachdem die alte Düsseldorfer Koalition aus SPD und CDU das »Oronto-Projekt« schon fast abgenickt hatte, stellte sich heraus, dass die Sitzung von Anbeginn an von Beamtinnen des polizeilichen Staatsschutzes observiert worden war. Auf Nachfrage sagte die BV-Vorsteherin Koller (CDU), sie wisse von nichts und dies sei ja normal, um hinterher der lokalen Presse zu offenbaren, man habe die Polizei zu Hilfe gerufen, da auf der Kiefernstraße Flugblätter aufgetaucht seien. Da kommen ein paar BewohnerInnen der Kiefern zu einer Sitzung der Bezirksversammlung, haben die versammelten Damen und Herren wohl gedacht, und beantragen sogar Rederecht, dann müssen die doch etwas im Schilde führen. Und bevor etwas Schlimmeres passiert, Protest vielleicht, gar Unmut ... schnell die Polizei herbeigerufen.

Diese Anekdote erinnert doch sehr an die alten Zeiten, als die Kiefernstraße regelmäßig von solcherlei finsterem Gesindel behelligt wurde. Nun haben sich die Zeiten erheblich geändert, und an der Kiefernstraße ist der Zahn der Zeit auch nicht spurlos vorbeigegangen. Und sicher hat sich die »Straße« in den letzten Jahren nicht gerade als Fokus des sozialen Unfriedens in den Vordergrund gedrängt. Doch wie es im Volksmund heißt: Man soll es nicht beschreien ...●

Quellen:
Neusser Monat / terz, Düsseldorf

LEIPZIG: ÜBERWACHUNG ÖFFENTLICHER RÄUME

Modellprojekt für den Abbau demokratischer Grundrechte?

Ausgerechnet in Leipzig, der Stadt der Montagsdemonstrationen von 1989, wird mit einem System kommunaler Überwachung per Videokameras experimentiert. Ähnliche Projekte sind auch in Sachsen-Anhalt und Bayern in Vorbereitung.

Dieter Poschen, Redaktion Heidelberg ● Tägliche Demonstrationen am Leipziger Connewitzer Kreuz in der Zeit vom 31. Januar bis 4. Februar 2000 sollten die Öffentlichkeit für die Problematik der Kameraüberwachung sensibilisieren. Trotz der Proteste fand bisher keine öffentliche Debatte über die Hintergründe statt. Die *»AG Öffentliche Räume beim Bündnis gegen Rechts«*, kritisierte das Schweigen der Stadtverwaltung zu den Argumenten gegen die Kameras und den Einsatz einer zusätzlichen Einsatzhundertschaft der Bereitschaftspolizei anläßlich der Demonstrationen in Leipzig-Connewitz. Am 1. Februar wurde zusätzlich eine zweite Überwachungskamera am Connewitzer Kreuz in Betrieb genommen. Die Installation weiterer Kameras wird laut Darstellung der »AG Öffentliche Räume« durch die Stadtverwaltung vorbereitet.

Die Überwachungsmaßnahmen dienen eindeutig der Kriminalisierung von alternativen Wohn- und Kulturprojekten und deren BesucherInnen im Stadtteil, so die Einschätzung der Initiative. »Die Kameras und der überzogene Dauereinsatz der Polizei in Connewitz suggerierten eine allgemeine Bedrohung durch die Szene. Dadurch würde das Connewitzer Kreutz zu einem Kriminalitätsschwerpunkt gemacht.«

Mit der Szene werden zugleich die politischen Proteste unabhängiger Gruppen kriminalisiert. Deren Demonstrationen gelten für die Polizei ohne weitere Anzeichen als potentiell gefährlich. Durch pauschale Aufzeichnungen von Demonstrationen und Abschirmmaßnahmen der Polizei entsteht in der Öffentlichkeit ein Bild von potentieller Gefährdung der öffentlichen Sicherheit durch Proteste dieser Gruppen.

Die Leipziger Vorstöße auf dem Gebiet kommunaler Überwachung sind bis heute nicht legal. Mit dem erst in Planung befindlichen Bundesgesetz zur Videoüberwachung wird dieses Vorgehen erst nachträglich legalisiert werden können. Die Überwachung und damit verbundene Entpluralisierung des öffentlichen Raumes ist aber nicht nur ein staatliches Phänomen. Die Mehrzahl der Videoüberwachungen wird (nicht nur in Leipzig) von privater Seite durchgeführt. Fast überall lauern die Videoaugen mittlerweile und die Öffentlichkeit scheint sich an diese Schnüffelpraxis zu gewöhnen. Die Proteste der Leipziger Initiative richten sich daher auch gegen die zunehmende kommerzielle Überwachung öffentlicher Räume sowie Verquickungen öffentlicher und privater Maßnahmen.

Polizeiwillkür beeinträchtigt Proteste

Die Einsätze der Polizei bei den täglichen Leipziger Demonstrationen bestätigen die Beeinträchtigung politischen Protestes und die Furcht vor einer Kriminalisierung der Protestierenden. Die Befürchtungen der Veranstalter wurden durch das Polizeiverhalten noch übertroffen. Das Auftreten der Einsatzkräfte wurde begleitet von ständigen Provokationen und Beleidigungen von TeilnehmerInnen der Demonstrationen. 150 BeamtInnen begleiteten regelmäßig die Demonstrationen und die Präsenz von einem gepanzerten und behelmten Beamten auf zwei Demonstrierende erzeugte den Eindruck, dass von der Demonstration eine reale Gefahr ausgehe. Dies ist eine nicht hinnehmbare Vorverurteilung der Protestierenden und verhindert die öffentliche Präsentation politischer Meinungen. Gerade dieser Missstand war der eigentliche Anlass der Proteste.

Ihren Höhepunkt erreichte die polizeiliche Willkür am 2. Februar, als eine angemeldete Demonstration von der Polizei de facto verhindert wurde. Eine Kette Polizeibeamter versperrte dem Demonstrationszug mehr als eine dreiviertel Stunde lang den Weg, Anlass waren angebliche Verstöße zweier Demonstranten gegen das Versammlungsgesetz (Tragen eines Helmes und eines Nietenarmbandes). Die Einsatzleitung forderte die Entfernung von Transparenten und kritisierte die Mitführung von Regenschirmen.

Auch eine sich anschließende Protestdemonstration in der Leipziger Innenstadt sollte zunächst durch die Polizei verhindert werden. Später wurde die Spontandemonstration eingekesselt und Personalienfeststellungen vorgenommen. Bei den Aktionen wurden die beiden Connewitzer Videokameras durch sechs polizeiliche Videoteams ergänzt, so das eine vollständige Erfassung der an den Protesten Teilnehmenden stattgefunden hatte.

Die Veranstalter der Demonstrationen und die »AG Öffentliche Räume« protestieren energisch gegen die massiven Rechtsverletzungen der Polizei während der Veranstaltungen. Weitere Aktivitäten gegen die Überwachung öffentlicher Räume sowie eine überregionale Demonstration sind geplant.●

AUTORITÄRER SICHERHEITSSTAAT ERFINDET STAATSFEINDLICHE, TERRORISTISCHE VEREINIGUNG

Ein aktuelles Kapitel politischer Justiz

In unserer Ausgabe Nr. 184 hatten wir über den Polizei-Überfall, verbunden mit einer wüsten Durchsuchungsaktion bei 30 über Projekten im Berliner Mehringhof berichtet. Zeitgleich wurden Sabine E., Harald G. und Axel H. festgenommen, obwohl sie wegen Verjährung der Vorwürfe nicht mehr angeklagt werden können. Es besteht der Verdacht, dass mal wieder nur ein Schlag gegen linke und alternative Projekte durchgeführt wurde, um die Szene zu verunsichern. Doch Sabine, Harald und Axel sind Ende Februar im noch in Haft. Das Kölner »Komitee für Grundrechte und Demokratie« hat sich mit den Vorgängen befasst und eine Erklärung abgegeben, die wir nachfolgend veröffentlichen.

Am 19. Dezember 1999 erfand die Bundesanwaltschaft die terroristische Vereinigung »Revolutionäre Zellen« (RZ) neu. Dazu bediente sie sich – auf der Suche nach einem angeblichen Sprengstoffdepot – einer kriegerisch überfallartigen Durchsuchungsaktion im alternativen Berliner Kulturzentrum MehringHof. Hunderte von eingesetzten Beamten hinterließen nach gründlicher, aber erfolgloser Arbeit einen nach Angaben der MehringHof-Betreiber sich auf 100.000,- DM belaufenden Sachschaden. Zeitgleich wurden drei Personen festgenommen, die vorgeblich der Mitgliedschaft in einer »terroristischen Vereinigung« verdächtigt sind.

Der staatliche Rückfall in die Ermittlungsmethoden der 70er und 80er Jahre fand nur geringes öffentliches Interesse. Staatsschutzaktivitäten gegen politische Überbleibsel des linksradikalen Milieus schrecken und beunruhigen gegenwärtig niemanden.

Bürgerrechtliche Beunruhigung und demokratischer Protest erscheinen uns hingegen überaus angebracht:

1. Die unverhältnismäßige Staatsschutzaktion gegen gemutmaßte Mitglieder der RZ basiert auf dem Anti-Terror-Sonderrechtssystem der 70er und 80er Jahre, das die Grund- und Verfahrensrechte nach §129a StGB Beschuldigter und die Verteidigungsrechte massiv einschränkt. Es verkehrt die traditionellen rechtsstaatlichen Garantien eines fairen Strafverfahrens in Staatsschutznormen zugunsten eines ohnedies übermächtigen Staates und dessen Ermittlungsbehörden. Das zum allgemeinen Recht gewordene anti-terroristische Sonderrechtssystem macht alle Bürgerinnen und Bürger potentiell zum staatlichen Sicherheitsrisiko.
2. Das Anti-Terror-Sonderrechtssystem verlagerte die Bekämpfung von »Staatsfeinden« mit strafrechtlichen Mitteln weit ins Vorfeld strafbarer Handlungen, indem es bereits die Mitgliedschaft, die Unterstützung und das Werben für eine als existent erachtete »terroristische Vereinigung« unter Strafe stellte. Nicht die strafrechtlich relevante Tat wird verfolgt und bestraft, sondern mögliche Täter, vermeintlich erkennbar an ihrer »staatsfeindlichen« Gesinnung. Eine Flut von Ermittlungsverfahren nach § 129a gegen Personen aus dem linkspolitischen Spektrum war in den vergangenen Jahrzehnten die Folge.
3. Die militanten Gruppen des linksradikalen Spektrums haben sich in den 90er Jahren größtenteils aufgelöst. Eine Gefährdung für die Sicherheit des Staates ist nirgends ernstlich erkennbar. Statt das auch in den 70er und 80er Jahren nur wider die Bürgerrechte wirksame, ansonsten gänzlich unwirksame Instrumentarium abzubauen, die Befugnisfülle der Ermittlungsbehörden wieder auf ein rechtsstaatliches Maß zurückzuschneiden, wird es nun, rückwärts gewandt, zur Bekämpfung mutmaßlicher Staatsfeinde in aller Schärfe eingesetzt.

Dazu mußte erstens die Kontinuität der Mitgliedschaft in einer terroristischen Vereinigung konstruiert werden. Als ob es nie öffentliche Auflösungserklärungen, insbesondere der RZ, gegeben hätte.

Zweitens sind die Straftaten, der die nun unter Sonderhaftbedingungen einsitzenden Verdächtigen beschuldigt werden, strafrechtlich längst verjährt. Diesen Rechtsverhalt konzediert auch die Bundesanwaltschaft.

Was bleibt, ist drittens allein die unterstellte Mitgliedschaft einzelner in einer staatsgefährdenden, noch heute angeblich gefährlichen Vereinigung. Dazu mußte das angebliche Sprengstoffdepot im linksalternativen Mehring-Hof erfunden werden. Nicht um Straftaten aufzuklären und diese strafrechtlich zu sanktionieren, verfolgt und ermittelt die Bundesanwaltschaft, sondern um individuelle Mitglieder einer angeblich unverändert wirksamen militanten Gruppe habhaft zu werden. Das aber bedeutet die Abkehr vom strafrechtlichen Tat-, hin zum gesinnungsjustiziellen Täterprinzip. Der Staat schafft derart erst jene Terroristen, mit denen er das Anti-Terror Sonderrechtssystem fortwährend zum Schaden des Rechtsstaates legitimiert. Dieses läßt sich mit liberalen und demokratischen Strafrechtsvorstellungen nicht vereinbaren. Offenkundig geht es nur darum, allgemein Furcht zu erzeugen und die eigenen viel zu großen Ämter zu erhalten.

4. Was ist von einem Mitgliedsschaftkonstrukt der Bundesanwaltschaft zu halten, das nach Presseberichten auf belastende Aussagen eines sogenannten Kronzeugen beruht, der dafür Strafvergünstigungen erhält? Welche Beweislast kommt einem Staatsschutzzeugen zu, der, selbst unter schwerer Strafandrohung stehend, völlig von den Strafverfolgungsbehörden abhängig ist?
5. Es ist erneut und mit Nachdruck politisch auf eine Revision des im Rahmen der Terroristenhysterie geschaffenen Sonderrechtssystems zu drängen, das bis heute liberale Bürgerrechte (Verteidiger und Verteidigtenrechte) beschneidet. Insbesondere ist die Abschaffung des § 129a StGB zu fordern, der geschichtlich in seinen früheren Versionen (vgl. auch § 129 StGB) seit dem Ende des 18. Jahrhunderts immer die »staatsfeindliche Opposition« unter wechselnden Überschriften im Visier hatte: Von den Umsturzverbindungen über die Sozialistengesetze bis zu den terroristischen Vereinigungen.

Die im Zusammenhang mit der Staatsschutzaktion vom 19. Dezember 1999 inhaftierten Sabine E., Harald G. und Axel H. sind **freizulassen**. Sie können wegen strafrechtlich relevanter Taten gar nicht mehr angeklagt werden. Staatliche Rachegelüste aber haben in einem demokratisch verfaßten und liberalen Rechtsstaat nichts verloren. **Diese Staatsschutzpraxis untergräbt das demokratische Rechtssystem und die Bürgerrechte. Dagegen ist demokratisch oppositioneller Protest um seiner selbst Willen dringender denn je geboten. Hier wäre endlich eine demokratische Rationalisierung eines vermeintlich öffentlichen Dienstes angezeigt.**●

Wolf-Dieter Narr / Dirk Vogelskamp

JETZT CONTRASTE FÖRDERN !

- O Ich werde Fördermitglied bei CONTRASTE – Verein zur Förderung von Selbstverwaltung und Ökologie, dafür erhalte ich CONTRASTE jeden Monat umsonst.
- O Mein Mitgliedsbeitrag beträgt ..... DM pro Jahr. (mindestens 120,– DM für Einzelpersonen, mindestens 300,– DM für juristische Personen)
- O Ich bin bereits CONTRASTE-AbonnentIn und kündige mit dem Eintritt in den CONTRASTE-Verein mein Abo.
- O Meine Mitgliedschaft soll sofort beginnen.
- O Meine Mitgliedschaft soll mit Ablauf meines Abos beginnen.
- O Schickt mir erst mal Eure Satzung.

Name, Vorname _____

Straße _____

Wohnort _____

Datum _____ Abo-Nr.: _____

Unterschrift _____

Coupon ausschneiden und einsenden an: CONTRASTE e.V. · Postfach 10 45 20 · D-69035 Heidelberg

AKTION 2000

Die Monatsstatistik

Eine Monatszeitung, die aus inhaltlichen Gründen nicht für den Markt produziert werden kann, hat es nicht leicht. Die Grundkosten für monatliche Produktion sind enorm hoch. Rabatte für alternative Zeitschriften bei Unternehmen wie z.B. Deutsche Post AG gibt es natürlich auch nicht und eine Finanzierung über den Anzeigenmarkt erübrigt sich – denn unsere bescheidene Auflage ist nicht besonders attraktiv für Anzeigenkunden. Bleibt nur eines: Die Finanzierung des Zeitungsprojektes durch Vereinsmitgliedschaften, Abos und Spenden. Vorteile hat dieses Finanzkonzept allemal: Die Unabhängigkeit des Projektes. Um das Erscheinen der CONTRASTE auch weiterhin zu gewährleisten, benötigt das Projekt in diesem Jahr 10.000 DM an Mehreinnahmen durch neue Abos, Spenden und Fördermitgliedschaften. Nachfolgend unsere aktuelle Statistik:

Auch in diesem Monat konnten wir neue Mitglieder für einen Eintritt in den CONTRASTE e.V. gewinnen. Zwei Abos wurden in Mitgliedschaften umgewandelt:

- Helmut Richter, Frankfurt/Main (150 DM)
- Wolfram Lakazius, Bureau of Innovation, Bochum (300 DM)

Drei neue Mitglieder können wir begrüßen:

- Jan Engbers, Frankfurt/Main (200 DM)
- Klaus Huber, Heidelberg (120 DM)
- Siegfried Seefried, Waidhofen (120 DM)

Vielen Dank, die neuen Mitgliedsbeiträge ergeben in diesem Jahr 620 DM an Mehreinnahmen.

Folgende Spenden gingen auf unserem Konto ein:

- Elisabeth Voß, Berlin (70 DM)
- Heinz Weinhaus, Köln (48 DM)
- Barbara Uebel, Schweinrich (80 DM)

Herzlichen Dank!

Neue Abos machen einen Mehrbetrag von 560 DM aus. Im Ergebnis sind das Mehreinnahmen von 1.378 DM.

Wie immer blieben auch Kündigungen nicht aus. Sieben Abos und eine Fördermitgliedschaft wurden gekündigt. Das ergibt Mindereinnahmen von 680 DM und bereinigt einen Mehrerlös von 698 DM. Damit benötigen wir für das Jahr 2000 noch 9.622 DM.

Wir hoffen auf weitere neue Fördermitgliedschaften, Spenden (Spendenkonto: Volksbank Bergstraße, BLZ 509 601 01, Kto-Nr. 64076 – bitte Wunsch nach Spendenquittung angeben) bzw. neue Abos und werden in der nächsten Ausgabe über den neuesten Stand berichten.

Also: Bitte kündigt Eure Abos und werdet Mitglied im CONTRASTE e.V.!●

dp

GROSSBRITANNIEN: EIN BESUCH AUF DER FAST SONNIGSTEN INSEL EUROPAS

Workers Beer Company

In Frankfurt/Main beschäftigen sich ein paar Leute mit dem Thema Bier. Genauer gesagt mit einem Modellprojekt zur Unterstützung linker Projekte, dass sich an einem englischen Vorbild orientiert. Sie wollen einen deutschen Ableger der »workersbeercompany« gründen. Michael Holdinghausen vom Haus der Gewerkschaftsjugend in Oberursel berichtete in der DGB-Zeitschrift »ran« über die ersten Kontakte.

Angefangen hatte alles mit einem Besuch von 12 englischen Kolleginnen aus dem Südwesten Englands im Haus der Gewerkschaftsjugend. Damals im April erzählten sie uns irgendwas über eine mysteriöse Firma, die Geld erwirtschaftet und der Arbeiterbewegung zur Verfügung stellt. Eine Firma? Deren Gewinn an Gewerkschaften und Projekte an der gewerkschaftlichen Basis weitergeleitet wird? In diesem unserem heiß geliebten System? Das kam uns Deutschen mehr als nur »spanisch« vor. Durch eine Einladung von britischer Seite ergab sich für einen Kollegen und mich die Möglichkeit, dieses Phänomen einmal genauer unter die Lupe zu nehmen und so nahm ich im Juli 1999 die beschwerliche Reise zur sonnigen Insel jenseits des Ärmelkanals auf mich. Meine Reise führte mich zuerst einmal nach London, wo sich ein netter Kollege mit mir in einem englischen Pub der ganz anderen Art verabredet hatte. Im firmeneigenen *»Bread & Roses«* gab es nicht nur prämierte Fotoausstellungen und das sog. *»Workers Ale«* (Label mit einem »rotefahne-schwingenden« Arbeiter), Beschäftigte die alle in der »Transport & General Workers Union« organisiert sind, sondern hier war auch die Zentrale der »Firma« – der »Workers Beer Company«.

Es stellte sich heraus, dass *Aiden Grimes*, mein Gegenüber, auch ehrenamtlich – wie Tausende andere – für die Workers Beer Company arbeitet. Er stellte mir auch einen Großteil des Personals vor. Eigentlich machten die Leute einen angenehmen Eindruck. Überhaupt hatten diese Leute wenig gemeinsam mit dem Auftreten und Erscheinen von, in meiner Phantasie existierenden Vorständen und Aufsichtsräten anderer Firmen und Unternehmen. Krawatte, Anzug und Kostüm suchte ich vergebens. Vor allem interessierte mich, womit diese Firma handelte und so viel Geld erwirtschaftet, um Arbeitsplätze an der gewerkschaftlichen Basis zu finanzieren.

Bier, wie der Firmenname schon vermuten lässt, war die Antwort. Alles nähere würde ich schon noch sehen, wenn wir zu einer Großveranstaltung dieser Firma fahren würden. Bis dahin hatte ich ein wenig Zeit, mir die von Touristen überströmte (und ich war jetzt ja einer von ihnen) Stadt einmal näher anzuschauen. Nach dem mir Prinz Charles und die Queen dann doch nicht über den Weg gelaufen sind ging's dann nach Reading zur Großveranstaltung der WBC. Ein Open Air Festival vom 27. bis 28. August 1999 mit über 70.000 BesucherInnen. Für die WBC arbeiteten, neben mir, noch über 500 ehrenamtliche HelferInnen, um die BesucherInnen bei Laune zu halten und mit Flüssigkeit zu versorgen. Ja, und da ist eine Menge Geld zu verdienen, denn die WBC besitzt bei den Festivals das Monopol auf den Alkoholausschank. Neben kleineren lokalen Events und dem Festival in Reading »betreut« die Workers Beer Company noch andere Open Airs, in London Fleadh, in Leeds, in Homelands und das größte Großbritanniens in Glastonbury, mit einer Gesamtbesucherzahl in 1999 von ca. einer halben Million Menschen.

Was aber macht es so attraktiv für über 500 HelferInnen täglich 6 Stunden ihrer Arbeitskraft ehrenamtlich der Firma zur Verfügung zu stellen? Der freie Eintritt (immerhin kostet die Karte für ein Festival zwischen 220 und 240 DM)? Saubere Unterbringung in einem eigenen Camp? Sehr gute Verpflegung? Getränke zum Selbstkostenpreis? Sicherlich auch. Darüber hinaus jedoch findet man selten so viele engagierte Leute aus dem linken Spektrum, konzentriert auf einem Haufen, mit denen man quatschen, klönen, Spaß haben, tanzen und vieles mehr machen kann. Die HelferInnen werden von den verschiedensten linken Organisationen »entsandt«. Von »Amnesty« über lokale »Greenpeace-Gruppen« bis hin zu »Straigt left« oder engagierten GewerkschafterInnen ist alles vertreten. Der Clou der ganzen Sache kommt aber erst noch. Wie schon gesagt, ist die Arbeit der HelferInnen ehrenamtlich, sie erhalten keinen Pfennig Lohn. Jedoch bekommt die jeweilige Organisation, welche die HelferInnen entsandt hat, einen Stundenlohn von knapp 15 DM ausgezahlt. So schließt sich der Kreis und alle sind zufrieden. Die Organisationen, deren Mitglieder für das lokale Aktionskonto Geld verdienen, die HelferInnen selbst (aus all den oben genannten Gründen), die WBC, weil am Ende doch noch eine ganz ansehnliche Summe unterm Strich übrig bleibt und natürlich die Gewerkschaftsbewegung die mit dem Gewinn der WBC basisorientierte Gewerkschaftsarbeit vor Ort finanzieren kann. Als Beispiel kann hier das »Organising Centre« in Battersea & Wandsworth, Vororten von London, angesehen werden – www.respectatwork.org.uk.

Tja, und wer jetzt im Laufe der letzten Minuten Lust bekommen hat sich das Ganze auch mal aus der Nähe anzuschauen, den kann ich nur einladen, mitzukommen. Und zwar vom 17. bis 26. Juni 2000. Dann nämlich werden wir mit einer Gruppe von 10 britischen und 10 deutschen Gewerkschafterinnen nach Bristol fahren. Der dort stattfindende Bildungsurlaub mit dem Titel »This is a journey into sound/...mixing pop and politics« wird uns seelisch und moralisch auf das dann folgende Wochenende in Glastonbury vorbereiten, wo wir mit 500 HelferInnen den Umsatz der WBC in die Höhe schrauben werden.●

Noch Fragen? Dann ruft an, schreibt, faxt und/oder mailt an Michael Holdinghausen, Haus der Gewerkschaftsjugend, Königsteiner Str. 29, D-61440 Oberursel, Tel. (0 61 51) 59 03 22, Fax -27
E-Mail: michael.holdinghausen@hdgj.de
www.hdgj.de

WOCHENZEITUNGEN

»Kölner Woche« überdenkt Konzept

Es war schon ein Kraftakt, die von der »jungen Welt« im vergangenen Jahr mitgegründete, dann nach kurzem Probelauf wieder eingestellte »Kölner Woche – Neue Rheinische Zeitung« wieder zu beleben. Seit Ende November erscheint sie wieder, mit einem neuen, klareren Konzept. Der erste Versuch scheiterte an dem Experiment, mit einer regionalen Zeitungshülle die Samstagsausgabe der »jungen Welt« mit zu vertreiben. Nach weiteren drei Monaten wollen die Herausgeber ihr Konzept noch einmal überdenken und stellen das Erscheinen vorübergehend ein.

Dieter Poschen, Redaktion Heidelberg ● In erster Linie geht es um das Finanzkonzept, der Finanzplan weist einen Kapitalbedarf von einer knappen Million aus, um das Erscheinen für ein weiteres Jahr zu ermöglichen. Die bisherige GbR soll in eine GmbH & Co. KG umgewandelt werden, weil diese Rechtsform potentiellen AnlegerInnen steuerliche Vorteile bietet. Der Verlag rechnet bei Einhaltung des Finanzplanes innerhalb von 14 Monaten mit einer ausgeglichenen Bilanz.

KÖLNER WOCHE
NEUE RHEINISCHE ZEITUNG
Hauptsache schön
Die Ausstellung „Körperwelten" kommentiert von Martin Stankowski
3 Thema
5 Politik
7 Köln & die Welt
8 Sport
Vorläufig letzte Ausgabe der »Kölner Woche« vom 10.2.2000

taz-Köln in den Startlöchern

In dieser Situation möchte auch die Berliner taz in der Domstadt Flagge zeigen. Der taz schwebt vor, mit einer achtseitigen NRW-Ausgabe einmal in der Woche herauszukommen. Auf vier Seiten möchte man über NRW informieren, die restlichen vier Seiten sind als Lokalbeilage für Köln, Münster und das Ruhrgebiet gedacht.

Auf einer Informationsveranstaltung Anfang Februar in der Kölner »Alten Feuerwache« erklärten taz-Vertreter die betriebswirtschaftlichen Ziele und Voraussetzungen ihres Projektes. 380.000 DM müssen aufgebracht werden, damit das Vorhaben starten kann. Die Hälfte dieser Summe will der Berliner taz-verlag als Risikobeteiligung anbieten, wenn die Gesellschafterversammlung dem zustimmt.

Der taz geht es in erster Linie um den Ausbau ihrer Marktanteile in NRW zunächst mit starken Worten: »taz-Wachstum können wir nur durch den Kannibalismus der Frankfurter Rundschau erreichen«, sagte der Geschäftsführer der NRW-taz Christoph Speier und fügte hinzu: »Das Projekt wird so schlank, dass (die Unternehmensberatung) McKinsey erblassen wird«. Speier unterstrich, dass das taz-Projekt nicht aus Initiativen hervorgegangen sei, sondern vom unternehmerischen Standpunkt her geleitet würde.●

Kontakt zur Kölner Woche:
Tel. (02 21) 139 30 36, Fax -37
E-Mail: koelnerwoche@werk.de
www.koelnerwoche.de

WIEDEREREÖFFNUNG:

Berliner »Bibliothek der Freien«

Nachdem zwei unfähige Leute das Berliner Info-Café »El Locco« in den Ruin getrieben hatten, musste auch die anarchistische *»Bibliothek der Freien«* ihre Bestände vor dem Zugriff der Gerichtsvollzieher in Sicherheit bringen. Es verging einige Zeit mit Suchen nach einen neuen Standort, und er wurde gefunden im neuen *»Haus der Demokratie und Grundrechte«* in der Greifswalder Str. 4 in Berlin-Friedrichshain.

Hier fand nun am 28. Januar 2000 die Wiedereröffnung der seit 1994 bestehenden Bibliothek statt, zu der sich rund 60 Menschen einfanden. Neben der Einführung in die Bibliothek und einem hervorragenden Bakunin-Vortrag von Wolfgang Eckhardt wurde sich in gemütlicher Runde angeregt unterhalten, gegessen und getrunken. Daran konnte auch die »Beobachter-Gruppe« der Antifa nicht viel ändern, die unverständlicher Weise darauf hoffte, hier »Faschisten« treffen zu können. Für kurze Zeit verstanden sie es auch, eine Diskussion an sich zu reißen, die allerdings eher ein etwas konfuser Monolog über rechte Esoteriker war, den jedoch niemand so richtig mit der laufenden Veranstaltung in Zusammenhang bringen konnte. So gingen einige der »Beobachtenden« dann auch ziemlich enttäuscht, während andere noch das Gespräch auf dem Flur suchten. Alles in allem jedoch ein gelungener Auftakt, der Bibliothek, wo neben den Öffnungszeiten, in dem mensch sich Bücher ausleihen oder Zeitschriften lesen kann, auch wieder traditionell Vorträge zu libertären Themen gehalten werden sollen.

Die Bibliothek schaut jedoch im Moment auch mit einem getrübten Auge in die Zukunft: nicht nur durch den Umzug erhöhte (Miet)-kosten, sondern auch ein langjähriger Spender, der für Neuanschaffungen von Büchern ein Garant war, steht nun aus familiären Gründen nicht mehr zur Verfügung, sodass es zunehmend schwieriger wird die Bibliothek zu unterhalten. Hier wird dringend um Unterstützung gebeten.

Zur Wiedereröffnung wurde auch ein Bulletin herausgegeben, in dem die Mitglieder über Neuerscheinungen und -erwerbungen berichten, Veranstaltungstermine sowie einer Selbstdarstellung publizieren. Ein besonderes Schmankerl in diesem Bulletin ist sicherlich der von Reinhold Straub in Erstübersetzung publizierte Aufsatz von *Voltairine de Cleyre* (1866-1912) über »Anarchismus und amerikanische Tradition« mit einer kleinen Einführung. Das Bulletin ist gegen Spende über die Bibliothek zu beziehen.

Ich glaube, dass die Öffentlichkeitsarbeit für die Anarchie selten wichtiger war als heute, und die Berliner Bibliothek wird hierzu einen schlagkräftigen Beitrag leisten.●

knobi

Bibliothek der Freien, Greifswalder Str. 4 (Raum 112), D-10405 Berlin
Öffnungszeiten: Mittwochs und Freitags von 18 bis 20 Uhr Spenden (in Geldscheinen, Briefmarken und/oder Bücher, Broschüren, Zeitungen etc.) werden gerne entgegengenommen. Steuerbegünstigte Spendenbescheide können ausgestellt werden.

SCHWULEN- UND LESBENZEITUNG EXPANDIERT

Queer wird Aktiengesellschaft

Anfang Oktober 1999 fand die Gründungsversammlung Kölns erster schwullesbischer Aktiengesellschaft statt. Queer, die Monatszeitung für Schwule und Lesben wurde zur AG.

Jörg Fischer (Kölner Woche) ● Die kurze Geschichte der Zeitung gleicht einer Erfolgsbilanz. Entstanden ist die Zeitung aus einer Fusion der auf Nordrhein-Westfalen beschränkten Zeitung »Rosa Zone« und der in Leipzig erschienenen »Queer – Das Fachblatt für Subkultur« – zunächst ebenfalls auf NRW beschränkt, dann ab Februar 1998 als bundesweite Zeitung. Die neue Queer erscheint im Tageszeitungsformat mit einer Startauflage von 50.000 Exemplaren. 21 Ausgaben später beträgt die Auflage 85.000 Exemplare und die erste von der AG herausgegebene Queer erscheint im Dezember 1999 mit einer Druckauflage von 105.000 Exemplaren und zwischenzeitlich 7 Regionalbeilagen. Damit ist Queer die auflagenstärkste Monatszeitung für Schwule und Lesben in Europa. Vertrieben wird die Zeitung kostenlos an über 2.000 Auslagestellen.

Die Expansion, und der damit verbundene Anstieg an Mitarbeitern und der notwendige Umzug in größere Büroräume, brachte für die Zeitungsmacher auch Schwierigkeiten. Die dünne Eigenkapitaldecke von DM 15.000 bei Zeitungsgründung brachte Liquiditätsprobleme mit sich. *Christian Scheuß* und *Micha Schulze*, die beiden Initiatoren des Zeitungsprojekts, waren sich über die Notwendigkeit die finanzielle Basis auszubauen, von vornherein im Klaren: einmal um die Zeitung und das journalistische Niveau zu halten und um die ehrgeizigen Expansionspläne realisieren zu können.

Der Aufruf zur AG-Gründung innerhalb der schwullesbischen Community scheint dann auch auf fruchtbaren Boden gestoßen zu sein. Rund 400 LeserInnen beteiligten sich mit 5.501 Aktien, die AG geht mit einem Startkapital von 550.000 DM an den Start. Bei allen Neuerungen soll, so Chefredakteur Scheuß, die inhaltliche Ausrichtung klar bleiben. Als »Familienzeitung« der schwullesbischen Community werden szenespezifische Themen, Termine, Veranstaltungsberichte, Life-Stile, Ratgeberseite und Kontaktanzeigen präsentiert, aber auch »heiße Eisen« wie »Homo-Ehe«, »Kosovo-Krieg« und anderes angepackt. Queer betätigt sich immer wieder als Tabubrecher, was insbesondere von publizistischen Mitbewerbern in der Szene nicht nur Lob einbringt. Die Berichterstattung zum Kosovo-Krieg in der Queer war beispielsweise überwiegend kritisch bis ablehnend und neben *Inge Vieth* kommen auch Vertreter der PDS zu homopolitischen Themen zu Wort, dennoch wird der Queer immer wieder Nähe zu den »Grünen« vorgeworfen. Unabhängig davon, ob dieser Vorwurf zutrifft, ist die Meinungsvielfalt der Zeitung nicht zu übersehen, sodass je nach Standpunkt und Intention die inhaltliche Beurteilung sicherlich unterschiedlich und subjektiv ausfallen kann. Aber unabhängig von der Beurteilung muss festgestellt werden, das die Queer ein wichtiger joumalistisch-publizistischer Faktor innerhalb der schwullesbischen Community ist.●

QUEER
Die Monatszeitung für Schwule und Lesben
Ausgabe Köln
1.12. Welt-Aids-Tag
SAFE SEX
KLuST droht Köln mit Klage
Streit um CSD-Standort im Jahr 2000

Queer, Postfach 29 02 44, D-50524 Köln,
Tel. (02 28) 579 76 10, Fax 579 76 77
E-Mail: info@queer.de, http://www.queer.de

Aus: Kölner Woche

DEBATTE

Dass nichts bleibt, wie es ist...

Betrachtungen zu einer neuen Veröffentlichung im Bereich sozialer Selbstorganisation

Mit seiner kritischen Stellungnahme beschäftigt sich unser Autor Christian Fuchs mit der neuen Veröffentlichung von Annette Schlemm unter dem Titel »Möglichkeiten menschlicher Zukünfte«.

Im zweiten Band der Veröffentlichungsserie »Dass nichts bleibt, wie es ist...« beschäftigt sich *Annette Schlemm* mit Prozessen sozialer Selbstorganisation. Dabei stellt sie bereits einleitend fest, dass die Selbstorganisationstheorie, deren Ursprung in der Physik und Chemie (Haken, Prigogine, von Foerster) zu sehen ist, nicht direkt durch Analogieschlüsse aus anderen wissenschaftlichen Bereichen abstrakt auf Gesellschaftskonzepte zu übertragen ist. Vielmehr sei eine Untersuchung realer, also konkreter sozialer Selbstorganisationsprozesse ergiebig. Was sie damit anspricht, ist eine wichtige Kritik an methodologischen Vorgehensweisen, die versuchen, Konzepte aus Physik, Chemie oder Biologie auf die Sozialwissenschaft ohne philosophische Verallgemeinerungen zu projizieren und in Fehlschlüssen durch Analogieübertragung enden. In der Systemtheorie gibt es z.B. immer wieder biologistische Fehlschlüsse, die versuchen, das darwinistische Prinzip der Selektion sozialwissenschaftlich zu fassen. In physikalisch-chemischen Systemen kann Selbstorganisation als die spontane Emergenz von Ordnung in Systemen, die sich fernab des thermischen Gleichgewichtes befinden, gesehen werden. Dabei werden kritische Werte von Kontrollparametern des Systems überschritten und es kommt zur Verstärkung von Fluktuationen. Wird versucht, theoretische Konzepte der Beschreibung von Selbstorganisation in nichtmenschlichen Bereichen (Versklavung durch Ordner, Entropie, Attraktoren, Fraktale, Phasenraum, usw.) durch Analogien sozial zu fassen, so kann dies, darauf weist Schlemm berechtigterweise hin, gefährlich enden, indem z.B. Diktaturen durch *Hermann Hakens* Versklavungsprinzip legitimiert werden.

»Pflicht zur Faulheit«

Annette Schlemm analysiert in ihrer Arbeit, dass die kapitalistische Produktionsweise keinen Umgang mit den globalen Problemen bietet, sondern dass sich durch den Kapitalismus diese Probleme permanent verschärfen und dass er sie ursächlich bedingt. Das soziale Selbstorganisationskonzept könne behilflich sein, um Wege aus dem Kapitalismus in eine nachökonomische Gesellschaft zu finden, in der es kein Primat von Ökonomie, Wert und Profit mehr gibt. Unter sozialer Selbstorganisation versteht Schlemm eine gesellschaftliche Organisation von unten, die sich gegen Fremdbestimmung wendet, sowie die nichtherrschaftsförmige, föderal-vernetzte Assoziationen freier Menschen. Durch die Weiterentwicklung der modernen technischen Produktivkräfte sei in einer solchen Gesellschaftsformation die Möglichkeit gegeben, die gesellschaftlich notwendige durch den Menschen zu verrichtende Arbeit auf ein Minimum zu reduzieren und ein »Recht auf Faulheit« (*Paul La Fargue*) sowie ein Mehr an selbstbestimmten Tätigkeiten zu realisieren. Notwendig sei sogar eine Pflicht zur Faulheit, um die Gesellschaft nachhaltig zu gestalten.

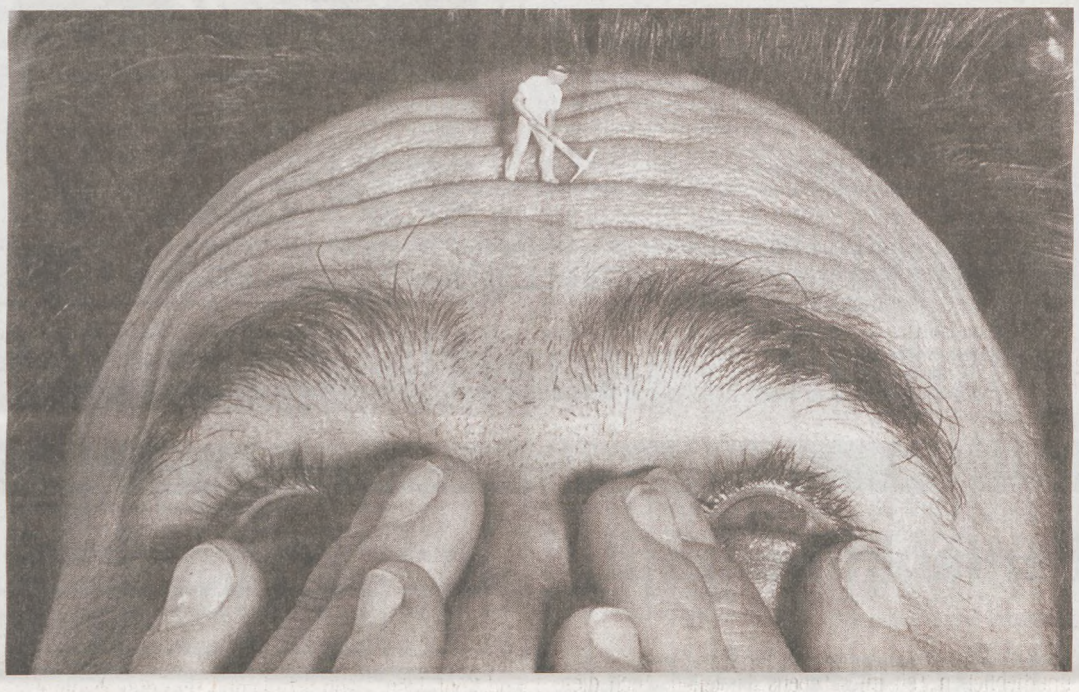
Ich stimme mit Annette Schlemm darin überein, dass eine postkapitalistische, nichtherrschaftsförmige Gesellschaft jenseits der Wertvergesellschaftung notwendig wäre. Kritik habe ich jedoch an den vorgeschlagenen Wegen dorthin. Richtig ist, dass die geschichtliche Evolution kein linearer, vorhersehbarer Prozess ist, sondern dass es in Verzweigungspunkten verschiedene Möglichkeiten der historischen Entwicklung gibt. Dabei hat das gesellschaftliche Werden seine Basis im Sein, die Existenzmöglichkeit wird im Alten hervorgebracht. Das Neue entsteht dann als eine von mehreren Möglichkeiten durch dialektische Aufhebung aus dem bzw. des Alten. Die Realisierung, also die Ausgestaltung einer der im Alten angelegten Potenzen, entscheidet sich in Verzweigungspunkten (=Bifurkationen).

Es gibt daher nicht eine mögliche Zukunft, sondern mehrere potenzielle Zukünfte. Die zukünftige gesellschaftliche Entwicklung ist nicht vorhersehbar, da kleine Ursachen große Auswirkungen haben können. Nichtsdestotrotz sind aber konkretere Szenarien und Visionen einer befreiten Gesellschaft entwickelbar. Fatal ist nur der Anspruch ihrer 1:1-Realisierung, da dies in neuen Herrschaftsstrukturen enden muss. Die Geschichte der Revolutionen hat dies gezeigt.

Rhizomatische Widerstandsnetzwerke

Ich meine, dass soziale Bewegungen und emanzipatorische Befreiungsbewegungen, die sich an Selbstorganisation statt Interessensvertretung orientieren (z.B. die EZLN), ein potenzielles emanzipatorisches Subjekt darstellen. Aber nicht in ihrer Singularität, sondern als rhizomatische (vgl. Deleuze/Guattari, Rhizom, Berlin, 1977) Widerstandsnetzwerke mit antikapitalistischer und emanzipatorischer Perspektive. Diese zeichnen sich durch eine Vernetzung im sozialen, kommunikativen und technischen Sinn aus und könnten durch eine dynamische Organisationsweise eine Aufhebungsbewegung des Kapitalismus im Sinne eines globalisierten Widerstandsprojektes darstellen. Essenziell dabei ist eine basisdemokratische, herrschaftsnegierende Organisationsweise, d.h. die Selbstorganisation sozialer Bewegungen als Basis und Antizipation einer selbst organisierten, postkapitalistischen Gesellschaftsformation. Eine Negation dieser Antizipation wäre möglicherweise der Weg zu neuen Herrschaftsformen. Rhizomatische Widerstandsnetzwerke sehe ich als potenzielle Keimform einer selbstorganisierten Gesellschaft.

Annette Schlemm geht darüberhinaus davon aus, und den diesbezüglichen Optimismus stelle ich etwas in Frage, dass es innerhalb des Kapitalismus ökonomische Keimformen wie etwa flexibilisierte Arbeitsstrukturen, Tauschringe, selbstverwaltete Betriebe, New Work-Projekte und kooperative Produktion im Internet gibt, die den Kommunismus antizipieren.



Die vom partizipativen Management propagierte Arbeitsweise, die Elemente wie Enthierarchisierung, Dezentralisierung, Spaß an der Arbeit, Erhöhung des Verantwortungs- und Entscheidungsspielraumes, Motivation, Kreativität, Flexibilität, innovatives Denken, hohe Einsatzfreude, Kooperationsfähigkeit, Belastbarkeit, Eigeninitiative, Engagement, Teamgeist und Identifikation mit dem Unternehmen, etc. betont, sei eine Keimform einer selbstorganisierten Wirtschaftsform. *Gilles Deleuze* bezeichnete diese neuen Arbeits- und Managementweisen als eine Tendenz zur »Kontrollgesellschaft«. Dass diese eine postkapitalistische Keimform darstellt, stelle ich in Frage:

Arbeiterklasse als immer ohnmächtiges Subjekt in der Kontrollgesellschaft

Höher qualifizierte Arbeitende wie Experten und Spezialisten haben in der Regel auch höhere Löhne als andere. Meiner Ansicht nach sind es vor allem sie, die auf kontrollgesellschaftliche Mechanismen reagieren, die verlangte Identifikation mit dem Betrieb, Motiviertheit, Selbstdisziplinierung, Mehrleistung durch Internalisierung der Corporate Identity, usw. tatsächlich umsetzen, da partizipatives Management für sie auch vielfach höhere Löhne bedeutet. Sie internalisieren die Interessen der Kapitalistenklasse, der eigene Sinn ihrer Arbeitgeber, der an sich antagonistischer Fremdsinn ist, wird zu ihrem Selbstsinn. Die Experten und Spezialisten meinen dann im eigenen Sinn zu handeln, der Sinn der Arbeiterklasse an und für sich kann jedoch nur ein kollektiver sein. Unter neoliberalen Verhältnissen zeigt sich aber, dass es einige hoch qualifizierte Berufe wie Hard- und Softwareentwickler, Systembetreuung, Instandhaltung, Wartung und Konfiguration von Computersystemen, Multimediaexperte oder grafisches Design gibt, während die Anzahl unqualifizierter Arbeitskräfte mit niedrigen Löhnen, der Konsequenztragenden der Automatisierung, der prekären und atypischen Beschäftigungsverhältnisse sowie die Arbeitslosigkeit und die Armut (auf nationalen und internationalen Maßstäben) steigen. Sinn der Arbeiterklasse an und für sich kann also nicht die Besserstellung einiger Privilegierter unter sich permanent verschärfenden Bedingungen für große Teile der Weltbevölkerung sein. Es kann daher nicht von einer Ausweitung der Macht (verstanden als Verfügbarkeit über Mittel, um Prozesse und Entscheidungen im eigenen Sinn beeinflussen zu können) von hoch Qualifizierten in einer neoliberalen Gesellschaft gesprochen werden. Ihr Machtpotenzial ist ein Ohnmachtspotenzial durch die Internalisierung herrschender Interessen und Ziele, die einen spaltenden Charakter hat. Die bestehenden Klassenverhältnisse und -widersprüche werden so verdeckt und geleugnet (und es gibt nicht nur die 2 Klassen der Lohnarbeiter und Kapitalisten, unsere Gesellschaft zeichnet sich durch eine Pluralisierung des bipolaren Klassenverhältnisses und die gesellschaftliche Zerteilung und Territorialisierung durch eine Vielzahl von Linien, die sich überschneiden, aus). Die Arbeiterklasse als immer ohnmächtigeres Subjekt in der Kontrollgesellschaft kann immer unwahrscheinlicher von einer Klasse an sich zu einer Klasse für sich werden. Die höher Qualifizierten haben durchweg ein Potenzial zu ihrer eigenen individuellen Besserstellung, diese steht jedoch im Widerspruch zur Besserstellung der gesamten Arbeiterklasse.

Es ist noch nicht absehbar, inwiefern kontrollgesellschaftliche Mechanismen wie neue, dezentralisierte und enthierarchisierte Organisationsformen oder partizipatorisches Management, das sich oftmals in seiner europäischen und amerikanischen Variante am japanischen Disziplinarmodell orientiert, »erfolgreich« im Sinne von tatsächlicher Identifikation und Mehrleistung sind bzw. sein werden/können. Meine Vermutung lautet, dass es in höher qualifizierten Berufen, die dementsprechend besser bezahlt sind, vielfach zu einer solchen tatsächlichen Identifikation kommt, während in niedrig qualifizierten oder prekären Arbeitsverhältnissen dies maximal eine Scheinidentifikation, die aber die Wahrnehmung des Arbeitsprozesses als immer mehr entfremdeten Prozess gleichzeitig vorantreibt, sein kann. Die Verstärkung von Entfremdungswahrnehmungen als Wirkmöglichkeit kontrollgesellschaftlicher Mechanismen ist in letzterem Fall also anzunehmen.

Ohnmachtsstrategie des Kapitals spaltet die Arbeiterklasse

Die Illusion, nicht mehr für den Vorgesetzten, sondern für sich selbst zu arbeiten, die scheinbare Individualisierung durch erweiterte Wahlfreiheit des/der Einzelnen im Betrieb, der Sinn des Betriebes als Eigensinn und die Transformation der betrieblichen zur persönlichen Sache ermöglichen das Begreifen des beruflichen Scheiterns und Misserfolges als individuelle Schuld. Die Abstrahierung struktureller und ökonomischer Verhältnisse stilisiert das Individuum zum schuldigen Einzeltäter. Das Argument der Parasitierung der Gesellschaft durch Arbeitsunwillige ist dabei schnell zu Hand. Trotz aller »Partizipation« bleiben die wesentlichen Entscheidungen hinsichtlich Produktionsverhältnissen, Rahmenbedingungen und Profitaspekten Angelegenheit einer elitären Klasse. Der Herrschaftscharakter des Kapitalismus bleibt durch die neuen kontrollgesellschaftlichen Mechanismen unangetastet, die Verfügbarkeit über Zwangsmittel, um klassenspezifische Interessen durchzusetzen, bleibt erhalten, diese Mittel müssen unter gewissen Bedingungen jedoch immer weniger eingesetzt werden, Disziplinen werden zunehmend durch Kontrollen ersetzt. Die Selbstdisziplinierung der Arbeitenden unter dem Gefühl der verstärkten Mitbestimmung ist die beste Kontrolle, die sich die Arbeitgeber wünschen können. Ich sehe die neuen Arbeitsweisen also nicht als Chance und den Postkapitalismus antizipierende Keimform, sondern als Ohnmachtsstrategie des Kapitals, die die Arbeiterklasse spaltet.

Selbstverwaltete Betriebe und Tauschringe sind damit konfrontiert, dass sie innerhalb der kapitalistischen Logik agieren müssen. Eine politische Keimform muss meiner Ansicht nach selbst organisiert sein und daher die Fremdorganisation vermeiden. Genauso kann eine ökonomische Keimform meiner Ansicht nach nur Keimform sein, wenn sie bürgerliche Prinzipien, also auch den Tauschwert, negiert. Denn in einer Gesellschaft, in der der Tauschwert nicht aufgehoben ist, bestehen auch weiterhin ungleiche Verteilungen. Tauschringe ersetzen das allgemeine Äquivalent des Geldes z.B durch Gutpunkte, dies ändert jedoch nichts an der Akkumulationsmöglichkeit. Ob Geld oder Gutpunkte oder sonst was akkumuliert wird, ist völlig egal, denn all dies kann die Basis von Ungleichheit darstellen. Daher stelle ich in Frage, dass Tauschringe eine nachkapitalistische Gesellschaft antizipieren. Sie reproduzieren vielmehr die auf Tauschwert basierenden Strukturen und versuchen nicht, diese in kleineren Strukturen aufzuheben. Wer sie dennoch als Keimform ansieht, redet einer weiterhin auf Tauschwerten basierenden Gesellschaft das Wort.

Marx verurteilte Proudhons Ansatz der Tauschbank als kleinbürgerlich, da dieser Ansatz nicht über den Kapitalismus hinausweise. Er schlug aber genau dieses Modell für das »Reich der Notwendigkeit«, also dem Kommunismus in seiner rohen Form, der sich noch nicht vollständig von bürgerlichen Vorstellungen lösen kann, vor (siehe die Kritik des Gothaer Programms). Marx sprach sich jedoch im Unterschied zu Proudhon prinzipiell für die Aufhebung des Tauschwertes aus. Hier wird im Gegensatz zu Marx und Schlemm in Frage gestellt, dass eine Übergangsphase, die auf dem Tauschwert basiert, zum »Reich der Freiheit« führt und die Ansicht vertreten, dass Freiheit und Selbstorganisation unmittelbar realisiert werden können und müssen. In einem Reich der Notwendigkeit existieren Herrschaftsstrukturen. Und diese sterben nicht von selbst ab, sondern Herrschende wollen ihre Herrschaft prolongieren und ausweiten.

An Konzepten der Arbeiterselbstverwaltung kann kritisiert werden, dass dabei oft davon ausgegangen wird, dass die Arbeiter einer Fabrik die hergestellten Produkte selbst besitzen sollen und sie gegen andere tauschen sollen. Auch dies geht über die bürgerliche Kategorie des Tauschwertes, der eine Basis von Ungerechtigkeit ist, nicht hinaus.

Immer mehr Kapitalisten für New Work?

Problematisch erscheint auch die Orientierung Annette Schlemms an *Frithjof Bergmanns New Work-Konzept*. Dieser geht davon aus, dass es die Möglichkeit geben sollte, dass die Menschen für sich selbst arbeiten und das tun sollen, was sie »wirklich, wirklich wollen«. »Doing what you love« lautet das Prinzip. New Work sei ein Konzept, mit Hilfe dessen, so Bergmann, eine win-win-Situation für Arbeitgeber und Arbeitnehmer hergestellt werden könne. Es geht ihm also nicht um die Aufhebung der auf Geld, Profit und Wert basierenden bürgerlichen Gesellschaft, und daher ist es auch kein Wunder, dass sich im Zeitalter der Kontrollgesellschaft immer mehr Kapitalisten für New Work interessieren. Identifikation der Arbeitenden mit dem Betrieb? Liebe zu ihrer Lohnarbeit? Dazu sagen Kapitalisten nicht nein, sondern ja zu einer neuen kontrollgesellschaftlichen Strategie, die den Ausgebeuteten die Mehrwertproduktion akzeptabel erscheinen lässt. Die meisten New Work-Versionen wollen aus den Menschen Kleinunternehmer machen, denen ihre Arbeit Spaß macht. Die kapitalistische Produktionsweise wird dabei selten in Frage gestellt. »Wirklich, wirklich« antikapitalistische, ökonomische Keimformen kann es nur durch die Infragestellung von Wert, Ware, Tausch, allgemeinem Äquivalent, Lohnarbeit, Profit und Mehrwert und den Versuch einer entsprechenden Realisierung innerhalb und gegen bestehende Strukturen geben. Jene Versuche, die Bergmanns Ansatz solidarisch-kritisch in Frage stellen und trotzdem an einer Keimform festhalten, sind daran zu messen, ob diese Projekte die bürgerlichen Kategorien tatsächlich in Frage stellen oder ob sie diese reproduzieren und auf ihr langsames Absterben hoffen.

Zusammenfassend kann zur Diskussion um ökonomische Keimformen des Postkapitalismus gesagt werden, dass es scheinbar zwei unterschiedliche Argumentationslinien gibt: Eine geht davon aus, dass es bereits Ansätze gibt, die in ihrem Innenverhältnis die kapitalistischen Verhältnisse transzendieren und dass diese trotz ihrer niemals innerhalb der bestehenden Verhältnisse erreichbaren Unabhängigkeit von der bürgerlichen Logik eine postkapitalistische Gesellschaftsformation antizipieren. VertreterInnen dieser Position nennen z.B. Projekte wie das Institut für Neue Arbeit INA e.V. (siehe http://www.thur.de/philo/ina.htm), »Arbeit für Wolfen« (siehe http://www.newwork.net/Wolfen.htm), Verein Neue Arbeit e.V. der Stiftung Bauhaus Dessau (siehe http://www.newwork.net/ReWir2.htm), den »Förderkreis neue Arbeit« (siehe www.web-line.com/Neue-Arbeit/), den Verein EigenArt aus Thüringen (siehe http://www.newwork.net/PJEigenart.html), oder dem Tauschring »Saaletaler« (siehe http://www.thur.de/philo/asst.htm) als Keimformen postkapitalistischer Zustände.

Eine andere Position, die hier vertreten wird, geht davon aus, dass eine Antizipation postkapitalistischer Verhältnisse in Art und Weise einer Keimform nur erreicht werden kann, wenn die bürgerliche Logik dabei weitgehend transzendiert wird. Insbesonders wird dabei die Not-

Fortsetzung nächste Seite

BREMEN: EIN WOHN- UND ARBEITSPROJEKT

Die Stadtkommune Alla Hopp

1992 haben wir das Kommuneprojekt Alla Hopp gegründet. Wir – das sind z.Zt. 9 FrauenLesben, 7 Männer und 2 Kinder, die überwiegend aus feministisch-autonomen, autonomen, antipatriarchalen, ökosozialistischen sowie Graswurzelzusammenhängen stammen. Nachdem wir über viele Jahre hinweg damit beschäftigt waren, uns in monatlichen Wochenendtreffen programmatisch und gruppendynamisch zu finden bzw. zusammenzuraufen, haben wir Mitte 1998 Ernst gemacht und eine ehemalige Bonbonfabrik (samt dazugehörigem Wohnhaus) im Bremer Stadtteil Buntentor gekauft. Da wir privates Immobilieneigentum ablehnen, gehört das Haus der von uns gegründeten Wohnungsbaugenossenschaft »WiSe«, Wohnen in Selbstverwaltung. Seitdem sind wir in erster Linie mit umfassenden Rohbau- und Umbauarbeiten beschäftigt.

Was es mit der Stadtkommune Alla Hopp auf sich hat, darum soll es jetzt gehen.

Foto: Alla Hopp

Die Idee: Wir wollen in einer Kommune leben

- weil wir ein kollektiv organisiertes Leben wollen, um damit alltäglicher und dauerhafter Vereinzelung vorzubeugen,
- weil wir Macht- und Herrschaftsstrukturen untereinander und in der Gesellschaft abbauen wollen,
- weil politischer Widerstand eine kollektive Basis braucht,
- weil wir hierarchische Entscheidungsstrukturen ablehnen und nach dem Konsensprinzip entscheiden möchten,
- weil wir es mit einer gemeinsamen Kasse leichter finden, ein solidarisches Leben zu führen.

Gemeinsam leben

Wir wollen mit einer Gruppe von 25-30 Kindern und Erwachsenen unser alltägliches Wohnen und Leben kollektiv, gleichberechtigt, solidarisch und ökologisch gestalten. Wir werden in FrauenLesben-, Männer- und gemischtgeschlechtlichen WGs wohnen. Außerdem wird es Gemeinschaftsbereiche geben – nicht nur zum täglichen gemeinsamen Kochen und Essen.

Politisch aktiv sein

Uns ist es nicht genug, nur für uns selbst ein gleichberechtigteres und »besseres« Leben zu verwirklichen. Vielmehr setzen wir auch grundsätzlich kapitalistischen, patriarchalen und rassistischen Strukturen Widerstand entgegen, sind also in den unterschiedlichsten politischen Teilbereichen aktiv. Auch aus diesem Grund ist es uns wichtig gewesen, in der Stadt zu leben. In unserem Haus wird es Raum für politische Gruppen, Veranstaltungen und kulturelle events geben.

Gemeinsam arbeiten

Neben reproduktiver, politischer und sonstiger Arbeit wird für die meisten von uns Erwerbsarbeit einen nicht unerheblichen Teil ihres Lebens darstellen. Auch diese möchten wir kollektiv organisieren und sind deshalb dabei, eigene Betriebe aufzubauen. Einige von uns werden auch außerhalb der Kommune arbeiten – sei es aus beruflichem Interesse oder finanzieller Notwendigkeit. Perspektivisch möchten wir die allein um der Existenzsicherung willen geleistete Lohnarbeit auf das Nötigste beschränken. Darüberhinaus üben wir uns bereits jetzt darin, die Hierarchisierung verschiedener Formen von Arbeit aufzuheben.

Konkret arbeiten im Moment viele von uns auf unserer selbstverwalteten Baustelle, zu der eine Baukombo und ein Architekturbüro gehören und die von unserer Bürogruppe verwaltet wird.

Im Rahmen des Bonbonfabrik e.V. bieten wir Bildungsveranstaltungen zu folgenden Themen an: Lebens- und Arbeitsperspektiven; Gesellschaftskritik und politische Praxis; Sterben, Tod, Bestattung und Trauer. Außerdem werden wir ab Sommer 2000 Beratung, Begleitung und Trainings für Projekte, politische Gruppen und Einzelpersonen anbieten. Schwerpunkte sind: Kommunikationsstrukturen, Moderation, Umgang mit Konflikten und Veränderungsprozessen.

Ein SchülerInnenladen ist in Planung. Dieser ist als Ort gedacht, an dem SchülerInnen bei Schwierigkeiten und Konflikten – von Schul- und Hausaufgabenproblemen bis hin zu Problemen, die in ihrer je spezifischen Lebenssituation wurzeln – Unterstützung finden und in ihrer Freizeitgestaltung begleitet werden.

Die Planung eines so genannten Bestattungsladens liegt derzeit auf Eis. Mit diesem ist das Ziel verknüpft, zu einem bewussteren und »menschlicheren« Umgang mit Sterben und Tod beizutragen, insbesondere durch das Angebot selbstbestimmter Formen des Bestattens.

Privatdarlehen

Es bleibt – wie sollte es anders sein – die leidige Sache mit dem Geld. Zur endgültigen Finanzierung brauchen wir noch viele Privatdarlehen. Deshalb: Wenn Ihr 1.000 Mark oder mehr auf der Bank, im Sparstrumpf oder unter der Matratze liegen habt und das Geld nicht unmittelbar braucht, leiht es doch uns. Eine Finanzierung des Baus über Privatdarlehen ist für uns nämlich wesentlich günstiger als über Bankkredite; und außerdem: Wer will schon den Banken Geld in den Rachen schmeißen? Auch wenn Ihr das Geld nur ein paar Monate entbehren könnt, helft Ihr uns damit weiter.

Für die Darlehen können wir folgende Bedingungen bieten:

Kredithöhe:	Beträge ab 1.000 Mark
Laufzeit:	ab 3 Monate; Beginn ab sofort
Verzinsung:	max. 3%; je weniger desto besser

Absicherung: über eine Sammelgrundschuld zu Gunsten der privaten DarlehensgeberInnen.

Wenn Ihr noch Fragen habt, ruft an oder kommt vorbei: Stadtkommune Alla Hopp, Hardenbergstraße 52-54, D-28201 Bremen; Tel/Fax: 0421/5577382●

FORTSETZUNG VON SEITE 4

wendigkeit der Aufhebung des Tauschwertes in solchen Projekten betont und die Ansicht vertreten, dass es sich bei angeblichen Keimformen, die in bürgerlichen Kategorien wie Tauschwert oder Herrschaft verharren, um leicht funktionalisierbare Vorhaben handelt, mit Hilfe derer neue Managementmethoden und kontrollgesellschaftliche Mechanismen (Identifikation, Mitbestimmung, Spaß an der Arbeit, usw. INNERHALB des Kapitalismus) durch die Kapitalistenklasse getestet werden, um neue Taktiken der Ohnmacht, Spaltung und der Konservierung bestehender Verhältnisse auszuprobieren und zu realisieren.

Die erste Herangehensweise steht einer Position näher, die ein langsames Hinüberwachsen in eine neue Gesellschaft für möglich hält, wobei es möglicherweise eine Art »Übergangsphase« oder »Reich der Notwendigkeit« gibt. Die zweite vertritt eher die Position der Notwendigkeit revolutionärer Veränderungen, um nachökonomische Projekte zu realisieren. Die Übergänge sind dabei aber unscharf.

Linux: eine antizipatorische Kleinform des Postkapitalismus?

Zur Frage, ob es sich bei *Linux* und der kooperativen Produktion im Internet um eine antizipatorische Keimform des Postkapitalismus handelt sei gesagt, dass sich dabei entstehende Produkte nicht der kapitalistischen Reproduktion entziehen können, da sie eine Basis weiterer Kapitalakkumulation sind. Netscape, Microsoft, die US-Army und Konsorten freuen sich über das gratis zur Verfügung gestellte Wissen und können dadurch ihren variablen Kapitalanteil senken sowie das Know-How kapitalisieren. Die informatischen Postkapitalisten werden damit zu den nützlichen Idioten der Ware und der postfordistischen Kapitalakkumulation. Ein häufiges Argument in diesem Zusammenhang ist auch, dass es besser ist, wenn kleinere Kapitalisten Marktanteile gewinnen und Microsoft & Co. geschwächt werden. Dies könne der Monopolisierung entgegenwirken und daher sei es vorzuziehen, jene Waren zu konsumieren, die von den »Guten« produziert werden. Das Objekt der Kritik ist hier dann das Monopolkapital und nicht der Kapitalismus im Allgemeinen. Die Kritik entstellt sich damit der Kritik und wird zur kleinbürgerlichen Philosophie. Es wird dabei unterstellt, dass der Kapitalismus reformierbar sei und dass eine »gute« Akkumulation möglich ist, wenn sie nur nicht monopolförmig ist. Auf die art: little guys beating a monopoly. Früher war da das »gute« schaffende und das »böse« raffende Kapital. Und das »böse« wurde als jüdisch identifiziert und die Konsequenzen kennen wir. In genau diese ideologische Schiene gehen derartige Versuche, die »gute« und »schlechte« Aspekte des Kapitalismus identifizieren und diese gegeneinander ausspielen. Der »gute« keynesianistische Kapitalismus und der »böse« neoliberale Kapitalismus. Der »böse« Turbokapitalismus, Raubtierkapitalismus, Casinokapitalismus, mörderische Kapitalismus, usw. (denn das heißt auch: es gibt einen »guten« Kapitalismus, auf den diese Attributierungen nicht zutreffen). Das »gute« nationale Kapital und das »böse« globale Spekulationskapital...usw.

Diese Spaltungen in bessere und schlechtere Formen des Kapitalismus und des Kapitals stellen eine ideologische Nische zur Verfügung, die nur mehr entsprechend besetzt werden muss, um entsprechende Attributierungen (jüdisch, ausländisch, usw.) vorzunehmen. Bei George Soros ist das z.B. oft der Fall in Form antisemitischer Angriffe.

Generell gilt: Jede Spielart des Kapitalismus ist ausbeuterisch, herrschafts-, wert-, waren-, profitförmig, menschenverachtend, ausgrenzend, ungleichheitenproduzierend. Moralische Differenzierungen sind hier fehl am Platz. Eine Gegenposition zur hier vertretenen ist, dass es bei Linux und vergleichbarem einen sich verwertenden Bereich gibt, dass aber nichtsdestotrotz Projekte existieren, die sich der Verwertung entziehen und in denen eine Selbstentfaltung möglich ist, die postkapitalistische Zustände antizipiert. Hierbei sei insbesonders auf die Texte auf der Internet-Homepage http://www.kritische-informatik.de verwiesen.

Die hier aufgezeigte Gefahr ist keine, die auf die Argumentationsweise von Annette Schlemm zutrifft. Sie soll nur klar machen, warum ich äußerst vorsichtig bin bei einer positiven Bewertung von ökonomischen Strukturen, die sich innerhalb des Kapitalismus bewegen, aber den Postkapitalismus für sich beanspruchen. Ich sage dabei nicht, dass eine ökonomische Keimform unmöglich ist, sondern, dass es schwierig ist, sie zu realisieren und dass ich daher von einem Primat politischer Keimformen als emanzipatorische Strukturen ausgehe. Vorstellbar sind jedoch sehr wohl ökonomische Strukturen innerhalb des Kapitalismus, in der Tauschwert, Profit, Mehrwert, Geld, allgemeines Äquivalent, Lohnarbeit und das Leistungsprinzip der freien Güterproduktion und -verteilung weichen. Vereinzelt gibt es dafür Beispiele (z.B. Volksküchen).

Selbststeuerung der Ökonomie ohne staatliche Eingriffe

Was Annette Schlemms Arbeit leistet, ist, dass sie das Selbstorganisationskonzept in einem Sinn emanzipatorisch nutzbar macht, der dem Mainstream der Theorien sozialer Selbstorganisation (Luhmann & Co., denen es vorwiegend um die Konservierung des Bestehenden geht und die Bereiche wie soziale Veränderung und soziale Probleme oftmals aus ihren wissenschaftlichen Kategorien entfernt haben) entgegensteht. An der Tagesordnung ist es nämlich innerhalb der Systemtheorie, dass die Selbstorganisationstheorie benutzt wird, um den Neoliberalismus zu legitimieren. Eine ökonomische Steuerung sei in selbstorganisierenden Systemen nicht möglich, da auf Grund des hohen Komplexitätsgrades der Gesellschaft kleine Ursachen große Wirkungen haben könnten. Die einzig akzeptable Lösung sei daher die Selbststeuerung der Ökonomie ohne staatliche Eingriffe. Dass der Kapitalismus und der Neoliberalismus verheerende soziale Auswirkungen mit sich bringen spielt für diese Apologeten des freien Marktes keine Rolle, eine Infragestellung kapitalistischer Strukturen als Ursache gesellschaftlicher Probleme sowieso nicht. Umso wichtiger ist es, dass Arbeiten wie jene von Annette Schlemm auf die Probleme und Ungleichheiten, die durch den Kapitalismus produziert werden, hinweisen und versuchen, dem Konzept sozialer Selbstorganisation einen emanzipatorischen Charakter zu geben. Dies ist in einer Zeit, in der der Kapitalismus als der historische Sieger im Systemvergleich und als quasi einzig »funktionierendes« und akzeptables Gesellschaftssystem gilt, umso wichtiger. Dass dieses System nämlich tatsächlich nicht funktioniert, zeigt die permanente Verschärfung der globalen Probleme (Armut, ökologische Krise, imperialistische Kriege, ungleiche Ressourcenverteilungen, Dequalifizierung, prekäre Arbeits- und Lebensverhältnisse, usw.).Das vorliegende Buch bietet eine Analyse der heutigen Veränderungen des Kapitalismus sowie der damit einhergehenden Probleme und ist ein Manifest für die basisdemokratische Selbstorganisation der Menschen als Basis einer herrschaftsfreien, selbst organisierten, föderal-vernetzten postkapitalistischen Gesellschaft, in der Wert, Ware, Profit und Lohnarbeit aufgehoben sind und der »Wohlstand für alle« (Kropotkin) realisiert werden kann. Methodologisch gesehen wird die Selbstorganisationstheorie dialektisch gefasst und mit marxistischer Gesellschaftstheorie in Verbindung gebracht. Inhaltlich wird ein breites Spektrum von wichtigen Aspekten gesellschaftlicher Entwicklung erfasst: der Fetischcharakter des Kapitalismus, das Verhältnis von Technik und Gesellschaft im Kapitalismus und in nachökonomischen Gesellschaften, allgemeine Evolutionsprinzipien, die Evolution der Gesellschaft, das Verhältnis Mensch – Natur – Gesellschaft, eine wert- und regulationstheoretische Analyse des Kapitalismus, die Pflicht zur Faulheit, ökonomische Krisen, die globalen Probleme, Globalisierung, soziale Polarisierungen, die Aktualität und Notwendigkeit marxistischer Gesellschaftsanalyse, Fordismus, Postfordismus, Toyotismus, nachökonomische Gesellschaftsformen, nachhaltige Entwicklung, Cyberspace, die Rolle des Staates in der globalisierten Ökonomie, Wege der Gesellschaftsveränderung, das Verhältnis von Reform und Revolution und soziale Bewegungen sind nur einige davon. Diese Aspekte erwecken keinen fragmentarischen Eindruck, sondern werden zu einer umfassenden Kapitalismuskritik und zu einer emanzipatorischen Perspektive integriert. Die hier vorgebrachte Kritik an den »Keimformen für andere Wirtschaftsweisen« sollte als eine solidarisch-kritische verstanden werden, die die Notwendigkeit emanzipatorischer Herangehensweisen im Bereich der Selbstorganisationsforschung betont und ihre Realisierung begrüßt. All jenen, die Interesse an visionärer und kritischer Gesellschaftsanalyse haben, sei dieses Buch wärmstens empfohlen.●

Annette Schlemm: Dass nichts bleibt, wie es ist...: Philosophie der selbst organisierten Entwicklung, Band II: Möglichkeiten menschlicher Zukünfte (Selbstorganisation sozialer Prozesse) 224 S., Münster, LIT-Verlag, 1999

Z.B. HAMBURG:

Obdachlosigkeit

Die Diakonie gegen Obdachlosigkeit

Manchmal ist selbst die Kirche zu etwas gut und nimmt zumindest in Ansätzen ihre soziale Verantwortung war. So bemerkte 1992 der Hamburger Landespastor Stephan Reimers, dass die Zahl der Obdachlosen in Hamburg permanent anstieg und dieses Problem von der städtischen Politik nur kleingeredet wurde. Der alte Teufelskreis von »keine Arbeit keine Wohnung, keine Wohnung keine Arbeit« sollte durchbrochen werden.

Erich, Jungnickel, Redaktion Hamburg

Dafür wurden im Laufe der Jahre eine Anzahl von Projekten wie:

- die Straßenzeitung Hinz & Kunzt
- die Hamburger Tafel
- der Mitternachtbus
- das Spendenparlament
- der Wohnungspool
- die Rathauspassage
- der Cityservice

initiiert.

Straßenzeitung Hinz & Kunzt

Zur Mutter aller nachfolgenden Projekte in Hamburg wurde die Obdachlosenzeitschrift *Hinz & Kunzt*. Die Idee dazu kam aus London, die Straßenzeitung *»The big Issue«*, eine Zeitung, die von Wohnungslosen im Straßenverkauf vertrieben wird, wobei 60% des Verkaufpreises an den Verkäufer gehen. So haben die Verkäufer ein, wenn auch kleines Arbeitseinkommen und steigern dadurch ihr Selbstwertgefühl. Das sollte auch in Hamburg klappen.

Aber erst im November 1993 konnte das Hamburger Strassenmagazin Hinz & Kunzt dank einer Starthilfe von

50.000 DM der Evangelisch-Lutherischen Kirche Nordelbien das erste mal in einer Auflage von 30.000 Exemplaren erscheinen. Ab dem 6. November 1993 boten dann die ersten 33 obdachlosen Verkäuferinnen und Verkäufer in der Hamburger Innenstadt die Zeitung an und die Hamburger kauften. Innerhalb von wenigen Stunden wurden 3.744 Zeitungen verkauft, nach wenigen Tagen war die erste Auflage von 30.000 Stück vergriffen – es wurde nachgedruckt. Heute erscheint Hinz & Kunzt in einer monatlichen Auflage von 80.000 Stück. Der Verkaufspreis für jetzt 48 Seiten beträgt 2,30 DM davon 1,20 DM für die Verkäufer, viele Käufer runden den Betrag auf.

Aber nur auf Mitleid oder soziales Gewissen kann eine Zeitung nicht setzen, sondern sie muss ihre Marktlücke finden. Diese ist natürliche die besondere Perspektive zu Kultur und Soziales, Veranstaltungen in Hamburg und besonders Erfahrungen Obdachloser. Porträts bekannter und weniger bekannter Hamburger Künstlerinnen und Künstler gibt es in jeder Hinz & Kunzt.

In ihr finden junge und junggebliebene Leser außerdem den Comic »Hamburg City-Blues« des Zeichners *Bernd Stein*. Er hat die Abenteuer, großen Hoffnungen und kleinen Erfolge fest gehalten, die die etwas anderen Helden Sven und Olli Tag für Tag auf den Straßen Hamburgs erleben.

Artikel zu den Themenkreisen Arbeit, Armut und Sozialstaat informieren die Leserinnen und Leser über aktuelle Entwicklungen und alternative Lösungsstrategien. Zum Beispiel berichtete die Zeitung über neue Beschäftigungsmodelle für Langzeitarbeitslose oder im letzten Jahr über die geplanten Sozialhilfekürzungen.

Für seinen Programmteil wählt Hinz & Kunzt aus der Fülle der Veranstaltungen in Hamburg einige wenige aus – »subjektiv und einladend statt vollständig und nichts sagend«.

Hinz & Kunzt ist ein lebendiges Projekt, in dem sich eine ganze Menge tut. Wenn in einem Monat genug passiert ist, von dem die Redaktion ausgeht, dass es für die Leserinnen und Leser von Interesse ist, berichtet sie darüber. Die entsprechende Rubrik heißt – natürlich – »Hinz & Kunzt intern«.

Das »Forum« ist das Herzstück jeder Hinz & Kunzt: Auf zwei Seiten steht, was Obdachlose zu sagen haben: ihre Geschichten, Gedanken und Gedichte. Zusätzlich gibt es in unregelmäßigen Abständen die »Forum Reportage« – von einem wohnungslosen Autor recherchiert und geschrieben über ein Thema, das ihn betrifft.

Wohnungspool

Im Oktober 1995 hat das fünfköpfige Team des Hinz & Kunzt-Wohnungspools damit begonnen, gezielt Wohnungen für obdachlose Hinz & Kunzt-Verkäufer zu suchen, bei der Vorstellung und Behördengängen zu helfen und die neugebackenen Mieter – wenn gewünscht – auch weiter zu beraten. Die Probleme fangen dabei oft schon mit der Auswahl der Wohnung an. Die Hinz & Künztler sollen ja auch die richtige Wohnung finden. Das heißt natürlich nicht, dass unser Hinz & Künztler demnächst in ein Penthaus zieht. Aber ein Drogenabhängiger sollte nicht nach St. Georg ziehen, ein Alkoholiker lieber nicht in ein Haus, in dem viele Menschen mit ähnlichen Schwierigkeiten wohnen. Doch die richtige Wohnung ist die Grundlage dafür, dass der Einstieg in ein normales Leben wieder in greifbare Nähe rückt.

Deshalb sollen die Hinz & Künztler Mieter wie du und ich werden. Das heißt: Der Mietvertrag wird direkt zwischen der Wohnungsbaugesellschaft und dem Obdachlosen abgeschlossen, es gibt keinerlei Betreuungsauflagen, und Hinz & Kunzt übernimmt keine Mietausfälle. Die Wohnungspooler bieten den Hinz & Künztlern allerdings ihre Hilfe an, und helfen, wenn's schwierig wird: bei Behördengängen, beim Umzug, wenn es Probleme zwischen Mieter und Vermieter gibt oder zwischen Mieter und Nachbarn. Dabei werden viele schöne Erfahrungen gemacht, aber auch traurige. Zu den schönen gehört die intensive Unterstützung durch einzelne Wohnungsunternehmen. Es ist so auch schön zu sehen, wie ein Mensch aufblühen kann, wenn er eine eigene Wohnung hat. Ein Hinz & Künztler hat sogar inzwischen einen Schrebergarten gepachtet.

Zu den traurigen Ereignissen gehören dagegen die gelegentlichen Kündigungen, die das Team trotz großer Anstrengungen nicht verhindern konnte. Manche, die lange auf der Straße waren, kommen mit der neuen Situation nicht klar. Und irgendwann sind sie verschwunden. Frank zum Beispiel hätte seine Ein-Zimmer-Wohnung in Langenhorn auch fast wieder verloren: Mit vier Monatsmieten war er schon im Rückstand. Oft dachte er daran abzutauchen, aber dann entschied er sich anders: Er kam mit seinen Problemen zum »Wohnungspool«. Der sprach mit dem Vermieter und der Bezirksstelle für Wohnungssicherung – das Mietverhältnis wurde gerettet. Inzwischen zahlt Frank wieder jeden Monat Miete.

Rathauspassage

Aber es mussten auch neue Arbeitsideen gefunden werden. Die Idee: Eine alternative Ladenpassage im bisher vergammelten S-Bahn-Tunnel unterm Hamburger Rathaus sollte Arbeitsplätze für Arbeitslose und Sozialhilfeempfänger bieten – eine Chance auch für Obdachlose. Träger der Rathauspassage ist eine gemeinnützige GmbH, die Passage gGmbH. Die »Passage« steht als Dach auch anderen, kleinen oder großen, Projekten zur Verfügung, welche Arbeitsplätze für Menschen schaffen wollen, die zuvor von Arbeit ausgeschlossen waren. So können Projektideen schneller und unbürokratischer in die Tat umgesetzt werden.

Gesellschafter der Passage gGmbH sind

- Diakonisches Werk Hamburg
- Stiftung Das Rauhe Haus
- GATE – Gesellschaft für Arbeit, Technik und Entwicklung mbH
- evang. Verein für Jugendsozialarbeit in Hamburg/ »HUDE« e.V
- evang./luth. Kirchenkreis Verband Hamburg
- Kirchenkreis Alt-Hamburg
- SHE-Servicehaus Eimsbüttel-Gesellschaft für Frauen in Arbeit mbH

Seit 1.Juli 1998 werden in der Rathauspassage unterschiedliche Dienst- und Serviceleistungen angeboten, z.B. Bistro, Second-hand-Laden nicht nur für junge Leute und der »Eine-Welt-Laden«, ein Buchantiquariat und ein »Info-Counter«. Ziel ist es, durch dieses professionelle Angebot einerseits einen Beitrag zur kulturellen Belebung der Hamburger Innenstadt zu leisten, andererseits sind qualifizierte Arbeitsplätze für 30 Langzeitarbeitslose entstanden, darunter für neun Hinz & Künztler.

Aber schon 1999 zeigte sich das Hauptproblem dieser Arbeitsplätze. Die Arbeitplätze waren von der Sozialbehörde und dem Arbeitsamt bezuschusste ABM-Stellen oder im Programm »Arbeit statt Sozialhilfe« angesiedelt und damit auf ein Jahr befristet. Da die Rathauspassage nach einem Jahr keine schwarzen Zahlen schreiben konnte, war nur eine Übernahme von wenigen möglich und die Rathauspassage mutiert entgegen den ursprünglichen Ansätzen zum Beschäftigungsträger. Die erste Belegschaft, die mit viel Engagement und Arbeitseinsatz die Passage aufgebaut hat, fühlt sich frustriert und betrogen.

City Service Team

Trotz dieses Flops kam die nächste Arbeitsidee durch Hinz & Kunzt, das City Service Team.
Die Hinz & Kunzt schreibt dazu:
»Das City Service Team könnte ein Arbeitsprojekt für Arbeitslose sein. Die Mitarbeiter, gut erkennbar an ih-

OASE

Selbsthilfegruppe der Wohnungslosen in Hamburg

Wolfgang Liebe, Hamburg ● Im September 1993 fanden sich Menschen von der Straße und solche, die schon immer anderen geholfen haben, zur OASE-Selbsthilfegruppe für Wohnungslose zusammen. Die OASE sollte eine Ergänzung der bestehenden Institutionen der Obdachlosenhilfe sein. Langfristige Obdachlosigkeit führt bei vielen Betroffenen zu einer krankhaften Vereinsamung Ablehnung, eigenes Versagen und daraus entstehende Mutlosigkeit führen oft zu selbstzerstörerischen Hass. Ende 1994 konnten Räume angemietet werden, in denen ein Tagestreff mit etwa 30 Plätzen, ein kleines Büro und die erste Wohngemeinschaft für fünf Bewohner Platz fanden. Jetzt sind 10 Wohngemeinschaften für insgesamt 35 ehemals Obdachlose geschaffen worden. Es ist schon viel erreicht, wenn in die Obdachlosen wieder einen Nachbarn zulassen können und sich selbst auch als Nachbarn anbieten. Deshalb werden drei unterschiedliche Wohngruppenformen angeboten.

Die Wohnform A ist für Menschen gedacht, die zu ihrer Person durch viele Niederlagen keinen guten Zugang haben. Dabei soll die Entscheidung gegen Sucht und Selbstvernichtung weiterhin jeder Bewohner behalten. Gedacht ist auch an kranke Menschen, die es in einem Krankenhaus nicht lange aushalten und sich oft schon nach Stunden auf eigenen Wunsch entlassen lassen. Deshalb werden kleine Wohngruppen aus drei bis vier Personen für höchstens sechs Monate gebildet. Um der Vereinsamung durch Einschließen zu begegnen, sollen alle Zimmer einer Wohngemeinschaft in einen zentralen Raum münden. Der Zugang zu Suchtmitteln soll durch lange Wege erschwert werden.

Die Wohnform B ist für eine Zeit von maximal drei Jahren gedacht. Durch die verkehrsgünstige oder zentrale Lage ist den Bewohnern die Überprüfung der inneren Werte und Einstellungen möglich. Die Fragen: "Was will ich?/Was kann ich?/Wie geht es weiter?" sollen geklärt und ausprobiert werden.

Die Wohnform C ist als Ablöse zur normalen Wohnung und einem eigenständigen Leben gedacht. Bis zu 10 Jahren und bei älteren auch länger bietet diese Wohnform nur noch Schutz gegen Rückfälle.

Im Treffpunkt der OASE werden im Jahr ca. 15.000 warme Mahlzeiten serviert, 30.000 Tassen Kaffee, Tee oder Fruchtsäfte ausgeschenkt. Über 9.000 Menschen konnten von der OASE eingekleidet und etliche Wohnungen komplett eingerichtet werden. Ohne die Leistung von Wohnungslosen, die in der Öffentlichkeit oft für nicht sehr stark angesehen werden, wäre dieser Berg an Arbeit nicht zu schaffen gewesen. Auch diese Tatsache kann den Helfern neuen Mut machen und zu neuen Erkenntnissen über sich führen.●

Das Strassenfeger-Team

Thesenpapier zu Obdachlosigkeit und Armut

1. Die Sozial-, Wirtschafts-, Gesundheits-, Bildungs- und Wohnungspolitik ignorieren bzw. nehmen die weitere Verarmung bzw. Verelendung von vielen Gruppen (bis zu einem Drittel der Gesellschaft) billigend in Kauf.
2. Die Lebenslagen von Wohnungslosen sind Ausdruck absoluter Armut. Und dies in einem reichen Land. Die sozialen Spannungen wachsen in Deutschland und in Europa.
3. Wohnungslose haben einen Anspruch auf gesellschaftliche Anerkennung und die Gewährung entsprechender sozialer Hilfen.
4. Soziale, kulturelle, ökonomische oder politische Teilhabe von Wohnungslosen findet weder vor Ort noch im gesellschaftlichen Rahmen zureichend statt.
5. Frauen, seelisch Kranke, Drogen- bzw. Aidskranke, Langzeitarbeitslose und Jugendliche ohne Perspektiven gehören zu den besonders gefährdeten Gruppen auf der Straße.
6. Kommunale Hilfen für Wohnungslose und sonstige Armutsgruppen sind vielfach weder niedrigschwellig erreichbar noch konzeptionell auf die Lebenssituation wohnungsloser bzw. armer Menschen ausgerichtet.
7. Verbote, bürokratische Regelungen, unterbesetzte persönliche Dienste, mangelhafte Standards dominieren die ambulanten bzw. stationären Hilfen.
8. Ansätze für die Verbesserung der Lebenssituation von wohnungslosen Menschen sind:

- Niederschwelliger Zugang zu sozialen Institutionen, keine Abschiebung von Frauen, Paaren, Alten und Kranken...;
- Konzeptionelle Offenheit von stationären und ambulanten Hilfen für Beteiligung und Mitbestimmung von Wohnungslosen;
- Mitarbeit von ehemals Wohnungslosen in professionellen Diensten, Übernahme von Angeboten und Einrichtungsteilen in Eigenverantwortung (z.B. Wärmestuben, Tagescafés, Streetwork, Straßenzeitung, Tag- und Nachtdienste etc.);
- Weiterentwicklung sozialer und kultureller Angebote an Wohnungslose im Sinne von Lobbyarbeit und Vernetzung;
- Aufbau von eigenen Organisationen von Wohnungslosen vor Ort und auf Bundesebene (Initiativen, eingetragene Vereine, Straßenzeitungen etc.);
- Schaffung von sozialversicherungspflichtigen Arbeitsplätzen für Wohnungslose;

Aus »Herbstwind«, dem Straßenmagazin für die Region Offenburg

ST. PAULI:

Obdachlosigkeit

Gesundheitszentrum im ehemaligen Hafenkrankenhaus

Hunderttausende von Unterschriften aus ganz Hamburg konnten die Schließung des fast hundertjährigen Hafenkrankenhauses nicht verhindern. Erst nach der Besetzung der Station D und nach mehr als 25 Montags-Demonstrationen wurden einige Politiker im Senat und der Bürgerschaft wach.

Um die Wut und Verzweiflung im Stadtteil unter Kontrolle zu bringen, wurde vom Senat das »St. Pauli-Forum« mit Vertretern von Kirchen, Schulen, Behörden, sozialen Einrichtungen, Vereinen und Initiativen, sowie der Interessengemeinschaft St. Pauli und der ÖTV eingerichtet.

Die Erstellung einer Bedarfsanalyse für ein Sozial- und Gesundheitszentrum mit den Anwohnern von St. Pauli und Neustadt war die Grundlage, eine Planungsgruppe zu bilden. Diese umfasste die Staatsrätin der Stadtentwicklungsbehörde, Behördenvertreter, Ärzte und erfahrene Personen von den sozial-medizinischen Einrichtungen, sowie Vertreter der Initiativen aus den Stadtteilen.

- Nach zähen Gesprächen und Verhandlungen wurde die Notfallambulanz St. Pauli einer privaten Ärzte-Betriebsgesellschaft überlassen, z.Zt. noch ohne die stationären Stadtteilbetten.
- Eine Krankenstube für obdachlose Menschen wurde von der Caritas eingerichtet.
- Es gibt Selbsthilfegruppen die sinnvoll die leer stehenden Gebäude nutzen, wie der Bundesverband der Gehörlosen – Schwulen und Lesben.
- Weiter richtete sich das Info-Café der Initiative: EIN STADTTEIL STEHT AUF in Haus 5 ein, mit dem Ziel eine Begegnungsstätte zu planen und zu gestalten zum 100 jährigen Jubiläum des ehemaligen Hafenkrankenhauses im Jahre 2000.

Nach der Weltgesundheitsorganisation WHO, bedeutet Gesundheit nicht nur ein Freisein von Krankheit und Gebrechen, sondern der Zustand des völligen körperlichen, geistigen und sozialen Wohlbefindens. Um dies zu erreichen, müssen neben den vielfältig geplanten medizinischen Versorgungsangeboten, dringend auch soziale Angebote entstehen und durch unterstützende Hilfe gefördert werden.

Die Begegnungsstätte »Caf-Fee mit Herz«

Das Modellprojekt *»Caf-Fee mit Herz«* wurde durch die Initiative: EIN STADTTEIL STEHT AUF, die sich als eine Interessenvertretung der BewohnerInnen St. Paulis und benachbarter Stadtteile versteht, in Form einer Zukunftswerkstatt zum Leben erweckt. In der sozialen Einrichtung *»Caf-Fee mit Herz«* sollen sich AnwohnerInnen, obdachlose Menschen NutzerInnen und Beschäftigte des sozialen Gesundheitszentrums begegnen.

BesucherInnen des *Info-Caf-Fees* helfen anderen, die kein oder nur ein geringes Einkommen haben. Dadurch kann Kaffee, Tee und Gebäck kostenlos ausgegeben werden. In dem *Caf-Fee* können Menschen Ruhe und Entspannung finden oder sich treffen, kennen lernen und austauschen.

Durch kulturelle Angebote soll ein Ort der Wärme und des Miteinander entstehen. Hier wollen wir in freundlicher Atmosphäre einander mit Rat und Tat zur Seite stehen, über Alltägliches und Besonderes klönen oder es uns einfach zusammen gut gehen lassen.

Durch spezielle Angebote für Menschen ohne Lobby (z.B. Beratung in Behördenangelegenheiten) soll nach dem Prinzip der »Hilfe zur Selbsthilfe« die Unabhängigkeit der Betroffenen gefördert und die Fähigkeit der gleichberechtigten gesellschaftlichen Teilhabe entfaltet werden.

Das *»Caf-Fee mit Herz«* von und für BewohnerInnen St. Paulis und Umgebung, soll das Miteinander der Menschen stärken und die Stadtteilkultur fördern. Gemeinsam und durch die Zusammenarbeit aller Interessierten und Motivierten wollen wir den Aufbau dieses sozialen, kulturellen und karitativen Projektes, den späteren laufenden Betrieb des *»Caf-Fee mit Herz«*, sowie die Organisation von dortigen Veranstaltungen und Angeboten durchführen.

INFO-Cafe, Sozial- und Gesundheitszentrum, St. Pauli, Haus 5, ehem. Hafenkrankenhaus, Zirkusweg 11, D-20359 Hamburg
Telefon (0 40) 317 902 61 oder
Tel/Fax: 401 59 59

Schlaflose Nächte – Hamburg nach Sonnenuntergang

Mit dem Mitternachtsbus unterwegs

Mit einer Reportage über den Mitternachtsbus, der Obdachlose auf der »Platte« besucht, gratuliert Hinz & Kunzt dem Diakonischen Werk zum 150. Geburtstag. Denn der Mitternachtsbus gehört wie das Straßenmagazin zu den Obdachlosenprojekten des Diakonischen Werkes, die unter dem Motto stehen: Hilfe zur Selbsthilfe. Projektleiterin des Busses ist Annemarie Knapp, die selbst monatelang auf der Straße lebte.

Birgit Müller, Hamburg ● Das Wort Mitternachtsbus irritiert. Denn als die Tour losgeht, am Hauptbahnhof, da ist es erst 20 Uhr und taghell. Die drei auf der Fahrerbank sehen aus, als würden sie sich für einen Ausflug ins Grüne vorbereiten: Jens, der Fahrer, Annemarie Knapp, die Projektleiterin, und Jacquelin, Annemaries zehnjährige Tochter. Leichte Aufregung, Geplänkel und von hinten der Duft von Kaffee und Erdbeerkuchen. In großen Plastikkisten warten Kuchenstücke, belegte Brötchen und Brote auf Abnehmer. An den Fenstern baumeln Stofftiere aller Art. Ein kleines Dankeschön von der obdachlosen Kundschaft. »Die Möwe ist von Jens«, sagt Annemarie Knapp, Projektleiterin des Mitternachtsbusses. »Der weiße Bär da von Uwe, der grüne Hase von Ronny und die Äffchen von der Gruppe Karstadt, Sport und Spiel.« So benannt, weil sie dort ihr Nachtlager aufschlagen. »Wenn sie nicht gerade mal wieder vertrieben worden sind.« Aber Karstadt, Sport und Spiel muß noch warten. Erst ist die Ost-West-Straße dran. Jacquelin ist schon ganz hibbelig. Das blonde Mädchen mit Pferdeschwanz und frechen Augen hinter der Brille freut sich auf ihre Bekannten, die unter Hamburgs Brücken, in Hauseingängen und Straßen schlafen, aber mehr noch auf deren treue Begleiter: die Hunde. »Die mag ich alle«, sagt sie strahlend.

Jens parkt, weit und breit ist keine Platte erkennbar. Niemand kommt. Runter geht's ans Fleet. Vor den Blikken Neugieriger geschützt kleben halbhohe Verschläge an der Brückenmauer. Im Halbdunkel sind Sessel und ein Tisch erkennbar. »Hallo, niemand zu Haus'?« ruft Annemarie. Leises Rascheln, eine einsame Gestalt quält sich aus dem Schlafsack. »Warst du beim Friseur?« fragt Jens grinsend. »Ganz so kurz sollte es gar nicht werden«, sagt der Mitzwanziger und fährt sich über die kurzen Stoppeln. »Das sollte meine Sommerfrisur werden, aber bei dem Wetter ist das richtig kalt am Kopf.« Jens packt drei Kakao und zwei Kaffee und einen Tee auf ein kleines Tablett, dazu die gleiche Anzahl von Kuchen und Brötchen – für Marios (Name von der Redaktion geändert) Kollegen. Mario ist heute nicht sehr gesprächig. »Ich habe Grippe oder was, ich liege schon die ganze Zeit in meiner Koje, lese und beselbstmitleide mich.«

Langsam senkt sich die Dunkelheit über die Stadt. Nieselregen lässt das Pflaster glänzen. Mario beeilt sich, wieder in seine »Koje« zu verschwinden, ohne allzu nass zu werden. »Der Regen ist oft viel schlimmer als die Kälte. Wenn mal der Schlafsack nass ist...«, sagt Annemarie. Sie weiß, wovon sie redet. Monatelang lebte die 33-jährige selbst auf der Straße, »beschützt von zwei Herren, mit denen ich Platte machte«. Ihre Kinder musste die Alleinerziehende damals zu ihrer Schwester geben. Inzwischen lebt Annemarie mit ihren beiden Kindern wieder in einer Drei-Zimmer-Wohnung.

Jacquelin wird ungeduldig. Beim nächsten Halt will sie alte Freunde wieder sehen: Bernd und vor allem die Hunde Rambo und Meggi. Neuer Wall. Ein Mann mit Trenchcoat und Aktenkoffer hastet eilig vorbei, voll konzentriert auf das Gespräch, das er per Handy führt. Die Auslagen in den Fenstern sind beleuchtet: Möbel, Kleidung, Haushaltswaren – alles nur vom Feinsten. Das Eisengitter am Bürgermeisterhaus wird mit einem Rasseln heruntergelassen. Die Geschäftswelt begibt sich zur Ruhe. Nur einmal um die Ecke, und Jens und Jacquelin haben Bernds Schlafplatz erreicht. »Der ist ganz nett...«, hatte Annemarie noch gesagt. Von weitem erklingt schon Bernds wütende Stimme. Jacquelin kann das nicht erschüttern. Sie stürzt gleich auf Meggi und Rambo zu, die zweimal pflichtbewusst aufbellen und dann freudig mit dem Schwanz wedeln. Bernd sitzt in seinem Schlafsack. »Die Schweine, sie haben mir alles geklaut«, schimpft der 35-jährige. Seine Papiere sind weg, seine Kamera, seine Fotos, aber was viel schlimmer ist: »Mein Weltempfänger. Auf den habe ich zwei Jahre lang gespart, und die Papiere von den Hunden.« Tränen stehen in seinen Augen. »Kann ich dir denn trotzdem etwas Gutes tun?« fragt Jens und serviert dem verstörten Bernd Kaffee und Kuchen ans »Bett«. »Vielleicht können wir dir schon morgen ein neues Radio besorgen.«

Jens leistet beim Mitternachtsbus gemeinnützige Stunden ab, weil er als Jugendlicher straffällig geworden war. »Viele Ehrenamtlichen waren nicht gerade begeistert, dass ich ihn ins Team aufgenommen habe«, sagt Annemarie Knapp. »Sie haben gedacht, der ist bestimmt nicht motiviert. Aber das Gegenteil ist der Fall.« Und für Jens steht jetzt schon fest: »Ich bleibe auf jeden Fall dabei. Hier kann ich konkret helfen.« Sommers (alle zwei Nächte) wie winters (jede Nacht) fährt der grüne Bus die Stellen an, an denen Menschen ihr Nachtlager aufschlagen. 48 Ehrenamtliche unterstützen Annemarie Knapp. Neben Essbarem verschenkt die Crew auch mal eine Decke, eine Sweat-Shirt oder eine Hose, je nachdem, was gerade vorrätig ist.

Sieben Obdachlose mit Sack und Pack warten an der Straßenecke. Annemarie und Jens gönnen sich eine Zigarette. Klönschnack wie auf einer Gartenparty: Tja, der Sommer ist auch nicht das, was er sein sollte. Und der Peter vom Michel, ja der ist wieder aufgetaucht, soll in Travemünde gewesen sein. Ein Mann mit glänzender, schwarzer Trainingshose und leicht lädierter Nase wirft sich besonders ins Zeug. Vor einigen Tagen noch hat er die Besatzung des Mitternachtsbusses in Angst und Schrecken versetzt und mit dem Messer bedroht. Da war er ziemlich betrunken und verzweifelt, weil sein Hund weg war. Aber die Sache ging gut aus, und nachtragend ist die Bus-Crew nicht.

Inzwischen geht es wirklich auf Mitternacht zu. 40 Menschen haben Jens, Annemarie und Jacquelin besucht. Sie werden allerdings noch mindestens 20 treffen. Was allerdings verhältnismäßig schnell geht. Denn viele Obdachlose liegen in der Spitaler Straße, Mönckebergstraße und Ferdinandsstraße. Tagsüber sind sie nicht erwünscht, aber nachts gehört die City ihnen. »Manche Ladenbesitzer sind sogar froh, dass es uns gibt«, sagt Ronald. »Wenn wir hier sind, kann niemand einbrechen.«

Der grüne Bus fährt die Fußgängerzone entlang. Vorbei am Mönckebrunnen, wo der Bus herzlich und fröhlich empfangen wird, vorbei am Eingang von Penndorf, wo zwei bunte Regenschirme eine ältere Frau bedecken. »Die möchte nicht angesprochen werden«, sagt Annemarie Knapp. Oben bei Karstadt liegt die besagte Karstadt, Sport und Spiel-Gruppe im Eingang des Kaufhauses. Den Bierdosen nach zu urteilen sind sie eher der Fraktion der »Alkis« zuzurechnen. Schräg gegenüber hat es sich eine Gruppe Junkies bequem gemacht. Der Bus hält. Rufe von hüben nach drüben. Die Junkies und die »Alkis« – wirklich grün sind die sich nicht. Aber sei's drum. Bei Jens, Annemarie und Jacquelin am Mitternachtsbus, da treffen sie sich dann doch wieder alle.●

Aus Hinz & Kunzt Nr. 66

FORTSETZUNG VON SEITE 6

ren freundlichen Uniformen, haben folgende Aufgaben: Präsenz in der City. Die City-Berater machen Rundgänge in der Innenstadt, sind Ansprechpartner für Passanten. Beispielsweise können bei ihnen Gepäckträger geordert werden, sie sorgen für die Beseitigung von Schmutz und Graffiti. Außerdem sind sie eine Auskunftszentrale für Menschen, die sich in der City nicht auskennen.

Im City Service Center sitzen Mitarbeiter der Reinigungskolonne und Kuriere auf Abruf. Die Kuriere bringen die Pakete entweder ins Parkhaus, an die S-Bahn oder nach Hause.

Präsenz in den Parkhäusern: Mitarbeiter des City Service Team arbeiten in den Parkhäusern. Auf jeder Etage steht mindestens ein Mitarbeiter, hilft beim Finden der Parkplätze, vermittelt ein Sicherheitsgefühl und kann von den Einzelhändlern auch mit Werbemitteln ausgestattet werden.

Das City Service Team bietet außerdem einen Shuttle-Service zwischen dem Hauptbahnhof und Dammtor, beziehungsweise Rödingsmarkt an. Die Minibusse fahren langsam die Einkaufsstraßen auf und ab. Gegen ein geringes Fahrgeld (1,70 Mark, angelehnt an den HVV-Tarif) können Passanten jederzeit zu- und aussteigen. Die Busfläche wird als Werbeträger vermietet.

Falls Einzelhändler stundenweise Arbeit zu vergeben haben wie Zerkleinerung von Pappkartons, Müllsortierung oder Keller aufräumen, können sie beim City Service Team Arbeitskräfte anfordern. Voraussetzung ist allerdings, dass die Jobber nicht genutzt werden, um feste Arbeitsstellen abzubauen. Kinderbetreuung: Für Kinder wird in der City außer in der Weihnachtszeit so gut wie nichts angeboten. Was fehlt ist ein betreuter Spielplatz mit Spielhaus, wo Kinder stundenweise spielen können und altersgemäß betreut werden. Gegen ein geringes Entgelt (zwei, drei Mark pro angebrochene Stunde) können Eltern hier ihre Kinder abgeben. Zur Sicherheit werden die Eltern mit Peepern ausgerüstet, sodass sie schnell erreichbar sind.

Gezielte Werbemöglichkeiten: Der City Service bietet Einzelhändlern die Möglichkeit, ihre aktuellen Angebote nach Produkten zu ordnen und sie in einem wöchentlichen City-Angebotskatalog zusammenzustellen. Dieser Katalog wird den Kunden in Parkhäusern, in den Einkaufsstraßen und an U- und S-Bahn-Ausgängen zur Verfügung gestellt.

Veranstaltungen: Toll wäre es, wenn die City wieder zum Besucher-Magnet würde. Wenn hier Konzerte und Theater aufgeführt würden nach dem Vorbild des Sommerkinos auf dem Rathausmarkt. Motto: Kultur für alle, umsonst oder ganz billig. Das würde auch das Miteinander in der Stadt fördern.

Arbeitsplätze: In dem Projekt könnten rund 50 Menschen Vollzeit-, Teilzeit oder stundenweise arbeiten. Übernehmen könnten diese Aufgaben Hinz & Künztler, die schon länger dabei sind und keine Zeitung mehr verkaufen wollen, und andere Arbeitslose mit entsprechenden Fähigkeiten. Sie bekommen fachliche Anleitung und soziale Begleitung. Die City-Berater sollen auch keine verkappten Wachleute sein, sondern wirklich freundliche Ansprechpartner.«

Wieder ist an geförderte Arbeitsplätze gedacht, von denen die meisten Obdachlosen ausgeschlossen sind. Diesmal ist an Arbeiten gedacht die auf dem »normalen« Arbeitsmarkt niemand annehmen würde, aber zu denen Langzeitarbeitslose durch Androhung von Leistungsentzug gezwungen werden können. So wurden die ersten Stellen für Schuhputzer eingerichtet. Kein Wunder, dass das Modell nur beim innerstädtischen Einzelhandel positiv angenommen wurde.●

STUTTGART

Obdachlosigkeit

TROTT-WAR

– eine Straßenzeitung im Südwesten

Im November 1999 feierte »Trott-war« ihr fünfjähriges Bestehen – nicht ungetrübt, wie der Chefredakteur Uwe Hopf in der Jubiläumsausgabe berichtet. Das Projekt befindet sich derzeit in der bedrohlichsten existenziellen Krise seiner Geschichte. Die Ursachen hierfür sind vielfältig und haben ihren Ursprung in Ereignissen, die weit zurückliegen.

Uwe Hopf, Stuttgart ● Als am 17. November 1994 die ersten rotgewandeten *Trott-war*-Verkäufer in Stuttgarts Innenstadt auftauchten, standen sie für ein Konzept, das in seiner Einfachheit bestechend war: Wohnungs- und Arbeitslose vertrieben im Straßenverkauf eine Zeitung, in der ihre Belange aufgegriffen wurden. Anstatt bettelnd die Hand nach Almosen aufzuhalten, boten sie ein professionell gestaltetes Produkt an. Der Dorn im Auge so manchen Bürgers wandelte sich zum anregenden Gesprächspartner und agilen Kleinstunternehmer.

Doch *Trott-war* war nicht die erste Straßenzeitung in der Landeshauptstadt. Bereits im Mai desselben Jahres hatte *Bernd Dorst* die Straßenzeitung *Prisma* an den Start gebracht. Nachdem im Winter 1993 mit der Zeitschrift *Hinz und Kunzt* eine bereits in London und Paris erfolgreich erprobte Idee auch in Hamburg hatte Fuß fassen können, war für Dorst klar, dass Stuttgart ebenfalls reif für ein solches Projekt war.

Um sein Projekt mit möglichst breiter Unterstützung ins Laufen zu bekommen, hatte sich Dorst im Vorfeld auch an die großen Wohlfahrtsverbände gewandt. Nach einigen Treffen trennten sich die Wege wieder. Den Trägervertretern erschien Dorsts Tempo zu halsbrecherisch und manche seiner Ideen zu unausgegoren. Dorst wiederum witterte »Machtinteressen« und »Profilierungssucht«. Im Stadtmagazin Lift erklärte er: »Die stellten derartige Bedingungen, die wollten gleich die Chefs sein.«

Stuttgarts von der Grundidee äußerst angetane Öffentlichkeit musste sich nun mit der absurden Situation auseinander setzen, Heimat zweier konkurrierender Straßenzeitungen zu sein.

Ein gutes halbes Jahr später platzte der Knoten. Im Editorial der Juli-Ausgabe berichtete *Albert Wild*, der damalige Vereinsvorsitzende von Trott-war: »Am 20. Juni 1995 wurden wir uns einig – die Septemberausgabe ist als gemeinsame Zeitung geplant und soll unter dem Namen *Trott-war-Prisant* erscheinen!«

Die *Trott-war*-Verkäufer hatten inzwischen nicht nur die Landeshauptstadt, sondern auch die umliegenden Kreise erobert. Mit ihrem natürlichen Charme brachten sie Bevölkerung und Lokalpresse auf ihre Seite. Sie selbst sind bis zum heutigen Tag die strengsten Wächter über die Einhaltung der Verkaufsregeln: Wer angetrunken oder unter Drogeneinfluss verkauft, schadet dem Ansehen des Projekts und erhält Verkaufsverbot. Viele Verkäufer bauten sich schnell ein eigenes Vertriebsgebiet mit eingeschworener Stammkundschaft auf. So mancher Kontakt zu Politik und Wirtschaft kam über sie zustande.

Mit der authentischen Berichterstattung über Verkäuferschicksale, das Leben auf der Straße und die Verstrikkungen in Armuts-, Sucht- und Schuldenproblematiken hatte *Trott-war* auch inhaltlich den Nerv seiner Leserschaft getroffen. Wenn ein Betroffener in schnoddrigem Bukowski-Ton über seine Alkoholabhängigkeit berichtete (»Die Schnapsflasche lag neben mir und grinste mich an.«), oder in einer großen Foto-Reportage »Biwak-Know-How« vermittelt wurde, tat sich für viele Leser ein Blick in bisher unbekannte Welten auf. Weil dieser Blick nicht immer Erfreuliches zu Tage förderte, boten ausgewählte Kulturtips, Features, Reportagen und die beiden Comic-Figuren Billy Biwak und Peter Platte ein Gegengewicht. Der damalige Chefredakteur und heutige Geschäftsführer *Helmut H. Schmid* brachte es auf den Punkt: »Wir wollen kein Jammerblatt sein.«

Hinter den Kulissen bewegte eine zentrale Frage die Gemüter: War *Trott-war* dauerhaft überlebensfähig? Alle Stellen in Redaktion, Geschäftsleitung und Vertrieb waren über Mittel des Arbeitsamts finanziert. Was würde geschehen, wenn diese Förderungen ausliefen? Verschiedene Modelle wurden diskutiert, verworfen, umgekrempelt und erneut diskutiert.

Im Januar 1998 mobilisierte ein Bericht über die finanzielle Situation von Trott-war in Sonntag Aktuell eine breite Öffentlichkeit und trat eine Lawine der Solidarität los. Auch die »Gründerväter« der Straßenzeitung aus Caritas, Evangelischer Gesellschaft und Neue Arbeit, inzwischen überwiegend passive Vereinsmitglieder, sorgten sich um deren Fortbestand. Einem gemeinsam mit *Trott-war*-Vertretern anberaumten Termin folgte in der März-Ausgabe ein rätselhafter Beitrag, in dem Trott-war-Kolumnist Karle Cläfferle seinem Ärger Luft machte. Nur Insidern erschloss sich der tragische Hintergrund: Mit der Idee, *Trott-war* in ein Sozialunternehmen mit städtischer Förderung umzuwandeln, hatte man sich zu weit in fremdes Territorium gewagt. Was ein Neuanfang hatte werden sollen, endete in einem Eklat, und es dauerte lange, bis sich die Wogen wieder glätteten.

Am Ende des Jahres konnte *Trott-war* dennoch auf eine erfolgreiche Bilanz blicken: Ein immenser öffentlicher Rückhalt, ein ungeheures Spendenaufkommen, das beste Verkaufsjahr seit Bestehen des Projekts, zwei durch Gemeinderatsbeschluss dem Projekt zur Verfügung gestellte Arbeitsstellen zur Beschäftigung langzeitarbeitsloser Sozialhilfeempfänger und der Umzug in neue, größere und billigere Räumlichkeiten, der ebenfalls durch städtische Vermittlung zu Stande gekommen war.

Noch war jedoch der Antrag auf Anerkennung als Arbeitshilfeträger nicht beantwortet, den zu stellen die Mitgliederversammlung beschlossen hatte. Er war als Ergänzung zum bestehenden System konzipiert worden und enthielt ein Modell zur Festanstellung einiger Verkäufer. Parallel dazu wurde ab Januar eine Verkaufsbeschränkung eingeführt, die auf das reformierte System in der Arbeitshilfelandschaft abgestimmt war.

Der Antrag wurde abgelehnt – Festanstellungsmodell und Verkaufsbeschränkungen blieben, letztere, um den Vorwurf, Sozialhilfebetrug zu unterstützen, bereits im

Keim zu ersticken. Die psychologischen Auswirkungen dieser Maßnahme auf die Verkäufer waren verheerend. Massive Verkaufseinbrüche waren die unmittelbare Folge. Nicht, weil *Trott-war*-Verkäufer potenzielle Sozialhilfebetrüger sind, wie es ein anonymer Briefschreiber die Sozialverwaltung glauben machen wollte. Viele sahen, geprägt von schlechten Erfahrungen mit Behörden, in *Trott-war* nun den verlängerten Arm der Sozialverwaltung. Im Bemühen um institutionelle Förderung war das Kind mit dem Bade ausgeschüttet worden. Heute wissen wir nicht, ob *Trott-war* den Sprung ins nächste Jahr schaffen wird. Es mangelt nicht an Ideen, die Zeitung interessanter und vielseitiger zu gestalten, neue Käuferschichten zu gewinnen und das Verkaufsgebiet auszuweiten.

Neben einer Notfinanzierung, die auf gut zwei Jahre angelegt sein sollte, benötigt *Trott-war* vor allem eines: ein System, das seinen sozialhilfebedürftigen Verkäufern einen höheren Zuverdienst als bisher (z.Zt. 300 Mark pro Monat) ermöglicht.

Nicht nur der Mittelstand verlangt lautstark ein Klima, in dem Leistungs- und Investitionsanreize geschaffen werden. Auch die vom Finanzamt als Kleinstunternehmer betrachteten Verkäufer brauchen das Gefühl, dass es sich lohnt, *Trott-war* zu verkaufen, anstatt einfach nur die Hand aufzuhalten.●

Selbstdarstellung (1997): mob e.V.

Mit dem Verein »mob – obdachlose machen mobil e.V.« ist eine Grundüberzeugung verbunden: Obdachlose können sich selber helfen. Der Verein und seine Zeitung »strassenfeger« bieten nichts anderes als Hilfe zur Selbsthilfe. Das bedeutet konkret:

- Die Zeitung selbst ist ein soziales Projekt. Monat für Monat werden Tausende von Zeitungen bewegt, deren Erlös unmittelbar – durch den Verkauf – den Verkäufern zugute kommt. Obdachlose sind damit nicht mehr auf »Süppchen«, »Söckchen« angewiesen – auch wenn das wichtig ist –, sondern können selbst entscheiden, was sie mit dem verdienten Geld anfangen.
- Die Gruppe der Verkäufer, die Notübernachtung, der Vertrieb und die Redaktion sind selbstständige und aufeinander bezogene Einheiten unseres Projekts. Jeder obdachlose Verkäufer hat die Möglichkeit, in den Bereichen Notübernachtung, Vertrieb und Redaktion – Stichwort: »Autoren zum Anfassen« – aktiv mitzuwirken und sich so neue Handlungsfelder zu erschließen. Diese Offenheit allen gegenüber – auch und insbesondere, was finanzielle Angelegenheiten betrifft – ist ein zentrales Prinzip unserer Arbeit.
- Entscheidend für den Erfolg des Projekts ist die Qualität der Zeitung. Der »strassenfeger« wird nicht nur von Obdachlosen transportiert, sondern von ihnen selbst journalistisch gestaltet. Der »strassenfeger« nimmt entschieden Partei für Arme, Ausgegrenzte und Obdachlose. Wir haben keine Scheu, Missstände sowie Konflikte offen in der Zeitung zu benennen und uns auch selbst der Kritik zu stellen.
- Wir werden mit dem Erreichten nie zufrieden sein: Die soziale Absicherung der obdachlosen Verkäufer muss noch entschieden verbessert werden (Sozialversicherung, Hilfe zur Arbeit usw.), ergänzend zur Notübernachtung muss Wohnraum zur Verfügung gestellt werden: Wohngemeinschaften mit finanzierbaren Mietverträgen, für jeden ein Zimmer sind ein wichtiges nächstes Ziel. Eigene »Häuser gegen die Kälte« sind eine langfristige Vision, die wir zusammen mit Partnern verfolgen.
- Das Projekt »strassenfeger« muss insgesamt weiter stabilisiert werden. Dazu ist es wichtig, wie in jedem anderen Unternehmen auch, Rücklagen zu bilden für schlechte Zeiten. Schließlich tragen wir Verantwortung gegenüber unseren Mitarbeitern und Verkäufern, aber auch gegenüber dem Leser.
- Spenden nehmen wir von daher gerne entgegen. Sie tragen dazu bei, ein Stück Sicherheit zu schaffen – das Leben ist unsicher genug.●

mob e.V. / strassenfeger, Hauptstr. 147, D-10827 Berlin / Kopernikusstr. 2, D-10243 Berlin
Unser Spendenkonto: mob e.V., Kto.-Nr. 76 35 48 107, BLZ 100 100 10 – Postbank Berlin
Stefan Schneider, Jutta Welle, für den Verein »mob e.V.«

MÜTTER DER TAFELSTUNDE

Essen für Obdachlose – die Verdener Tafel

Gründung war im Januar 1997. Die ersten Essen kamen schon am 4. Februar desselben Jahres auf den Tisch: Gemüsesuppe und Chili con Carne. Seither hat sich einiges getan: 20 Helferinnen und Helfer stehen inzwischen im Wechsel zur täglichen Essenausgabe zur Verfügung. Fast 18.000 Essen haben seit Gründung der Bürgerinitiative hungrige Mägen gefüllt. Werktäglich gehen zurzeit 20 bis 40 Essen raus. Ehrenamtlich, unbürokratisch, überkonfessionell – einfach gut.

von Wolfram Telle, Redaktion Bremen-Umland ● Die segensreiche Errungenschaft der Tafeln in Deutschland beschränkt sich nicht auf Großstädte. Im Gegenteil, das 30.000-Seelen Städtchen Verden gilt in Insiderkreisen sogar als Paradebeispiel für das segensreiche Wirken freiwilliger Helfer. Auch in Verden gibt es genug Menschen, die weder Kraft noch Geld haben, etwas Vernünftiges auf den Tisch zu stellen. Für sie ist die Verdener Tafel geschaffen worden, die seit fast drei Jahren ohne Unterbrechung arbeitet.

Wo man in Verden tafeln kann

Mein Interesse lässt mich gezielt mit *Heike Doppertin*, einer Aktivistin der Verdener Tafel, zusammentreffen: die Caritas vermittelt ihre Telefonnummer und der Bundesverband Deutsche Tafel nennt sie als Kontaktperson. Zur verabredeten Zeit, Dienstag 12:30 Uhr steht sie mit dem roten Kombi der Verdener Tafel vor dem Dom. Reiche Lebensmittelvorräte hat sie geladen auf der Tour, die sie zweimal wöchentlich zum Supermarkt in der Bremer Straße führt. Fleißige Hände sind ums Ausladen bemüht. Milch, Joghurt, Obst, Gemüse und mehr werden hineingetragen und auf ein paar Tische verteilt. Waren, die noch ein, zwei Tage im Sinne der Mindesthaltbarkeit haben und nichts kosten, denn der Supermarkt muss sie am nächsten oder übernächsten Tage ohnehin aus dem Verkehr ziehen. Mindestens 10% der deutschen Nahrungsmittel wandern so auf den Müll. Wegen Überfluss. Helfer, die mir hier vor der Domgemeinde begegnen, sind neben

Heike Doppertin ist eine der ganz aktiven Seelen der Verdener Tafel
Foto: Wolfram Telle

Frau Doppertin ein junger Mann, der die Zeit zwischen seinem Zivildienst und der kommenden Arbeit mit Straßenkindern in Brasilien sinnvoll nutzen möchte sowie Frau Krippendorff, bekannt durch zahlreiche Engagements in Stadt und Umland. Drinnen im Tagungsraum sitzen nur wenige beim Essen. »Hol dir auch was«, sagt ein junger Mann zu mir. Ich habe wohl etwas gierig auf seinen Teller geblickt, aber ich bezwinge den Futterneid.

12.00 – 13.00 Uhr

Die meisten »Bedürftigen« sind mit dem Essen längst durch, denn werktäglich um 12 Uhr ist das Mahl gerichtet. Bis 13 Uhr kann zwar getafelt werden. Viele Hungrige stehen aber schon um elf oder halbzwölf vor der Tür. Auch in Verden kennt die Tafel keine Ausgrenzung. Ausgeschlossen werden hier allein Schnapsflaschen. Wer bedürftig ist, darf essen, egal wie er aussieht. Frau Doppertin weiß von vielen exotischen Gästen zu berichten, aber sie betont: »Es geht immer friedlich zu bei uns.« Auf die Frage, welches denn die Klientel sei, für die sich weiland die Tafel konstituiert hat, erwidert Frau Krippendorff: »Leute, die durchs Land ziehen und Leute, die die Gemeinschaft als Hilfe brauchen, Bedürftige eben.« Oft werden Bettler, Durchreisende oder Straßenmusikanten, die nach Verden gelangen, von den örtlichen Geschäftsleuten zur Tafel geleitet. Auch ortsansässige Kinder vom »Tintenkleks« sowie Schutzsuchende des Frauenhauses zählen zu den Abnehmern. Für viele Dauergäste der Tafel ergibt sich allein durch das tägliche Mittagessen wieder eine gewisse Konstanz. Ein kleiner Schritt auf dem schweren Weg zurück. Kredenzt werden hier nur fertige Mittagessen, von Verdener Gastronomiebetrieben, Stadt- und Krankenhausküche sowie Altenheimen gespendet. Angeliefert oder geholt werden sie in gefrorenem Zustand, so dass im Wesentlichen nur heißgemacht werden muss. Das Kochen ist aus hygienerechtlichen Gründen nicht möglich in der kleinen Küche der Domgemeinde. Als kleiner Kompromiss werden Beilagen wie Reis oder Nudeln zubereitet. Fleisch- und Gemüsezubereitungen kommen ausschließlich aus der Gastronomie.

Jede Menge Arbeit

Wie kam es denn zur Gründung der Verdener Tafel? Erst 1994 hat doch die erste deutsche Tafel ihre Arbeit aufgenommen. »Die Zeit war reif!« antworten Frau Doppertin

Frau Krippendorf, Tafelaktivistin und Bürgermeistergattin, beschleunigt das Ausladen des »Tafelautos« Foto: Wolfram Telle

und Frau Krippendorff wie aus einem Mund. Ein jetzt ehemaliger Lehrer und Mitstreiter, *Eckart Rotermund*, hat seinerzeit die Bürgerinitiative »Verdener Tafel« mit einigen Gleichgesinnten ins Leben gerufen. Eineinhalb Jahre sammelte *Heike Doppertin* mit ihrem Privatwagen Es-

Fortsetzung nächste Seite

REINTEGRATION

Obdachlosigkeit

Es war Frühling. Und ich saß auf der Straße.

Erich L. hat es geschafft

Es geht ganz schnell: Eben noch war man finanziell sicher und hatte eine Wohnung. Doch plötzlich sitzt man auf der Straße – keine Wohnung, keine Ausbildung, keine Arbeit. Der Sprung zurück ist nur schwer zu schaffen.

Berit Janssen, Redaktion Bremen-Umland ● Es wird umso schwerer, je länger das Dasein in der Obdachlosigkeit andauert. Erich L. ist wieder sesshaft geworden. Die Küche ist warm und anheimelnd, mit Möbeln eingerichtet, die man ihm geschenkt hat. Draußen heult der Sturm: Man kann sich schwer vorstellen, zu dieser Jahreszeit kein »Heim und Herd« zu haben, sondern draußen zu sein auf ewiger Wanderschaft. Aber Erich L. hat genau das schon einmal erleben müssen.

Auf der Straße

Aufgewachsen ist er bei Pflegeeltern: »Wir wohnten und arbeiteten bei einem Bauern. Als mein Vater krank wurde, musste ich mithelfen. Eine Ausbildung bekam ich so nicht.« Als seine Eltern gestorben waren, löste aber der Bauer seinen Hof auf und verkaufte alles. »Es war Frühling. Und ich saß auf der Straße.« Erich L. wandte sich zuerst an das Sozialamt des Dorfes. Die Antwort: er habe sich bis dahin selbst geholfen, also solle er sich nun auch selbst helfen. Die Wanderschaft begann. Und damit die Sorgen, die mit jedem Morgen neu erwachten: Wo sollte er schlafen? Wie das Geld für das Essen zusammenbekommen? Zwar helfen Ämter mit Geld aus, doch sie verköstigen die Obdachlosen nur für einen Tag. Danach ist derjenige gezwungen, weiterzuziehen, etwas zu erbetteln – oder zu stehlen. »Aber dazu bin ich zu ehrlich. Ich bin nicht für so ein Leben gemacht«, erklärt Erich L.

Schlafen im Trocknen

»Die Frage 'Wo schlafe ich diese Nacht?' war immer die Hauptsache am Morgen«, erklärt er. Es gibt verschiedene Möglichkeiten: Es gibt Herbergen, in denen die »Tippelbrüder« einkehren können. Erich L. hielt davon nicht viel: »Zu viel Gewalt und Alkohol.« Dann ist natürlich im Sommer die Alternative, im Freien zu schlafen. »Manchmal wachte man morgens auf, und es hatte geregnet. Die Kleider klebten klatschnass am Leibe. Ich hatte keine Möglichkeit, sie zum Trocknen aufzuhängen. Überhaupt gab es auf der Straße keine Möglichkeit, Kleider zu waschen – man musste immer in denselben Klamotten herumlaufen. Es sei denn, man bekommt von irgendwoher neue. »Doch um sich vor Regen zu schützen – was gibt es da für Alternativen? Das Bushäuschen?«

Trautes Familienleben: In dieser Familie fand Erich L. sein Zuhause Foto: Berit Janssen

Erich L. hielt sich da lieber an die Pastorenhäuser der Dörfer. »Da gab es gerade im Herbst viel im Garten zu tun, zum Beispiel Laubharken. Damit konnte ich mir etwas Geld verdienen. Oft gab es auch etwas zu essen – oder die Möglichkeit, für drei oder vier Nächte in irgendeiner Garage oder gar einem Zimmer zu bleiben. So richtig schlecht ging es mir also eigentlich nie.«

Wieder ein Zuhause

So verging die Zeit. Es wurde Winter. Am letzten Sonntag vor dem ersten Advent dann geriet er wieder zu einem Pastorenhaus, diesmal in Brockel. Und wieder war Arbeit für ihn zu verrichten: Der Berber sollte den Dachboden aufräumen. Auch ein wenig froh, etwas zu tun zu haben, war er dabei besonders gründlich. Das freute den Pastoren Klaus Haarmann: »Einen solchen Mann können wir gebrauchen.« Daraus folgte, dass Erich L. für einige Zeit im Hause der Pastorenfamilie bleiben durfte und bald eine »Wiedereingliederung in die Arbeitswelt« erfolgte. Für ein Jahr ging er nach Scheeßel, war dort Küster, bis es ihn nach einem weiteren Jahr der Arbeitslosigkeit wieder zurück zu Haarmanns verschlug. »Ich war fast ein Familienmitglied.« Er passte auf die Kinder auf, aß mit der Familie. »Ich war Familienleben ja von früher gewohnt. Endlich waren wieder Leute um mich herum, die mir vertrauten und denen ich vertrauen konnte.«

Das Leben hat wieder einen Sinn

Rückblickend ist er deshalb heilfroh über sein Glück. »Es ist ein Hundeleben auf der Straße. Manchen gefällt die Ungebundenheit, aber für mich ist das nichts.« Dennoch: »Es gibt viele gute Leute. Im Grunde ist die Bevölkerung nicht so schlecht, wie manchmal behauptet wird.« Als 1991 Familie Haarmann umzog, war das ein wenig bitter für ihn. Er blieb in der Kirchengemeinde und arbeitete weiter als Küster. »Aber ich fahre sie etwa alle drei Wochen besuchen, je nachdem, ob es meine Arbeit zulässt. Wenn ich dann dort bin, ist es, als käme ich nach Hause. An dem guten Verhältnis zueinander hat sich nichts geändert.« Oft bringt er auch Apfelsaft, Rote Beete oder Eier zu Haarmanns – Lebensmittel, für die Erich L. mittlerweile auf gewisse Weise berühmt geworden ist. Auch im Dorf finden sich viele, die die Eier von den »Pastorenhühnern« schätzen. Genauso wie einen Plausch mit Erich, der immer über alles informiert ist, was vor sich geht. Und Fahrräder bringt man ihm vorbei. Erich repariert sie mit Leidenschaft. Denn das war sein Berufswunsch, bevor es ihn auf die Straße verschlug: Fahrradmechaniker.●

Aus: Torfkurier, Monatszeitung für die Landkreise Verden und Rotenburg

FORTSETZUNG VON SEITE 8

Zweimal wöchentlich liefert das »Tafelauto« Riesenmengen an Lebensmitteln vor dem Dom an (Ehrenamtliche wie Bedürftige helfen beim Entladen des »Tafelautos«) Foto: Wolfram Telle

sen ein, bis sie schließlich den Kombi gesponsert bekam, der neben dem Namen des Sponsors auch das von ihr entworfene Logo der Verdener Tafel trägt. Außer fahren, schleppen, abwaschen steht das Beschaffen von Spenden im Vordergrund. Ergänzungskäufe sind immer nötig. Auch ein gesponsertes Auto fährt nicht mit Regenwasser. Geldspenden sind also fortlaufend nötig. Da passt es gut, dass die Verdener sich als spendenfreundliches Völkchen präsentieren. Hier 1.500 DM von einem Firmenjubiläum, dort eine Kollekte einer Kirche, einmal sogar ein Industrie-Geschirrspüler. Auch Weihnachtsfeiern sind ein Grund vorsichtig auf die Tafel hinzuweisen. Immer und überall treten die Aktivisten der Tafel dabei als Bittsteller auf. Man braucht schon eine gehörige Portion Idealismus, um solch eine Aufgabe zu bewältigen. Frau Doppertin, junge Oma und gelernte Zahntechnikerin, die sich gerade auch als Kunstschaffende etabliert, macht dies offenbar überhaupt nichts aus. Sie verweist darauf, dass sie ein wenig im Vordergrund stehe, ihre Kolleginnen machen anderes, Frau Sündermann z.B. erledige alles, was mit dem Computer erledigt werden muss. Weniger sichtbar, dennoch aktiv. Aktuell steht eine Veränderung an: Aus der Bürgerinitiative wurde am 10. November 1999 der eingetragene Verein Verdener Tafel. Erste Vorsitzende ist Heike Doppertin. Glückwunsch und alles Gute.

Ort und Tat

Die Verdener Tafel findet statt Montag bis Freitag von 12:00 bis 13:00 Uhr im Tagungsraum der Domgemeinde, Lugenstein 8 in 27283 Verden. Wer Hunger hat oder helfen will, kommt zu den Öffnungszeiten, wer vorsichtig ist, meldet sich bei Frau Heike Doppertin, Tel.: 04231 – 61922 oder bei Frau Ingrid Sündermann, Tel.: 04231 – 5333. Zu Weihnachten eine sinnvolle Geldanlage: (Spendenkonto) Verdener Tafel – Konto 10128100 bei der Volksbank Verden (BLZ: 291 626 97).●

Aus: Torfkurier, Monatszeitung für die Landkreise Verden und Rotenburg)

DIE »TAFEL«

Ohne Geld den Hunger stillen

Die Ritter der Tafelrunde sind verarmt. Täglich zur Mittagszeit treffen sie sich in derzeit 220 Städten bei den Essensausgaben der örtlichen »Tafeln«. Dort wird ihnen kostenlos eine warme Mahlzeit serviert. Außerdem vielleicht Joghurt, Obst und ähnliche, vom Verfall bedrohte Werte der Überflussgesellschaft.

Tafeln und wie sie arbeiten

Was ist neu an den Tafeln? Armenküchen gibt es seit Jahrhunderten. Tafeln hingegen sind erst vor etwa 30 Jahren in den USA entstanden. Der Unterschied liegt darin, dass für die Tafel ohne Nutzung öffentlicher Gelder ausschließlich Lebensmittel verwendet werden, die sonst in den Müll gewandert wären. Mitarbeiter der Tafeln sammeln überschüssige Lebensmittel und Essen aus Supermärkten und Gastronomie ein und leiten sie gezielt an bedürftige Menschen weiter. Das geschieht über eigene Ausgabestellen, Kirchenküchen, Frauenhäuser und Obdachlosenheime. Tafeln werden stets von der Arbeit ehrenamtlicher Mitarbeiter getragen. Ohne Spenden- und Sponsorentätigkeit liefe nichts, denn Arbeitszeit, Räumlichkeiten, Küchenbedarf, Lebensmittel, fertige Essen, Autos für den Transport, Telefone, Faxe, alles wird kostenlos zur Verfügung gestellt. Von Industrie, Geschäften, Kirchen und Privaten.

Wer ist denn hier arm?!

Im Vergleich zu lateinamerikanischen oder afrikanischen Staaten geht's uns in Deutschland super. Hier muss keiner verhungern. Dennoch gibt es über 3 Millionen Arme, darunter jedes zehnte Kind, in Ostdeutschland sogar jedes fünfte. Für Armut kursieren viele Definitionen. Arm im Sinne der Tafel und damit »bedürftig« sind alle, die in der Wohlstandsgesellschaft nicht zurecht kommen, die vielleicht ihre Chance vertan haben, die arbeits- und wohnungslos sind, durch die Städte und übers Land ziehen, die im Drogen- und Alkoholsumpf stecken und viele mehr. Für diese Menschen, deren Zahl ständig wächst, wurden die Tafeln geschaffen, ohne Ansehen von Person, Rasse, Religion, Bekleidung oder Körpergeruch. »Tafel« bedeutet mehr als Abfütterung oder Resteverteilung. Sie ist Begegnung und menschliche Anteilnahme. Wer hier mitarbeitet, interessiert sich für das Elend der Mitmenschen. Und nur wer sich interessiert, kann Abhilfe schaffen.

Entstehung und Zahlenwerk

Populäre Tafeln in den USA sind die seit 1982 bestehende New Yorker »City Harvest« (Stadt-Ernte: 200.000 Essen pro Wochen in New York) und die überregional operierende »Foodchain« (Nahrungskette: 2,5 Millionen Essen pro Woche). Nach Deutschland kam die Tafelidee dann 1993, als sich eine Berliner Frauengruppe intensiv mit der City Harvest befasst hatte und 1994 die erste deutsche Tafel ins Leben rief. Fünf Jahre später, im September 1999, gab es in Deutschland schon 220 aktive Tafeln. Viele sind in Gründung, viele werden angedacht. Täglich versorgen sie 100.000 Menschen mit Mahlzeiten. 15.000 Menschen engagieren sich ehrenamtlich für die Idee. 400 Transportfahrzeuge, die durch 1.400 Privatautos ergänzt werden, sind im Einsatz. Unterstützt wird die Arbeit mancherorts durch ABM-Kräfte, über 500 neue Stellen sind seit 1994 geschaffen worden. Zahlen, die sich sehen lassen können, und doch warten in so vielen Städten noch Menschen, dass auch in ihrem Ort eine Tafel die Arbeit aufnimmt.

Die Tafeln sind zentral organisiert im Bundesverband Deutsche Tafel e.V., Bundesverband, Fritzenwiese 33, 29221 Celle, Tel.: 05141-207174, Fax: 05141-207175, Internet: www.tafel.de●

Wolfram Telle

Aus: Torfkurier, Monatszeitung für die Landkreise Verden und Rotenburg)

MÖGLICHKEITEN SELBSTBESTIMMTER INTEGRATION

Wer ist hier behindert?

Wer ist hier behindert? Diese Frage diskutierten die 20 TeilnehmerInnen am 15. Januar auf der Tagung des Institutes für Neue Arbeit. Zentrales Anliegen war es, bestehende Ansätze von selbstbestimmten Leben Behinderter vorzustellen und neue Perspektiven für eine selbstbestimmte Integration jenseits der »Fürsorgeanstalten« auszuloten.

von Mateo Vondey, Köln ● Um die Angst vor dem Schritt aus dem Heim in ein selbstständiges Leben zu nehmen, bietet *Horst Ladenberger* vom »Zentrum für selbstbestimmtes Leben« in Köln Beratungen an. Für ihn ist die Ausgrenzung auch heute noch gegenwärtig. Während es im Dritten Reich die systematische Ausrottung war, gibt es heute die subtilere Form »sozialen Tötens« in Form von Ruhigstellung und Demobilisierung Behinderter. In den USA gelang es zum ersten Mal das Denkmuster zu durchbrechen, dass schwerstbehinderte Menschen nicht selbstbestimmt leben könnten. Es waren Poliokranke, die erfolgreich mobile Beatmungsgeräte einforderten und sich den Traum eines Lebens in den eigenen vier Wänden erfüllten. Behinderte sollten sich auch hier ihrer Möglichkeiten bewusst werden und durch die Inanspruchnahme von Beratung Selbstbewusstsein entwickeln.

Behinderungen bringen die Angewiesenheit auf Unterstützung mit sich, welche sogar oft existenziell notwendig ist. Da bei der konventionellen Betreuung in Heimen häufig ein Ungleichgewicht zwischen Pfleger und Gepflegtem herrscht, bedarf es der Umkehrung dieser Beziehung: Der Behinderte wird zum Handelnden, vom Objekt zum Subjekt, indem er sich Unterstützung gemäß seinen individuellen Bedürfnissen selbst organisiert. Dem entspricht das Modell der »Persönlichen Assistenz«. Dies kann von so genannten Assistenz-Genossenschaften, die die Bedürfnisse ihrer Mitglieder in den Mittelpunkt stellen und individuelle Hilfe anbieten, bis zum »Arbeitgebermodell« reichen. Bei letzterem stellen Behinderte ihre AssistentInnen selber an – mit Arbeitsvertrag und Sozialabgaben. Die behinderten Menschen bestimmen selbst über Personen, Organisation und Finanzen. Als Querschnittsgelähmter bezifferte Ladenberger seinen eigenen Assistenzbedarf mit ca. 3,5 Arbeitsstellen, was einem finanziellen Aufwand von ungefähr 14.000 Mark im Monat entspricht. »Im Heim weiß man nie, wer gerade durch die Tür kommt«, betonte er. Hinzu kommt, dass gerade Heime meist zu Ineffizienz und autoritären Strukturen neigen, was natürlich auch Misswirtschaft begünstigt. Aber auch die ambulanten Sozialdienste sind meist nicht so flexibel, z.B. bei Mahlzeiten zu ungewöhnlichen Urzeiten.

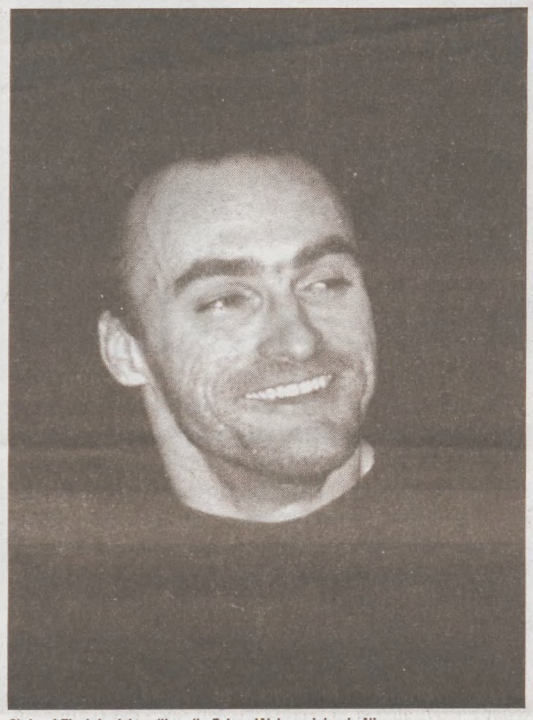
Die Pflegeversicherung sieht Ladenberger als unzureichend und entwürdigend. Jeder Hilfstätigkeit entspricht hier eine detaillierte und gerade dadurch unrealistische Zeitvorgabe: »Ausscheidungen: 14 Minuten, 2 Sekunden. Dafür gibt es 37,82 DM.« Dabei wird das reine Sich-Bereit-Halten für die Bedürfnisse des Behinderten nicht berechnet. Ladenberger: »Wenn ein Behinderter alle 30 Minuten ein Glas Wasser trinken möchte, wird der Hilfskraft offiziell nur die Zeit für das Zum-Mund-Führen des Glases bezahlt, nicht das Sich-Bereit-Halten oder etwa die Zeit, das Wasser zu holen.«

Fokus-Wohnprojekte (Niederlande)

Auch *Christof Zisch* verfügt über ein Budget, mit dem er seine Assistenzkräfte selbst »einstellen« kann. Er stellte noch eine weitere Form alternativer Assistenz vor: die Fokus-Wohnprojekte in den Niederlanden. Eine Stiftung konnte durchsetzen, dass in Neubaugebieten ein gewisser Prozentsatz der Wohnungen rollstuhlgerecht zu bauen ist. Für deren Bewohner ist eine Rufzentrale eingerichtet, über die rund um die Uhr Hilfskräfte abgerufen werden können. Diese AdL-Angestellten (Aktivitäten des täglichen Lebens) – bieten Hilfe bei der Verrichtung von Alltäglichkeiten, wie Aufstehen, Anziehen etc. Es wird eine stundenweise Betreuung nach individuellen Bedürfnissen geleistet, wobei bis zu 30 Stunden Assistenzzeit pro Woche und Person abrufbar sind. Für die weiter gehende Unterstützung wie Kochen oder Pflege sind andere, externe Dienste zuständig. Durch das im Fokus-Wohnprojekt praktizierte barrierefreie Bauen und die angebotenen kleinen Hilfereichungen können Behinderte ein fast normales Leben führen. Darüber hinaus werden Behinderte durch das gemeinsame Wohnen mit Nichtbehinderten in diesen Vierteln nicht von der übrigen Bevölkerung ausgegrenzt. Auch in Dänemark gibt es ähnliche Projekte. Deutschland hat hier leider Nachholbedarf.

Gemeinschaften: Hilfe zur Selbsthilfe

Detlef Schmitz von der »Sozialistischen Selbsthilfe Mülheim« (SSM) referierte über eine noch weiter gehendere Form von Integration. Auf einem vor 20 Jahren besetzten Fabrikgelände hat sich eine Lebens- und Arbeitsgemeinschaft von ca. 15 Personen gebildet, die stets Behinderte, alte Menschen oder sozial Benachteiligte zu ihren gleichberechtigten Mitgliedern zählte. Mit Umzügen, Wohnungsentrümpelungen und einem Second-Hand-Laden verdient die SSM Geld für den Lebensunterhalt. Durch Eigenarbeit, also durch Herstellung eigener Wohnungen, gemeinsames Kochen, Kinderdienst, usw. senken die Mitglieder ihre Lebenshaltungskosten, womit sie sich wiederum den Sachzwängen des Marktes ein Stück weit entziehen können. So können die Behinderten gemäß ihrer Möglichkeiten mitmachen. Schmitz sieht es so, dass jeder Mensch Fähigkeiten hat. Es kommt nur darauf an, ihnen die Möglichkeit zu geben, diese entsprechend einzusetzen. Die gemeinsame Arbeit bietet den Behinderten, die zuvor zum Teil unter unmenschlichen Bedingungen in Heimen lebten und dort auch Misshandlungen ausgesetzt waren, nicht nur viele soziale Kontakte. Sie »blühen richtig auf« und entwickeln ungeahnte Fertigkeiten. Außerdem sind ihnen in der Gemeinschaft Dinge möglich, die für jeden Nichtbehinderten selbstverständlich sind, ihnen im Heim jedoch versagt wären, wie beispielsweise ein Haustier zu haben oder allein angeln zu gehen. So brauchen Behinderte in einer Lebensgemeinschaft weniger Hilfestellung als üblich. Zudem verteilt sich die Betreuung und Unterstützung auf viele Schultern.



Christof Zisch berichtet über die Fokus-Wohnprojekte in NL

Dirk Makoschey, Dozent für Sonderpädagik an der Uni Köln, wies in der Diskussion allerdings auf einen gewissen Vorteil des Arbeitgebermodells hin. Durch die selbst organisierte Bezahlung der Assistenz könnten die Behinderten »das gute Gefühl haben, dass wenn sie jemanden um Hilfe rufen, dieser auch dafür entschädigt wird. Sonst könnte es sein, dass Bedürfnisse unterdrückt werden, weil sie niemandem »unnötig« zur Last fallen wollen.«

Gisela Emons vom »Institut für Neue Arbeit« (INA), welches das SSM-Projekt unterstützt und wissenschaftlich begleitet, unterstrich, dass dort alle Mitglieder, ob nichtbehindert oder behindert, ob alt oder jung, gleichberechtigt sind, auch die Auszahlung ist für alle gleich. Ob Erwerbsarbeit, Eigenarbeit oder politisches Engagement, alle Tätigkeiten gelten als gleichwertige Arbeit, wobei jede/r nach den individuellen Möglichkeiten seinen Beitrag leistet. Der traditionelle Arbeitsbegriff wird dadurch aufgebrochen. Bei der SSM trägt darüber hinaus nicht der Einzelne, sondern die Gemeinschaft die Last der Existenzsicherung. So ist niemand den Gesetzen des Marktes allein ausgesetzt. Hinzu kommt, dass natürlich niemand vor Schicksalsschlägen gefeit ist und jeder Mensch im Laufe seines Lebens selbst eine Behinderung bekommen kann. Das Leben in einer Gemeinschaft hat dann den wichtigen Vorteil, nicht alleine über die Runden kommen zu müssen.

Die erfolgreiche Umsetzung des Konzepts der Neuen Arbeit ist vor allem an die Schaffung eigenen Wohnraums gekoppelt. Das wird auch von staatlicher Seite immer mehr akzeptiert und auch gefördert. Dies erfolgt nicht nur in Köln, wo beispielsweise Obdachlose öffentliche Wohnungsbaumittel erhalten, um sich ihr eigenes Haus durch die Sanierung eines ehemaligen Kasernengebäudes zu schaffen. Es erfolgt selbst in Ländern der Dritten Welt. So werden seit dem letzten Regierungswechsel auch in Venezuela ähnliche Initiativen gefördert.

Aber nach den Vorstellungen des INA soll »Neue Arbeit« auch als nachhaltige Stadtentwicklung auf Stadtquartiersebene möglich werden. Dies kann auf der Industriebrache »Alter Güterbahnhof« mitten in Köln-Mülheim Wirklichkeit werden. Auch behinderte Menschen mit ihren Bedürfnissen haben bei diesem bürgernahen Projekt ihren festen Platz, so daß eine weitere qualitative Stufe von Integration dort Realität werden kann.

Gnadenloser Standort-Konkurrenzkampf

Aber was ist eigentlich der tiefere Grund, dass Beeinträchtigungen von Menschen zu Hindernissen, zu Behinderungen werden? Die Ursache ist eine gesellschaftliche, stellte *Heinz Weinhausen* vom INA in seinem Referat fest. Sie ist fundamental im Ware-Geld-Verhältnis angelegt. Werden Produkte für den Markt hergestellt, gilt nur die darauf verwendete gesellschaftlich durchschnittliche Arbeitszeit. Als Arbeitskraft kann so nur bestehen, wer die jeweilige Norm an Leistung, Intensität, Fertigkeiten und Knowhow zu erfüllen vermag. Gleichzeitig wird die Erwerbsarbeit zur zentralen gesellschaftlichen Sphäre, worüber Einkommen und Existenz gesichert, Anerkennung und Prestige erworben werden. Diese jeweiligen künstlichen Leistungsnormen können Behinderte aber per se nicht erreichen, was zwangsläufig zu deren Minderachtung und Ausgrenzung führt. Dass viele es dennoch mittels besonderem, verzweifeltem Fleiß versuchen, in die heikle Mitte der Gesellschaft zu gelangen, steht auf einem anderen traurigen Blatt.

In der heutigen Krise der Arbeitsgesellschaft hat sich die Leistungsverdichtung noch enorm verschärft. »Olympiareife Belegschaften« liefern sich einen gnadenlosen Standort-Konkurrenzkampf. Aus Angst um die eigene Existenz wird diese Zurichtung und Überforderung leider von vielen mitgemacht. Weinhausen führte aus, dass »die Nichtbehinderten einem Leid tun können, weil sie dem Leistungswahn der Markwirtschaft alltäglich ausgesetzt, andererseits ihn aber auch tief verinnerlicht haben. Sie sind eigentlich die wirklich Behinderten.« Aber auch sie werden die herrschenden Normen nicht stets und ein Leben lang erfüllen können. So sollten sie lernen, anders zu leben. »Wir, die Nichtbehinderten, brauchen Behinderte gewissermaßen, um aus diesem Leistungsgefängnis auszubrechen.« Tun sich die Normalos mit den beeinträchtigten Menschen gleichberechtigt zusammen, sind sie gezwungen, das Arbeiten und Produzieren nach menschlichem Maß zu organisieren. Ein Weg dorthin ist die »Neue Arbeit«. Hier können die überzogenen Normen und Maßstäbe zurückgeschraubt und die Existenz bei weniger Erwerbsarbeit und mehr gemeinsamer Selbstversorgung, insbesondere durch Schaffung eigenen Wohnraums gesichert werden. Die Integration von Behinderten schützt die Nichtbehinderten dabei dauerhaft davor, wieder in das übliche Muster zu verfallen und Arbeit und Geldverdienen als Selbstzweck zu betreiben. So schloss Weinhausen mit dem Appell: »Behinderte, lasst uns mit dieser Gesellschaft nicht allein.«●

Adressen:

Horst Ladenberger, Zentrum für selbstbestimmtes Leben, Köln

INA – Institut für Neue Arbeit e.V., Düsseldorfer Str. 74, D-51063 Köln, Tel. (02 21) 640 52 45, Fax 640 31 98

ZSL – Zentrum für selbstbestimmtes Leben, An der Bottmühle 2-15, D-50678 Köln Tel. (02 21) 32 22 90, Fax 32 14 69

Unterstützungsaufruf: Theateraustausch

In gut zwei Monaten startet in Weimar ein ungewöhnlicher Theateraustausch: Junge Frauen aus den palästinensischen Autonomiegebieten und junge Frauen aus Deutschland treffen sich 10 Tage in dem einen, und 10 Tage in dem anderen Land um gemeinsam ein Theaterprojekt zu realisieren:

Female Identity and Theatre – Ausgehend von der Biographie *Caroline Neubers*, Prinzipalin einer Wandertruppe und Theaterreformerin, geht es um weibliche Präsenz im sozialen und kulturellen Bereich. Die palästinenischen und deutschen Teilnehmerinnen inszenieren miteinander eine Aufführung, die in Weimar als work in progress und in Bethlehem (Palästina) als workshop-Ergebnis öffentlich gezeigt wird.

Aufgrund von Terminverschiebungen im Bundesministerium für Frauen, Familie, Soziales und Gesundheit wird über den Förderantrag für das Projekt erst dann entschieden, wenn für die Palästinenserinnen der Planungsvorlauf (Visa-Beschaffung etc.) abgelaufen ist.

Deshalb dieser Spenden-Notruf: Bitte helfen Sie uns mit einem Beitrag zu den Flugkosten von insgesamt 7.000 DM, den jungen Palästinenserinnen die Fahrt nach Deutschland zu ermöglichen! Die Europäische Jugendbildungs- und Jugendbegegnungsstätte (http://www.ejbweimar.de) ist als gemeinnützig anerkannt, Spendenbescheinigungen stellen wir Ihnen selbstverständlich gerne aus.●

Kontakt: WeiberWirtschaft eG, Anklamer Str. 38, D-10115 Berlin, Fon: (0 30) 440 223-0, Fax: 440 223-44
E-Mail: Infos@weiberwirtschaft.de
www.weiberwirtschaft.de
oder:
EJBW – Europäische Jugendbildungs- und Jugendbegegnungsstätte Weimar, Rike Reiniger (Theaterpädagogin), Jenaerstr. 2-4, D-99425 Weimar, fon: (0 36 43) 827-0 fax: 827-111
e mail: reiniger@ejbweimar.de
Bankverbindung: Sparkasse Weimar, BLZ 820 510 00, Konto Nr. 301 025 002

Bundesweites Treffen mit hehren Zielen. Gegen Spaltung der Bewegung

Erwerbslosengruppen organisieren sich

Trotz aller Probleme, denen sich die unabhängigen Erwerbslosengruppen nach dem Regierungswechsel ausgesetzt sehen, beschlossen Initiativen aus 25 Städten Anfang Februar in Darmstadt eine weitere Vernetzung der Proteste auf europäischer Ebene. Zu dem Treffen hat die »Bundesarbeitsgemeinschaft unabhängiger Erwerbsloseninitiativen« (BAG-E) geladen.

Dieter Hoch (Hängematten e.V., Berlin-Friedrichshain) Carsten Senger (Sozialbündnis Frankfurt) ● Zudem wird auf Bundesebene eine Zusammenarbeit mit *Euromarsch, BAG-Sozialhilfeinitiativen*, dem *Arbeitslosenverband* und anderen Gruppen angestrebt. Ein erstes Treffen ist bereits für Mitte Februar in Hannover anberaumt. Schwerpunkt wird neben der Koordination der bundesdeutschen Proteste der Vorschlag des französischen *AC!* sein, europaweit zweiwöchentliche Aktionstage gegen Niedriglohn und Zwangsarbeitsmaßnahmen durchzuführen.

Die Situation der Erwerbslosen hat sich trotz der sozialdemokratischen Regierungen in Europa weiter verschlechtert. Mit der Modernisierungspolitik von Blair, Schröder und Jospin wurden Jugendliche und Erwerbslose zu neuen Zwangsmaßnahmen verpflichtet, alles unter dem Deckmantel des »aktivierenden Sozialstaats«. Tatsächlich profitieren lediglich Unternehmen von diesen Maßnahmen, die Tarifautonomie wird untergraben und tarifliche Arbeitsplätze fallen weg. Unterstützt wird dies durch die Krise der Konservativen. *Günter Irig* (Freiburg) sagte dazu: »Die Skandale der CDU führen nur dazu, dass die Regierung und die Wirtschaft unbeachtet von der Bevölkerung alle Schweinereien durchziehen kann.« In diesem Zusammenhang wurde die Problematik der drohenden Zusammenlegung von Arbeitslosen- und Sozialhilfe erörtert.

Ein Teil der Initiativen sieht in einer offensiven Sozialhilfeberatung ein wichtiges Instrument politischer Arbeit. Der Ämterkampf ist gerade in politischen Auseinandersetzungen auf lokaler Ebene genauso unerlässlich, wie Bündnisse mit anderen politischen Gruppen. Insbesondere soll die Zusammenarbeit mit MigrantInnen-, Antifa-, Sozialhilfe-, Obdachlosen-, Behinderten-, sozialistischen und gewerkschaftlichen Gruppen verstärkt werden, um einer Spaltung der Kräfte entgegenzuwirken. »Wir wehren uns gegen eine Atomisierung sozialer Interessen« so eine Teilnehmerin.

Erfreulich in diesem Bereich ist die Tatsache, dass bereits Arbeitstreffen mit der Initiative zur Vernetzung der Gewerkschaftslinken stattfanden. Die BAG-E steht jedoch dem Versuch der Gründung einer »deutschen Arbeitslosengewerkschaft« (s. CONTRASTE Nr. 185, Seite 11) kritisch gegenüber. Die Hintergründe und Ziele von *»DAloG«* sind bis heute dem größten Teil der Erwerbslosenbewegung nicht bekannt. »DAloG« wurde von einer Erwerbsloseninitiative in Geldern anscheinend alleine aus dem Boden gestampft. Fest steht dabei, dass beim ersten Treffen von »DAloG« Vertreter von CDU und FDP anwesend waren und Aktionen wie »ein Groschen für einen Arbeitsplatz« propagiert wurden, mit denen die unabhängigen Erwerbslosen nichts gemein haben. Politische Forderungen wurden weitgehend ausgegrenzt.●

Aus: junge Welt vom 07.02.2000

REFLEXIONEN ÜBER GEOPOLITISCHE HINTERGRÜNDE DES KRIEGES IN JUGOSLAWIEN

Warum die NATO angriff...

Der nachfolgende Beitrag von Jürgen Rose, Oberstleutnant der Bundeswehr im Luftwaffenamt, erschien am 24. November 1999 in der »Berliner Zeitung«. Rose beschäftigt sich mit dem Spannungsverhältnis USA-Europa und der Instrumentalisierung des Jugoslawienkrieges zur Austragung dieses Konkurrenz-Konfliktes.

von Jürgen Rose

»Vergleiche mit den Nazis mögen hier und da hinken – eines bleibt: Wer mit derselben fanatischen Überzeugung Menschen systematisch mordet, vertreibt, vergewaltigt und ihrer elementaren Rechte beraubt, dem muss mit aller Macht in den Arm gefallen werden.«

Bundesminister der Verteidigung Rudolf Scharping

Rudolf Scharpings vom Geist des nachholenden Antifaschismus inspiriertes Diktum illustriert nur zu gut die Legitimationsmuster, mit denen der 79-tägige Luftkrieg der Nato gegen Jugoslawien begründet worden war: nämlich als ein Krieg – manche sprechen gar von einem Kreuzzug – im Namen der Menschenrechte gegen eine Macht des Bösen, einen »Schurkenstaat«. Aber hat hier – angesichts der massiven serbischen Repressions- und Vertreibungspolitik gegenüber der albanischen Bevölkerungsmehrheit im Kosovo – tatsächlich nichts weiter stattgefunden als ein ausschließlich aus moralischen Erwägungen gespeister Interventionskrieg zur Verhinderung einer so genannten »humanitären Katastrophe«?

Vielfach wird behauptet, (nationale) Interessen hätten in diesem Krieg keine Rolle gespielt. Nachfolgend soll daher der Versuch unternommen werden, die Interessenlagen zu identifizieren, die dem Nato-Krieg gegen Jugoslawien zu Grunde lagen. Hierzu ist ein Perspektivenwechsel notwendig, nach dem nicht mehr »der Westen« auf der einen Seite als Akteur betrachtet wird und »die Serben« auf der anderen, vielmehr ist der Focus auf die Konstellation der westlichen Akteure untereinander, insbesondere aber auf das Verhältnis zwischen den USA und der Europäischen Union zu richten.

Hartes Kalkül

Analysiert man den mehrmonatigen Interventionskrieg, den die Nordatlantische Allianz unter Regie der USA im Kosovo geführt hat, so lässt sich unterhalb der weichen Schale humanitärer und moralischer Legitimationsmuster, mit denen eine zumeist nur oberflächlich informierte Öffentlichkeit abgespeist wurde, ein harter Kern realpolitischer Kalküle identifizieren, die das Handeln der amerikanischen Administration determinierten. Erstmalig ist es auf Druck der USA gelungen, eine kriegerische Intervention durch die Nordatlantische Allianz ohne ein Mandat der Uno oder der OSZE ins Werk zu setzen. Damit war die auf Multilateralismus angelegte Uno, insbesondere der laut UN-Carta für die internationale Friedenssicherung allein zuständige Sicherheitsrat, entmachtet. In ihm hätten, so die Begründung, »nach der Verschiebung der Machtbalance nach dem Kalten Krieg Russland und China ein der neuen Kräftekonstellation unziemliches Veto-Recht« behalten. Der Internationale Gerichtshof, die Uno und andere Institutionen seien »unerheblich« geworden, erklärten die obersten US-Behörden unumwunden, weil sie nicht länger den US-Vorgaben folgen würden, wie dies noch in den ersten Nachkriegsjahren der Fall war.

Die Vereinigten Staaten implementieren somit rigoros ihre Politik des Unilateralismus, die darauf abzielt, sich aus der Einbindung in die Regelwerke internationaler Organisationen zu befreien und den autonomen Entscheidungsspielraum amerikanischer Außenpolitik zu maximieren. Zugleich wurde durch den Beschluss der Nato zum Angriff auf Jugoslawien ein Präzedenzfall der Selbstmandatierung auch für zukünftige Krisen- und Kriegsinterventionseinsätze geschaffen.

Im Verlauf des Luftkrieges über Jugoslawien wurden sowohl die Kohäsion und Solidarität der Atlantischen Allianz, inklusive ihrer gerade erst beigetretenen Neumitglieder, als auch die militärische Effektivität und technologische Suprematie des mächtigsten Militärbündnisses der Welt eindrucksvoll demonstriert. Das lieferte wesentliche Legitimationsgründe für die exorbitanten Budgetforderungen zur Weiterentwicklung der ohnehin schon überlegenen Rüstungstechnologien und zum Ausbau der gigantischen Waffenarsenale. Zugleich untermauert die siegreiche Beendigung des Krieges zu den von der Nato diktierten Konditionen die Führungsrolle und den absoluten Dominanzanspruch der USA im Bündnis selbst.

Den USA ist es mit Hilfe ihrer beispiellos überlegenen Rüstungstechnologie gelungen, ein neues Paradigma der Kriegführung in der Nato zu etablieren: Mit strategisch überlegenen High-Tech-Waffensystemen, auf welche die USA und ihre Rüstungsindustrie ein Quasi-Monopol besitzen, werden die Kriege der Zukunft aus der Distanz mit weltraum- und luftgestützten Aufklärungsmitteln, modernster Informations- und Führungstechnologie sowie konkurrenzlosen Luftkriegsmitteln geführt; dabei können eigene Verluste an Menschenleben vermieden und die auf gegnerischer Seite minimiert werden. Bodengebundene Streitkräfte, in der Masse zukünftig gestellt von den europäischen Alliierten, werden unter Kommando des stets von einem amerikanischen General gestellten obersten Befehlhabers der NATO erst nach der Kapitulation des Gegners eingesetzt, um Waffenstillstandsvereinbarungen oder Friedensregelungen abzusichern.

Dieses neue Paradigma der Kriegführung entfaltet bereits beachtliche Wirkungen. Das zeigt sich an der Schnelligkeit, mit der es von den russischen Streitkräften für die gegenwärtig erneut im Kaukasus tobenden Auseinandersetzungen adaptiert wurde, was allerdings mehr schlecht als recht gelang. Im übrigen demonstriert der Krieg in Tschetschenien, in welche Bredouille sich der Westen mit seinem Interventionskrieg gegen die Bundesrepublik Jugoslawien brachte: Wer selbst im Glashaus sitzt, nachdem er unter Missachtung der in der UN-Satzung sowie in der Pariser Charta von 1990 niedergelegten (völker-)rechtlichen Prinzipien einen Angriffskrieg gegen einen souveränen Staat geführt hat, kann nun schlecht mit Steinen gegen eine Nuklearmacht werfen, die einen Krieg zur Bewahrung ihrer territorialen Integrität gegen eine separatistische Provinz führt.

Dementsprechend lau fielen die Proteste der westlichen Regierungen gegen die brutale Strategie der russischen Kriegsführung zumindest bis zum OSZE-Gipfeltreffen in Istanbul aus. Notabene: Misst man Rudof Scharping – und seine Amtskollegen in der NATO – an dem eingangs zitierten Postulat, dann müsste die NATO konsequenterweise nun den für den Tschetschenienkrieg verantworlichen Russen »in den Arm fallen«.

Zurück zum Krieg der Nato gegen Jugoslawien: Für die USA besteht sein Effekt selbstredend auch darin, dass von ihm die amerikanische Rüstungsindustrie in ganz erheblichem Umfang profitiert. Während des Luftkriegs kamen enorm teure Präzisionswaffen zum Einsatz, die fast ausschließlich aus US-amerikanischer Produktion stammten. Allein die deutsche Luftwaffe verschoss mit ihren WCR-Tornados 201 »AGM-88 HARM«-Anti-Radar-Lenkflugkörper zum Stückpreis von rund 200 000 Dollar. Die Wiederauffüllung des Arsenals wird der Firma Texas Instruments, dem Produzenten dieser Waffe in den USA, demnach von deutscher Seite etwa 75 Millionen Mark einbringen.

Die strategische Konzeption der amerikanischen Südosteuropa-Politik ist entscheidend vom Verhältnis der USA, zur aufstrebenden Europäischen Union bestimmt. In den Jahren seit dem Ende des Kalten Krieges hat der europäische Integrationsprozess mit der Vollendung des EU-Binnenmarktes sowie der Wirtschafts- und Währungsunion ungeheuer an Dynamik gewonnen. Der Prozess der EU-Osterweiterung ist in vollem Gange. Der Euro besitzt das Potenzial, dem Dollar als Weltleitwährung Konkurrenz zu machen. Unter geoökonomischen Aspekten ist den USA mit der EU ein ernsthafter und auch äußerst widerspenstiger Konkurrent erwachsen.

Herausgeforderte Supermacht

Dabei befinden sich die USA allerdings in einem strukturellen Nachteil gegenüber der EU: Wollen sie nämlich einen starken Außenwert des Dollars auf den Weltmärkten sicherstellen, um dessen Vorherrschaft zu bewahren, müssen sie den Zinssatz höher halten als die Europäer, was indessen negative Effekte für die inneramerikanische Konjunktur und die Wettbewerbsfähigkeit der amerikanischen Wirtschaft auf den Weltmärkten zeitigt. Die Europäer können ihrerseits einem schwachen Außenwert des Euro mit Gelassenheit begegnen: Schließlich wickeln sie den Großteil ihres Handels auf dem gegenüber den USA erheblich größeren europäischen Binnenmarkt ab; überdies macht ein niedriger Eurokurs europäische Waren gegenüber Produktionen aus dem Dollarraum attraktiver.

Die Wirtschaftsmacht Europa dürfte zu einer ernsthaften Herausforderung für die Hegemonialansprüche der Supermacht USA werden. Zudem treibt die EU seit geraumer Zeit unter dem Rubrum der »Europäischen Sicherheits- und Verteidigungsidentität« den Aufbau eigenständiger militärischer Kapazitäten voran. Forderungen nach der Gründung einer europäischen Rüstungsagentur werden immer nachdrücklicher erhoben, und gelegentlich werden auch schon Rufe nach einer gemeinsamen europäischen Armee laut.

In einer solchen Situation geoökonomischer Konkurrenz gepaart mit der potenziellen Ablösung des Exklusivitätsstatus der NATO, bot und bietet sich für die amerikanische Administration zwingend die Instrumentalisierung der Konfliktlagen im südosteuropäischen Raum als effektive Option an: Der unliebsame Konkurrent, der ein vitales Interesse an der Stabilität seines »Hinterhofes« haben muss, soll langfristig in dieser Region gebunden werden. Nicht unerhebliche diplomatische, finanzielle und militärische Ressourcen der EU sollen dort absorbiert werden, wo dies für die USA erstens kontrollierbar geschieht und zweitens ihren Interessen nicht direkt zuwiderläuft. Auf längere Sicht gilt es, der europäischen Wirtschaft neue Märkte zu erschließen, die Region für die Integration in die EU vorzubereiten und nicht zuletzt den Migrationsdruck in die hoch entwickelten Regionen Europas abzumildern.

Mit dem Interventionskrieg im Kosovo gelang es den USA in hervorragender Weise, die EU intensiv und auf lange Zeit in die Konfliktlagen auf dem Balkan zu verstricken. Indem die USA die Kompetenz für die operationelle Durchführung dieses Krieges reklamierten, schoben sie zugleich den Europäern die Verantwortung für den Wiederaufbau und die zukünftige Entwicklung der Region zu. Im Vergleich zu den damit verbundenen Kosten-Schätzungen schwanken zwischen 35 und 100 Millarden Dollar – stellen die seitens der USA in diesen Krieg investierten Aufwendungen – man spricht von vier Milliarden Dollar – in der Tat »Peanuts« dar.

Strategische Kostenzwänge

Bezeichnenderweise ist daher die kurzzeitig unter den Nato-Partnern aufgeflackerte Diskussion um die Kostenaufteilung für den Kriegseinsatz sehr schnell wieder verstummt. Für die EU resultiert aus dieser asymmetrischen Interessenkonstellation das Dilemma, dass ihr all jene Ressourcen, die sie zur Befriedung und Entwicklung der südosteuropäischen Konfliktregion investieren muss, natürlich auf anderen Gebieten, insbesondere für die anstehende Osterweiterung und den Aufbau eigener militärischer Optionen, fehlen. Damit ist aus Sicht der USA sichergestellt, dass die Europäer auf absehbare Zeit sicherheitspolitisch in der Abhängigkeit der USA gehalten werden, ihre Entfaltung als Supermacht verzögert oder gar verhindert wird.

Das amerikanische Kalkül hat natürlich auch die Russische Föderation als weiteren Akteur im Blick: Erstens nämlich verhindert die Bindung von EU-Ressourcen in Südosteuropa, dass diese anderenfalls Russland zugute kommen könnten. Zweitens besitzt auch Russland traditionell nicht unerhebliche Interessen auf dem Balkan, wie gerade im Verlauf des Krieges gegen Jugoslawien deutlich wurde. Die EU und Russland werden demzufolge in einer aus amerikanischer Sicht durchaus vorteilhaften Konkurrenzsituation gehalten; die Option, Russland zum strategischen Partner für Europa zu entwickeln, wird so durchkreuzt. Eine Ausbalancierung der Supermacht USA durch eine sich eventuell konstituierende europäisch-russische Partnerschaft, die den amerikanischen Hegemonialanspruch konterkarieren könnte, bleibt erst einmal ausgeschlossen.

Fazit: Der Interventionskrieg der Nato gegen Jugoslawien war mitnichten jener rein humanitäre »Kreuzzug für die Menschenrechte«, als der er der Weltöffentlichkeit verkauft wurde. Er war durchaus von harten realpolitischen Interessenkalkülen determiniert. Letztere wurden allerdings von den beteiligten Akteuren systematisch hinter den Argumentationswolken universeller Moral verschleiert. Es zeigt sich zum wiederholten Male, dass es unter den Bedingungen medialer Omnipräsenz stets die »Schlacht der Lügen« ist, die einen Krieg entscheidend prägt.●

Der Autor, der in diesem Beitrag seine persönlichen Auffassungen vertritt, ist Oberstleutnant der Bundeswehr. Zuvor langjährig als Wissenschaftlicher Mitarbeiter mehrerer Institute in Forschung und Lehre tätig, wurde er nach mehreren kritischen Veröffentlichungen mittlerweile einer neuen Verwendung im Luftwaffenamt zugeführt.

ÜBER DIE ARBEITSPFLICHT

Arbeitslosigkeit und Arbeitszwang

Detlef Hensche ist Vorsitzender der Industriegewerkschaft Medien. Dieser Kommentar erschien zuerst im IG Medien Forum Nr. 3-4/99

Wir lesen und hören in letzter Zeit viel von der Pflicht zur Arbeitsaufnahme. Wer Ausbildungs- und Arbeitsangebote ablehne, dürfe keine Leistungen beanspruchen. So sprechen nicht nur Unternehmerpräsidenten, sondern auffallend häufig auch sozialdemokratische Politiker, der Bundeskanzler zum Beispiel und sein Kanzleramtsminister. Man fragt sich irritiert: Warum?

Detlef Hensche (IG Medien)

Wir leiden nicht unter millionenfacher Arbeitslosigkeit, weil sich die Menschen vor der Arbeit drücken, sondern weil Arbeitsplätze fehlen. Auf das soeben angelaufene Sofortprogramm zur Schaffung von Arbeits- und Ausbildungsplätzen für junge Menschen verzeichnen die Arbeitsämter eine wahre Flut von Anfragen. Binnen weniger Tage haben sich weit mehr junge Menschen gemeldet, als Förderungsmöglichkeiten gegeben sind. Wenn also ausgerechnet im Zusammenhang mit diesem Programm Drohungen gegen angeblich Arbeitsunwillige ausgesprochen werden, ist das geradezu absurd. Die Menschen, gleich welchen Alters, leiden unter ihrer Arbeitslosigkeit und Ausgrenzung und brauchen zu ihrer Motivation nicht den Knüppel des Leistungsentzugs.

Im Übrigen gibt es jene Sanktionsmöglichkeiten seit eh und je. Wer seine Arbeitslosigkeit selbst verschuldet hat oder wer zumutbare Arbeit nicht annimmt, bekommt bekanntlich Sperrzeiten verpasst. Wer sich als Sozialhilfeempfänger »dem Arbeitsmarkt entzieht«, muss mit Leistungskürzungen rechnen.

Bei alledem ist der Grundsatz unbestritten: Wer öffentliche Leistungen empfängt, hat selbstverständlich alles zu tun, um die eigene Notlage zu überwinden. Deshalb sind zum einen die Instrumente zu verbessern, die die eigene Initiative fördern. Hier gibt es Nachholbedarf. Ein System der sozialen Sicherung, das nur in Abstellgleisen mündet und Passivität erzeugt, muss den Willen zur Selbsthilfe lähmen. Doch dazu sind Strafandrohungen das ungeeignete Mittel, erst recht die Verschärfungen, die schon von der Regierung Kohl ins Werk gesetzt wurden, wie die Herabsetzung der Zumutbarkeitsschwelle zur Aufnahme neuer Arbeit.

Zurück zu der Frage: Warum der Ruf nach Arbeitspflichten? Die Fälle von Sozialmissbrauch haben nicht zugenommen. Sie belasten die Sozialkassen im Promillebereich. Nebenbei, wer sich über »Sozialschmarotzer« ereifert, sollte zuvörderst an die Gesellschaftsschicht denken, die legal und illegal ihr eigenes Einkommen und damit ihre Steuerpflicht gegen Null rechnet. Hier handelt es sich um Milliardenbeträge in dreistelliger Höhe.

Nein, der Verdacht drängt sich auf, dass die Forderung nach Arbeitspflichten etwas mit den Plänen zu tun hat, den sog. Niedriglohnsektor auszuweiten. Zur Erinnerung: Die Neuregelung der 630-Mark-Verträge hat gerade das nicht gebracht, was eigentlich notwendig gewesen wäre. Die Gleichbehandlung mit allen Beschäftigten, steuerrechtlich wie sozialrechtlich. Es bleiben die Privilegierung, nunmehr in Gestalt der Steuerfreiheit, und damit der Sog in solche Arbeitsverhältnisse. Daran knüpfen weitere Vorschläge an, z.B. die Kombilohn-Idee der Arbeitgeberverbände oder die teilweise Subventionierung niedrig bezahlter Teilzeitarbeit oberhalb der Geringfügigkeitsgrenze, wie sie jüngst von Mitgliedern der Mainzer Landesregierung vorgeschlagen wurde.

Eine besondere Faszination üben dabei die sozialen und personennahen Dienstleistungen aus. Unstreitig besteht hier ein wachsender Bedarf, der zu auskömmlichen Löhnen und Gehältern nicht zu decken ist – solange man das Geschäft dem privatwirtschaftlichen Markt überlässt. Nur sei vor der Illusion gewarnt, durch Subventionierung niedrig entlohnter Teilzeit ließe sich diese Lücke füllen. Ganz überwiegend handelt es sich um qualifizierte Arbeit, die hohe berufliche Kompetenz voraussetzt, seien es die unterschiedlichen Formen von Sozialarbeit, sozialer Beratung, Hilfe und Anleitung, seien es pflegerische Berufe. Die Lösung liegt daher in der gesellschaftlichen Finanzierung solcher öffentlichen Dienstleistungen, auch in Gestalt von sog. Dienstleistungsagenturen, frei von Dumping und jenseits eines Niedriglohngettos. Niedriglohnförderung schießt dagegen entweder ins Leere, wie die steuerrechtliche Privilegierung der Beschäftigung von Haushaltshilfen beweist; seit zwei Jahren verzichtet der Staat infolge höherer Sonderausgaben für Haushaltshilfen auf 300 Millionen DM Steuereinnahmen; dafür sind sage und schreibe 1.259 zusätzliche Stellen geschaffen worden – Kostenpunkt pro Stelle: 235.900 Mark! Oder es entstehen massenhaft Mitnahmeeffekte, wie die Entwicklung von Niedriglohnjobs im Einzelhandel oder im Hotel- und Gaststättengewerbe belegt. Die Ausweitung dieser Niedriglohnprivilegien würde noch mehr dazu beitragen, dass nach dem Muster der Bulettenbrater bei McDonalds ehemals tarifvertraglich geschätzte Vollzeitarbeit in niedrig entlohnte Teilzeitarbeit umgewandelt wird. Die Perspektive ist eine zweigeteilte Arbeitnehmerschaft.

Nur, freiwillig wird nicht jeder Arbeitslose, der einen Beruf gelernt hat, solche Jobs annehmen. Da soll offenkundig die Arbeitspflicht nachhelfen. Um einen Mitarbeiter des Bundeskanzleramts zu zitieren: »Die Lohnspreizung schafft nur Stellen, wenn zugleich der Druck zur Arbeitsaufnahme erhöht wird« (zitiert aus »Capital« 3/99). »Zwangsarbeit« titelte »Capital« jenen Artikel. Deshalb also die jüngste Thematisierung von Arbeitspflichten.

Noch Fragen? Es wäre ein Treppenwitz, wenn ausgerechnet unter einer rot-grünen Koalition und im Rahmen eines Bündnisses für Arbeit solche Vorstellungen Wirklichkeit würden. »Eine Sklavengesellschaft ist auch eine Art von Vollbeschäftigung", erklärte vor Jahren einmal der damalige amerikanische Arbeitsminister Robert Reich.●

DEBATTE TEIL III

Individuelle Utopisten und die Anarchie

In CONTRASTE Nr. 183 eröffnete Gerhard Kern die Debatte mit einem Beitrag von Ernst Bloch über Stirner, Proudhon, Bakunin. Mit Johannes Hilmer's Beitrag »Einmal Kleinbürger – immer Kleinbürger?« setzte CONTRASTE im Heft Nr. 185 die Debatte fort. Spätestens, nach dem »Vorabdruck« des nachfolgenden Beitrags von Gerhard Kern unter dem Titel »Kleinbürger?!« in der »CONTRASTE-Mailing-Liste«, explodiert die Debatte. Wir haben einen Teil der Debattenbeiträge untenstehend dokumentiert. Für alle, die an der Mailing-List teilnehmen wollen: E-Mail an folgende Adresse: contraste-list-request@listserv.hbi-stuttgat.de, im Betreff angeben: subscribe. Die Mailing-List enthält Beiträge und Diskussionen zu CONTRASTE-Nahen Themen.

von Gerhard Kern

Für mich war bei dem Anstoß zur Debatte um die Individuellen Utopisten nicht die Frage im Vordergrund ob »Individuelle Anarchisten« Kleinbürger sind oder bleiben. Es ging auch nicht unbedingt um eine »Erhellung alternativer Gesellschaftsvorstellungen«; eher um den Anstoß zu einer Kritik alter-naiver Vorstellungen.

Zum CONTRASTE-Innen- und Umfeld gehören seit Gründung der Zeitschrift auch AnarchistInnen, die teils maßgeblich zum Diskurs der Selbstverwaltung beigesteuert haben. Schließlich beansprucht CONTRASTE so etwas zu sein wie das (De)Zentralorgan der Selbstverwaltungs(organisations)bewegung in der BRD.

Da aber gerade in der autonomen und anarchistischen Bewegung (welche ja nicht identisch ist) leider allzu häufig Tendenzen zum rechten Rand der politischen Landschaft wahrgenommen werden können, halte ich es für eine Aufgabe der Theoriezulieferer dieses Phänomen zu analysieren und auf die Einfallstore der rechten (faschistoiden) Ideen zu achten.

Nationale Anarchisten?

Leider hat die ganze Sache den traurigen oder alarmierenden Hintergrund, dass immer wieder völkische, esoterische und auch regionalistische/nationalistische Theoreme in der links-liberalen Szene auf eine Bereitschaft zur Inkorporation stoßen und so rechten bis extrem rechten Hegemonieansprüchen den Weg bereiten. Derzeit wird das »Anarchistische« insofern auf die Spitze getrieben, dass bei der Faschistendemo am 29.01.2000 in Berlin »Nationale Anarchisten« unter schwarzen Fahnen auftraten. Diese »Nationalen Anarchisten« haben eine Homepage, auf deren Diskussionsforen sie einen Austausch pflegen, der selbst das Niveau der *Jungen Nationaldemokraten* in den Schatten stellt. Da werden all die Phrasen gedroschen, die Bloch u.a. den drei »Individuellen Utopisten« negativ ankreidet, sozusagen in Reinform. Spätestens hier muss mensch sich doch fragen, wie das möglich ist und ein Interesse entwickeln den Werdegang zu analysieren.

Bei dem 68er Vordenker *Rudi Dutschke* wird derzeit (siehe die Debatte in »Jungle World«) eine Nähe zum Nationalismus festgestellt und *Horst Mahler* hat sich längst bei rechtsextremen *Jungen Freiheit* eingenistet. Auch hier stellt sich Frage: wie kann das sein, wie hat sich das entwickelt?

In diesem Zusammenhang schien mir gerade Bloch's Aufsatz zu den »Individuellen Utopisten« geeignet zu sein, da deutlich werden könnte, dass der Individualismus (und mit ihm der Nationalismus) eines der Elemente ist, welches zum Bausteinprogramm rechter Intellektueller gehört. Bloch zeigt mit der ihm eigenen Scharfsicht die Schwächen der Denkstrukturen von Stirner, Proudhon oder Bakunin auf: »Diese sind: Fokussierung auf das Ich, auf eine gewaltlose Assoziation in einer gewalttätigen Gesellschaft und die Zentrierung auf den Staat als eigenständiges Wesen.

Die Aussage Stirners, »Ich lebe so wenig nach einem Beruf, als die Blume nach einem Beruf wächst und duftet« ist ein Theorem, welches man sich auf der Zunge oder im Hirn zergehen lassen darf. Sein »Ich« ist fertig, vollkommen und nicht durch gesellschaftlichen Austausch veränderbar. Krone der Schöpfung? Welch ein Hochmut, welche Selbstüberschätzung der menschlichen Möglichkeiten. Bei Stirner gibt es keine Entwicklung mehr, alles ist fertig: Ich bin wer ich bin. Punkt. Ist nicht das Ich nur eine Spekulationsblase und sonst gar nichts?

Mangel an Dialektik

Wie kann mensch über diese Passage bei Bloch hinweggehen: »Proudhon betrachtet die ökonomischen Widersprüche nicht als Ferment der Veränderung, sondern er hält sie in einem schlichten statischen Gegensatz, in bloßer Zweiheit: Dialektik bedeutet nichts anderes als die Licht und Schattenseite jeder ökonomischen Kategorie.« Proudhon wird ein Missverständnis von Dialektik vorgeworfen. Genau da aber, wo der anarchistischen Theorie die Dialektik fehlt, bleibt sie »kleinbürgerlich«. Das gilt sicher nicht für alle anarchistischen Theorien. Linke Anarchisten zumindest haben das begriffen. Im Übrigen sollte Johannes Hilmer vielleicht mal zur Kenntnis nehmen, dass gerade der große Proudhon ein heute anerkannter Antisemit war, der mit seinen Ansichten zur Rolle des Geldes und seinen Aussagen zu den Juden einen Grundstein zum modernen Antisemitismus gelegt hat.

Von »Autoritätshass« schreibt Bloch im Zusammenhang mit Bakunins Aussage, dass die »Freiheit das einzige schöpferische Prinzip und Basis« zugleich sei, ansonsten gäbe es nur »Sklaverei und Bestialität«. Was soll das? Dies ist zweifelsohne eine unbändige Übertreibung, da nicht jede sozialistische Gesellschaftsordnung ohne freiheitlichen Mittelpunkt notwendig in Bestialität und Sklaverei enden muss. Es gibt auch heute Gesellschaftsordungen, die durchaus erträglich für deren Mitglieder sind. Außerdem ist »Freiheit« zunächst schließlich nur ein Scheinbegriff und hat keinen Wert ohne die notwendige Konkretion, d.h., ohne die Beschreibung des Zustandes von dem der Mensch oder die Gruppe befreit werden will.

Ist nicht erlebbar, dass die »Freiheit« (des Kapitals) gerade nicht zu einer menschlichen Gesellschaft führt. Was und wem nützt denn die Freiheit inmitten dieser Gesellschaft? Freiheit ist wohl einer der auslegungsfähigsten philosophischen Begriffe und taugt kaum als Orientierung in der politischen Diskussion. Ich denke, Bloch hatte Recht mit seiner Einschätzung und gerade die Alternativbewegung mit ihrer Tendenz sich an die kapitalistische Ökonomie anzupassen, sie eben nicht als den Hauptgegner zu begreifen, zeigt das mit aller Deutlichkeit.

Es geht gar nicht um die »reine Lehre«, sondern vielmehr um Klarheit bei der Einschätzung des eingeschlagenen Weges. Rechts oder links ist hier die Frage.....●

Anbei noch das Zitat eines Zeitgenossen:

»Meines Erachtens nach landet der Anarchismus aufgrund einer fehlenden internationalistischen Revolutionsstrategie und auch deshalb, weil er den Kapitalismus nicht grundsätzlich und theoretisch fundiert ablehnt, immer wieder im Nationalismus und sogar beim autoritären bürgerlichen Staat«. S.M. 02.2000

Missvergnügen ...

Der obenstehende Beitrag war nur mit Missvergnügen zu lesen. Ohne in große Rechtfertigungen oder Widerlegungen des marxistischen Konzepts »AnarchistInnen = Kleinbürger« auszubrechen (das ist auch kein lohnendes Thema): die Äußerungen von Gerhard Kern sind diffamierend und unzutreffend.

1. Wenn der Autor schon selbst einräumt, dass es sich nicht um identische Bewegungen handelt, dann sollte er zumindest auch »Bewegungen« anstatt des Singular schreiben.
2. Wenn sich irgendwelche Nazis als »nationale Anarchisten« bezeichnen, dann rechtfertigt dies in keiner Weise die Aussage, die anarchistische Bewegung oder die autonome Bewegung habe »Tendenzen zum rechten Rand der politischen Landschaft« noch können dadurch solche Tendenzen wahrgenommen werden.

Wir haben es leider versäumt, ein copyright oder TM auf den Begriff Anarchisten/Anarchismus eintragen zu lassen, kleinbürgerliche Existenzen, die wir sind, und sicherlich war die marxistische Bewegung da viel schlauer als wir....

3. sollte der Autor die Existenz einer nationalbolschewistischen Bewegung miteinbeziehen und sich aufgefordert sehen, sich gegenüber dieser ausreichend abzugrenzen (sofern dies seinem Standpunkt entspricht), bevor er andere diffamiert und beschuldigt, rechte Tendenzen zu haben.
4. Peinlicher für den Autor ist vielmehr, dass ehemalige oder noch-marxistische Parteien mit Naziparteien zusammenarbeiten, antisemitische Programmpunkte in ihren Parteiprogrammen führen und Demonstrationen in Kooperation mit Rechtsaußenparteien/organisationen durchführen. Oder wie ist es mit solchen »Blüten« des Maoismus, von der KPD-ML, die im Parteiprogramm die Zusammenarbeit mit CDU/CSU und Nazis propagierte, da diese Verbündete »gegen Moskau« seien?!
5. möchte ich darauf aufmerksam machen, dass z.B. ein Herr Kühnen maoistischer Marxist war, bevor er sich »bekehrte«, und da ist er nicht der einzige. Wie ja auch der Autor selbst weiß, denn den von ihm als Beispiel angeführten Dutschke oder Mahler kann mensch ja nun nicht gerade vorwerfen, Anarchisten zu sein. Wie der Autor es schafft, Marxisten als Beispiel anzuführen, um damit die Rechtslastigkeit der »anarchistischen« Bewegung aufzuzeigen, wird wohl sein Geheimnis bleiben.

NB: die einzige Verbindung zwischen Mahler und der anarchistischen Bewegung hat die BILD-Zeitung hergestellt, und auf dieses Zentralorgan des Kapitalismus und Revanchismus wird der Autor doch wohl nicht hereingefallen sein....

6. Wie sehen wir denn nun den Text des Autors? Als Vorwärtsverteidigung bevor eineR diese peinlichen Hinweise auf Nationalbolschewismus und die erwähnte Kooperation etc. anbringen kann??

Nationale Anarchisten?

Na, wo denn nun – bei den AnarchistInnen und Autonomen, oder plötzlich »in der links-liberalen Szene«???? Es hilft hier zum größeren Wahrheitsgehalt auch nicht, falls dies ein Rekurs auf die marxistische Gleichung »AnarchistInnen = Kleinbürger« sein sollte....

Wenn der Autor dann im folgenden noch auf Stirner als Individualanarchisten, aber ebenso auf Bakunin und Proudhon einschlägt (die keine Individualanarchisten sind), zitiert er da wohl weniger Bloch, dem ich zutraue, die Unterschiede zwischen den anarchistischen Strömungen begriffen zu haben.

Ferner lassen sich im Faschismus unschwer anarchistische, aber auch marxistische, sozialdemokratische, esoterische und andere Elemente finden. Der Autor scheint die Analyse des Faschismus nicht verstanden zu haben, die im Kern besagt, dass das Geheimnis des Faschismus in der Bündelung z.T. gegensätzlicher Elemente aus dem gesamten politischen Spektrum liegt. Diese Elemente des Faschismus im orginären Spektrum zu identifizieren macht diese orginären politischen Strömungen noch lange nicht automatisch zu Steigbügelhaltern des Faschismus.

Abschließend möchte ich dem Autor raten, zur Kenntnis zu nehmen, dass Bakunin derjenige ist, der antisemitische Tendenzen hatte, nicht Proudhon. Der Autor sollte dann gleichfalls die antisemitischen sowie die gegen die Menschenrechte gerichteten Äußerungen von Marx zur Kenntnis nehmen. Und dann müsste er nur noch berücksichtigen, dass bei AnarchistInnen weder Bakunin, Proudhon noch andere Theoretiker auch nur ansatzweise auf demselben Podest stehen wie Marx, Engels, Lenin oder vielleicht auch Enver Hoxha anderswo.

Frage an Radio Eriwan: *Ist der Marxmismus eine Wissenschaft? Antwort von Radio Eriwan: Im Prinzip nein. Wäre er eine Wissenschaft, hätte man ihn zuerst an Tieren ausprobiert.*●

Nico, AFD Barmbek

Sekten(un)wesen innerhalb der Linken

Antwort auf Nico Myownas Kritik des Beitrags »Kleinbürger« von Gerhard Kern.

Der Beitrag von N. Myowna ist nur ein weiterer Ausdruck des Sekten(un)wesens innerhalb der Linken; nachdem man sich gegen Alles und Jedes abgegrenzt hat, steht man zum Schluss mit seiner »Wahrheit« ziemlich alleine da.

Ich kenne den Gerhard Kern seit Beginn der 90er Jahre persönlich und möchte hiermit betonen, dass die Anwürfe gegen ihn zum großen Teil absurd und haltlos sind. Ihm z.B. eine Nähe zum Nationalbolschewismus zu unterstellen, wie dies N. Myowna tut, ist nun fast eine Frechheit zu nennen. Wer ihn persönlich kennt, weiß, dass das völliger Quatsch ist; man sollte eben keine Urteile über Leute treffen, die man nicht kennt, Herr Myowna. Gerhard stammt aus anarchistischen Zusammenhängen, steht diesen allerdings aufgrund der jüngsten Entwicklungen zunehmend kritischer gegenüber.

Ich bin mit Gerhard nun weiß Gott, nicht immer einer Meinung, beileibe nicht. Gewisse Passagen in seinem Beitrag finde ich durchaus auch etwas problematisch, weil sie unklar klingen, z. B. seine Ausführungen zum Freiheits-Begriff. Außerdem klingt der zitierte Bloch (in CONTRASTE 12/99, »Individuelle Utopisten«) an bestimmten Stellen so, als ob er einen Kotau gegenüber der Komintern macht, im Klartext: gegenüber dem Stalinismus. Diese Passagen finde ich kritikwürdig, aber seltsamerweise ist das unserem Oberanarchisten Myowna gar nicht aufgefallen, obgleich er doch sonst so gerne nach allen Seiten austeilt.

Die KPD/ML ist nun wirklich 'ne olle Kamelle, die als Beispiel überhaupt nicht taugt. Lasst die Toten ihre Toten begraben, im Moment haben wir andere Sorgen.

Dass der Nationalsozialismus eine wilde Mischung, sozusagen »Eklektizismus pur« aus allen möglichen Ideologemen war, die sich auch z. T. widersprachen (»der Jude« sollte zugleich Kapitalist und Bolschewist sein), ist keine sonderlich neue Erkenntnis, und auch nicht das Entscheidende. Viel wichtiger ist, dass das gesamte ideologische Spektrum im 19. und frühen 20. Jahrhundert (von den Liberalkonservativen bis hin zu den Marxisten) von sozialbiologistischen, antisemitischen und rassistischen Ideologemen geradezu durchsetzt war, was ja Robert Kurz in seinem 800-Seiten-Wälzer »Schwarzbuch Kapitalismus – Ein Abgesang auf die Marktwirtschaft«, Frankfurt/Main 1999, Eichborn-Verlag *(s. Besprechung S. 14 i. d. Ausgabe)* akribisch nachgewiesen hat. Robert Kurz' Buch ist geradezu eine (Zitaten-)Fundgrube für diejenigen, die sich mit der »Kontamination« linken Denkens durch antisemitische und rassistische Weltanschauungen befassen wollen, und sei hiermit auch unserem siegesgewissen Herrn Myowna dringend als Lektüre empfohlen.

Proudhon soll kein Antisemit gewesen sein? Und was ist, Herr Myowna mit folgendem Zitat aus Proudhons Abhandlung »CÝsarisme et christianisme«: *»Der Jude ist seiner Veranlagung nach ein Antiproduzent, weder Landwirt noch Gewerbetreibender, nicht einmal ein wirklicher Kaufmann. Er ist ein Zwischenträger, immer falsch und parasitär, der sich im Geschäft wie in der Philosophie der Fälschung, betrügerischen Nachahmung und Roßtäuscherei bedient. Er kennt nur Hausse und Baisse, Transportrisiko, ungewisse Ernteaussichten, Unsicherheit von Angebot und Nachfrage. Seine Wirtschaftspolitik ist ganz negativ, ganz wucherisch; das Prinzip des Bösen, Satan, Ahriman, verkörpert in der Rasse, des Sem...«* (zit. n.: Schwarzbuch Kapitalismus, S. 316).

Nur eine »entschuldbare Entgleisung«, Herr Myowna?!

Soweit mein »freigeistiges Wort zum Sonntag«, wie die Humanisten sich ausdrücken würden.●

Viele Grüße,
Kurt-Werner Poertner, Rüdesheim am Rhein.

Proudhon ein Antisemit?

Hi, Diese Antwort ist eine weitere Unverschämtheit. »Leider« weiß ich, dass ich mit meiner Meinung nicht alleine stehe. Tausende von Anarchisten und AnarchistInnen rund um den Globus hätten in einer ähnlichen Art und Weise diese diffamierende Polemik zurückgewiesen. Und auch mit vielen innerhalb der Freidenkerkreise weiß ich mich da einer Meinung.

Wer **einseitig** und zu Unrecht eine Bewegung als **rechtslastig diffamiert**, muss mit entsprechenden Reaktionen rechnen. Wenn mensch eine diffamierende Polemik zurückweist und als nicht den Tatsachen entsprechend benennt, hat dies auch sehr wenig mit einem »Ausdruck eines Sekten(un)wesens« zu tun – im Gegenteil, wer in der Weise, wie es Gerhard Kern tut, diffamierend polemisiert und seine Folgerungen als Tatsachen ausgibt, steht nicht nur zum Schluss, sondern sehr schnell (eher: von Anfang an) mit seiner selbstgeschnitzten Wahrheit allein da.

Ich habe Herrn Kern in keiner Weise in die Nähe des Nationalbolschewismus gerückt. Hier sollten Sie schon richtig lesen können, bevor Sie solche haltlosen und absurden Märchen verbreiten. Da ich nicht die Ehre habe, ihn persönlich zu kennen – wie z.B. Wolfgang Haug oder Horst Stowasser –, konnte ich über seinen Standpunkt nur Vermutungen anstellen.

Sie schreiben sehr richtig, »man sollte eben keine Urteile über Leute treffen, die man nicht kennt«. Im Anbetracht der Tatsache, dass Sie mich nicht persönlich kennen, gehen Sie bitte mit gutem Beispiel voran.

Es erstaunt mich schon, dass Gerhard Kern aus anarchistischen Zusammenhängen stammt. Ich selbst bin seit 1977 in anarchistischen Zusammenhängen, und kann nicht feststellen, dass diese in der von ihm beschriebenen Weise zu völkischem, esoterischem etc. Gedankengut tendieren, noch dass dieses eine Entwicklung ist, die vermehrt um sich greift, wie Gerhard Kern unterstellt und als Faktum darstellt.

Dieses aus der Benennung einer **Nazi**-Gruppe abzuleiten, die sich »Nationale Anarchisten« nennt, ist verdummend, diffamierend, polemisch und manipulativ und auf solch grobe Klötze feinsinnige Repliken zu erwarten, geht wohl nicht ganz an und würde den Debattenbeitrag in nicht angebrachter Weise würdigen. Mit eben derselben Berechtigung müssten sich dann Marxisten unterstellen lassen, sie seien dafür verantwortlich, dass es Gruppen gibt, die sich als »Nationalbolschewisten« bezeichnen. Dass sich der eine ob einer solchen Diffamierung beleidigt geben darf, die anderen (nämlich die AnarchistInnen) offenbar nicht, ist jedenfalls ein schönes Beispiel für das Anlegen verschiedener Maßstäbe.

»Nach allen Seiten« austeilen ist wohl auch nicht angebracht, angesichts meiner Antwort an Gerhard Kern, denn der könnte höchstens eine Seite darstellen. Und da wir uns nicht kennen, sind auch die Einschätzungen, dass ich gerne nach allen Seiten austeile oder auch der »Oberanarchist« nicht von Fakten geprägt.

Wie wäre es dann, wenn Sie – um ein aktuelles Beispiel wahrzunehmen –sich die Artikel des »Deutschen Marxisten« Herrn Oberlercher im neonazistischen Thule-Net oder die antisemitischen Passagen des Parteiprogramms der Kommunistischen Partei Russlands anschauen?! – Es ist eine Tatsache, dass viele ehemals oder noch marxistisch-leninistische Organisationen durch einen starken Hang zum mehr oder weniger offenen Antisemitismus auffallen. Es ist eine Tatsache, dass bekennende Marxisten (siehe Herr Oberlercher) und langjährige Maoisten (wie Dieter Schütt, lange Jahre Publizist des »Funken« aus Hamburg) zusammen mit dem Shanghaier Kreis mit Neonazisten der Nationalen Alternative um Christian Worch zusammenarbeiten und gemeinsam demonstrieren.

Fortsetzung nächste Seite

WOHNUNGSBAU

Neue Wege für Genossenschaften

Vorschläge zur steuerlichen Förderung

Im Rahmen der Novellierung der Eigenheimförderung gelang es 1995 der SPD aus der Opposition heraus die steuerliche Förderung des Erwerbs von Genossenschaftsanteilen im §17 Eigenheimzulagengesetz (EigZulG) zu verankern. Die damalige CDU/FDP Bundesregierung schränkte diese Förderung ein. Die steuerliche Zulage wird nur Steuerpflichtigen gewährt, wenn die Anteile bei nach dem 1.1.1995 gegründeten eigentumsorientierten Genossenschaften erworben werden. Das Forschungsinstitut »Analyse und Konzepte« (A&K) erhielt den Auftrag, die Situation im Bereich der neuen eigentumsorientierten Genossenschaften zu analysieren und zu bewerten. Auch Veränderungen und neue Entwicklungen im Bereich der traditionellen Genossenschaften wurden in die Darstellung und Diskussion einbezogen. Mitglieder des Vereins zur Förderung des Genossenschaftsgedankens nehmen zu den Ergebnissen der Studie kritisch Stellung.

Frank Karthaus / Josef Bura unter Mitwirkung von Wolfgang Kiehle / Sonja Menzel, Redaktion Genossenschaften ● Das am 16.11.1999 in Berlin auf einem »Experten-Workshop« des Bundesministeriums für Verkehr, Bau und Wohnungswesen vorgestellte Gutachten »Neue Wege für Genossenschaften« vom Forschungsinstitut Analyse & Konzepte wird seinem verheißungsvollen Titel keineswegs gerecht. Neue Wege, Aufgaben und Ziele für alte und neue Wohnungsgenossenschaften werden lediglich oberflächlich betrachtet. Das Gutachten verharrt bei dem wohnungs- und genossenschaftspolitisch falschen Ansatz der alten CDU/FDP Bundesregierung, die Eigentumsorientierung zum zentralen Kriterium der Förderung zu erheben.

Folglich fallen die Altgenossenschaften auch weiterhin für A&K aus der Förderung heraus. Eine derartige A-priori-Ausgrenzung der Altgenossenschaften ist nicht hinnehmbar. Die finanzielle Situation der neugegründeten Genossenschaften wird unzureichend untersucht. Eine Auswertung von Fragebögen und Interviews reicht nicht aus, um die tatsächlichen finanziellen und betriebswirtschaftlichen Probleme der neuen Genossenschaften auf Grund der unzureichenden und falsch konstruierten Förderung sachgerecht zu beurteilen.

Kritik der Eigentumsorientierung

A & K schlägt vor, die Förderung auf eigentumsorientierte Genossenschaften zu beschränken. Diese Eingrenzung ist ideologisch bestimmt. Genossenschaften haben in der Vergangenheit wesentlich zur Förderung des individuellen Wohneigentums beigetragen und tun dies auch heute durch die eigene Baubetreuung von Bauwilligen bzw. über Tochterunternehmen (Bauträger).

Die Zulage für Genossenschaftsanteile zeigt eine deutlich niedrigere Förderhöhe als die Eigenheimzulage für das individuelle Wohneigentum. Insofern ist der Umweg der Eigentumsbildung über die Genossenschaftszulage ein Irrweg, zumal sie in der jetzigen Form ein allmähliches Ansparen von Eigenmitteln nicht ermöglicht. Der Verein zur Förderung des Genossenschaftsgedankens (VzFdG) fordert deshalb die Aufhebung der Eigentumsorientierung als Förderungsvoraussetzung.

Familienpolitische Komponente

A & K schlägt vor, die Kinderzulage zu streichen und die (Grund-)Zulage von 3 v.H. auf 4 v.H. zu erhöhen. Die familienpolitische Komponente, ein wesentlicher Bestandteil der Förderung der Eigentums- und Vermögensbildung des EigZulG, fällt derzeit für Genossenschaftsmitglieder deutlich schwächer aus als beim Einzelwohneigentum: Statt 1.500,– DM pro Kind erhält die Genossenschaftsfamilie nur 500,– DM Kinderzulage pro Jahr. Eine Streichung ist aus familienpolitischen Gründen abzulehnen. Der VzFdG hält jedoch die Selbstnutzung einer Genossenschaftswohnung als Voraussetzung der Kinderzulage für geboten. Die Ausgestaltung sollte so erfolgen, dass die selbstnutzende Familie mit der Kinderzulage die zusätzlichen Finanzierungskosten der größeren Wohnung (Kinderzimmer) tragen kann.

Ausserdem schlägt A & K vor, den Höchstbetrag der Förderung auf 1.600,– DM p.a. zu beschränken. Ziel des A&K-Vorschlags ist es, eine »Überförderung« auszuschließen. Eine »Überförderung« wird bei der Kumulation der heutigen 3%igen Grundzulage und der Kinderzulage von 500,– DM pro Kind insbesondere dann gesehen, wenn nur die Mindestanteile erworben werden. Definiert man die Förderung als »Rendite« auf das eingesetzte Kapital (erworbene Genossenschaftsanteile), kommt es folgerichtig zu einer »Überförderung«. Die wohnungs- und familienpolitische Zielsetzung der Förderung wird dabei aber völlig außer acht gelassen.

Bei der Festlegung von neuen Förderungshöchstbeträgen ist zwischen Fördermitgliedern und selbstnutzenden Mitgliedern zu unterscheiden. Selbstnutzende Mitglieder mit Kindern benötigen die Kinderzulage zur Finanzierung der kinderbezogenen zusätzlichen Wohnflächen. Hier ist weiterhin eine Kinderzulage angesagt. Die »Rendite« der Kapital zur Verfügung stellenden Fördermitglieder sollte die normalen Zinssätze nicht übersteigen. Deshalb sollten die bisherigen Eckwerte für die Grundzulage beibehalten werden.

»Genossenschaftliche Investitionsfonds«

Der Fonds sollte auf den Prinzipien der deutschen Wohnreform und Genossenschaftsbewegung aufbauen und folgende Ziele verfolgen:

- Vorfinanzierung des fehlenden Eigenkapitals neuer Genossenschaften und Verbesserung der Finanzierungsmöglichkeiten bei Wohnungsgenossenschaften generell;
- Mobilisierung von privaten Mitteln für den genossenschaftlichen Wohnungsbau;
- Private Vermögensbildung und Altersabsicherung im Rahmen der genossenschaftlichen Wohnform;
- Sicherung des gemeinschaftlichen generationsübergreifenden genossenschaftlichen Vermögens;
- Solidarverpflichtung der mit genossenschaftlichem Wohnraum Versorgten mit den noch Nichtversorgten;
- Finanzausgleich zwischen bestehenden und neuen genossenschaftlichen Bauobjekten bzw. zukünftigen Wohnungsgenossenschaften.

Zulassung von Fördermitgliedern

A & K schlägt vor, Fördermitglieder bei neugegründeten Genossenschaften zuzulassen. Das Einbeziehen von fördernden Mitgliedern in die Förderung ist unbedingt notwendig, um Genossenschaften dringend benötigtes Eigenkapital für den genossenschaftlichen Wohnungsbau zur Verfügung zu stellen. Erforderlich ist jedoch eine objektbezogene Bündelung und der zielgenaue Einsatz des Förderkapitals.

Dies kann sinnvoll über einen genossenschaftlichen Fonds realisiert werden, dem Förderer ihr Kapital zur Verfügung stellen, damit der Fonds es zielgerichtet neuen genossenschaftlichen Erwerbs- und Bauprojekten bei alten und neuen Genossenschaften bereitstellt. Nur die Bindung der Zulage an umsetzungsreife Erwerbs- und Bauprojekte und die Kapitalsammlung bei einem staatlich anerkannten genossenschaftlichen Fonds kann die Diskussion um den Missbrauch der Zulage für Förderer beenden. Unseriöse Neugründungen, wie sie z.T. zwischen 1996 und Januar 1998 von Makler- und Steuerberatern erfolgt sind, werden so verhindert.

A & K schlägt vor, die Förderung auf die ersten fünf Jahre nach Gründung einer Genossenschaft zu beschränken. Neue Genossenschaften haben generell Probleme, in ausreichender Zahl Fördermitglieder zu gewinnen. Erst in einigen Jahrzehnten werden sie sich wirtschaftlich so festigen, dass sie u.U. auf eine weitere Förderung verzichten könnten, sofern sie sich ausschließlich auf die Bestandsverwaltung beschränken würden. Der Vorschlag verkennt völlig die Probleme im Kontext mit den erforderlichen Zeiträumen in der wirtschaftlichen Entwicklung neuer Genossenschaften und ist deshalb abzulehnen.

Stadtentwicklungspolitische Ziele

Zunächst ist wesentlich, unter welchen grundlegenden Zielsetzungen eine Förderung erfolgen soll. Im Zusammenhang mit Wohnungsgenossenschaften ist es wichtig zu sehen, welche Zielgruppen und welche Wohnprojekte bzw. Vorhaben (Neubau, Bestandserwerb, Umbau) eine Förderung erreichen soll. Damit ist zugleich der Kontext zu grundsätzlichen wohnungspolitischen Zielsetzungen angesprochen.

Zielgruppen der Förderung sind Familien und Haushalte der unteren und mittleren Einkommensgruppen, die – insbesondere in den großen Städten (mit hohen Bodenpreisen) – den Sprung ins individuelle Wohneigentum wirtschaftlich allein nicht schaffen können. Sie sind aber häufig bereit, mit ihrem Engagement, den vorhandenen Eigenmitteln, mit baulicher Selbsthilfe und Solidarität gemeinschaftlich unter dem Dach einer Genossenschaft, ihre Wohnsituation in die eigene in Hand zu nehmen.

Zielgruppe sind aber auch die Haushalte, die kein Einzeleigentum erwerben wollen und es vorziehen, gemeinschaftlich in der Rechtsform der Genossenschaft Mietwohnungen zu erstellen. Die meisten der in den letzten 10 bis 15 Jahren entstandenen Wohngruppenprojekte hätten ihre Wohnungen bei annähernd gleicher Förderung für Genossenschaften nicht in der Rechtsform des Einzeleigentums oder der Wohnungseigentümergemeinschaft errichtet. D.h., die genossenschaftliche Rechtsform wird durch die gegenwärtige »Förderlandschaft« strukturell benachteiligt. Die Genossenschaftsförderung muss also gleichwertig zur Förderung des individuellen Eigentums gestaltet sein, damit die Wahl der Rechtsform nicht durch die unterschiedliche Ausgestaltung der Förderung vorweggenommen wird.

Bedürfnis nach Genossenschaften

Vorteile dieses Engagements liegen für die Mitglieder der Genossenschaften in der Berechenbarkeit ihrer Mieten und der Sicherheit ihrer Wohnung. Das Mitglied ist Mieter und Eigentümer zugleich (Identitätsprinzip). Eigeninitiative und nachbarschaftliche Selbsthilfe machen sich auch bei der Höhe der Miete bemerkbar. Es gilt das Selbstkostenprinzip. Auf der Grundlage des für Genossenschaften konstitutionellen Demokratieprinzips sind die Mitglieder an den unternehmerischen Entscheidungen verantwortungsbewusst beteiligt. Selbstverwaltungsstrukturen tragen zum Aufbau und zur Förderung von sozialen und kommunikativen Netzen im Wohnquartier bei.

Für die stärkere Einbeziehung der Quartiers- und Hausbewohner bei der Planung und bei der Nutzung und Verwaltung von Wohnungen und Gemeinschaftseinrichtungen ist die Genossenschaft eine der wesentlichsten Organisations- und Rechtsformen. Dies gilt vor allem in Gebieten der sozialen Stadtentwicklung (Sanierungsgebiete, Entwicklungsgebiete und große Siedlungen), in denen die aktiven und erwerbstätigen Bewohner gehalten und ermutigt werden sollen, sich am Erneuerungsprozess zu beteiligen und sich auch finanziell zu engagieren durch den genossenschaftlichen Erwerb ihrer Wohnungen.

Mieternahe Privatisierung

Die zunehmende Veräußerung von privaten und industrieverbundenen Wohnungsbeständen aber auch bisher öffentlicher Wohnungsbestände von Bundesunternehmen und kommunalen Wohnungsunternehmen, die bislang sozial gebunden und daher preiswert waren, schafft unter den Mietern Verunsicherung. Die bisherigen Verkaufsfälle zeigen, dass Mietsteigerungen aber auch Eigenbedarfskündigungen bei Umwandlung in Eigentumswohnungen die Folge sind. Die durch die Veräußerung der Wohnungsbestände entstehende Verunsicherung kann von den betroffenen Mietern nur durch den eigentlich nicht gewollten Erwerb der »eigenen« Wohnung abgewendet werden.

Die Förderpolitik des Bundes führt dazu, dass dieser »zwangsweise« Erwerb besser gefördert wird, als die Übernahme der Wohnungen durch eine Bewohnergenossenschaft und eine damit verbundene Fortsetzung der Bewirtschaftung als Mietwohnung. Einzelprivatisierung führt dazu, dass dem Markt dauerhaft Mietwohnungsbestände verloren gehen. Haushalte, die auf Mietwohnungen angewiesen sind, fallen so aus der Versorgung heraus. Da wo Einzelprivatisierung nicht zu verhindern ist, sind Genossenschaften als neue Träger für einen Erhalt als Mietwohnungen und eine bewohnernahe Bewirtschaftung der zum Verkauf anstehenden Bestände in aller Regel die bessere Alternative.

Gleiche steuerliche Behandlung

Wer gemeinsam ein Haus mit mehreren Wohnungen oder eine Siedlung in der Rechtsform der Genossenschaft erwerben oder neu errichten will, ist noch immer bei der steuerlichen Förderung gegenüber anderen Rechtsformen benachteiligt. Das Steuerrecht begünstigt das selbstgenutzte individuelle Einzeleigentum bzw. Rechtsformen, die einen individuell zugeordneten, verfügbaren und verwertbaren Anteil am Eigentum (zum Verkehrswert) ermöglichen, wie dies insbesondere bei Personengesellschaften – z.B. der GbR oder der KG – der Fall ist.

Die fehlende Gleichbehandlung der genossenschaftlichen Eigentumsform gegenüber dem individuellen Eigentum ist einer der Indikatoren der sozialen Schieflage des Steuersystems. Eine Bundesregierung mit einer sozialen Orientierung sollte gerade den genossenschaftlichen Wohnungsbau und den genossenschaftlichen Erwerb von Wohnungsbeständen fördern. Der Verein zur Förderung des Genossenschaftsgedankens fordert deshalb Chancengleichheit für genossenschaftliche Projekte bei der steuerlichen Förderung.●

Verein zur Förderung des Genossenschaftsgedankens

Der Verein engagiert sich seit Mitte der Achtzigerjahre für die Verbreitung der Genossenschaftsidee. Tagungen, Veröffentlichungen, ein Rundbrief und Arbeitskreissitzungen sind wichtige Aktivitäten. Für weitere Informationen und die Aufnahme als Mitglied: Wernerstrasse 24, 42653 Solingen,
Fax: (02 12) 254 19 47.

FORTSETZUNG VON SEITE 12

Was Sie, Herr Kern und auch Herr Kurz dabei übersehen ist, dass AnarchistInnen nur gehalten sind, die Methode des Denkens, aber nicht die Meinung ihrer sogenannten Klassiker zu übernehmen. Diese Methode erschöpft sich darin, keine Herrschaft des Menschen über den Menschen zu akzeptieren und ein positives Verhältnis im Besonderen zur möglichen libertären Gesellschaft, im Allgemeinen zur Anarchie sowie zur unabdingbaren Menschenwürde jedes Menschen zu suchen.

Keine dieser historischen Vorschläge soll oder kann heute zum Leitfaden einer **heutigen** libertären Gesellschaft werden. Alle 'klassischen' Schriften des historischen Anarchismus sind Streitschriften, Aufrufe und Diskussionsbeiträge zur gesellschaftlichen Diskussion ihrer Zeit; es widerspricht eklatant der libertären Weltauffassung, irgendeine dieser Werke als für alle Zeiten statt für die jeweilige Epoche ihrer Niederschrift geschrieben aufzufassen.

Mit jeder Wendung der Geschichte entstehen für AnarchistInnen neue Situationen, die zwar stets neue Chancen zur Selbstverwirklichung bieten, aber auch die Niederschrift von Texten, die allen zukünftigen Situationen gerecht werden können, ausschließt. Deshalb ist der Wert der libertären 'Klassiker' nur von historischem Interesse und die Diskussion darüber, wer wann antisemitische oder rassistische Textpassagen schrieb, durchaus zweitrangig. Für die heutige Situation müssen **heutige** Lösungen und Vorstellungen entwickelt werden, die der heute gegebenen Emanzipation der Bevölkerung und der heutigen technischen Entwicklung entsprechen. Da kann uns ein Mühsam mit seinem »Die Befreiung der Gesellschaft vom Staat« nur eine Methode, aber keine der heutigen Gesellschaft und ihren Möglichkeiten gerechtwerdende Vorstellung einer libertären Gesellschaft vermitteln.

Alle AnarchistInnen sind mehr noch als in marxistisch-leninistischen Kreisen üblich aufgefordert, selbst frei zu denken und in ihrer Bewegung den Kontakt mit der gerade laufenden Emanzipation in der Bevölkerung nicht zu verlieren. Der Anarchismus ist heute oder gar nicht. Die Werke der libertären Klassiker können hier nur einen Leitfaden zum eigenen kritischen Denken darstellen; Äußerungen dieser Klassiker mit antisemitischem oder rassistischem Inhalt entlarven sich hierbei schnell als das Prinzip des Anarchismus verletzend, jede menschliche Lebenseinstellung, Selbstverwirklichung und Weltanschauung als Ausdruck der unabdingbaren Menschenwürde zu akzeptieren, wenn diese Weltanschauungen, Lebenseinstellungen etc. keine Herrschaft des Menschen über den Menschen beinhalten.

Selbst wenn Proudhon oder andere antisemitisch wären, erledigt dies nicht die u.a. von Ihnen vorgetragene Methode des Denkens, der Weltanschauung und des Aufbegehrens gegen jegliche Herrschaft und Manipulation – schon gar nicht der **heutigen** libertären Bewegung. Solange daher in der hier vorgetragenen anarchistischen Haltung der Welt und seinen Menschen gegenüber von Herrn Kern und Herrn Poertner keine Spuren antisemitischen oder rassistischem Denkens aufgezeigt werden kann, ist die Kritik absurd und eindeutig neben dem Punkt.

Die Ausführungen des Herrn Poertner und des Herrn Kern weisen einmal mehr nach, dass viele »langjährige« AnarchistInnen offenbar weder die antiutopische Methode noch die Einstellung zur Welt der Bewegung kennen, der sie sich entweder selber zurechnen oder der sie nahezustehen glauben. Kein Wunder daher, wenn sie nicht zwischen AnarchistInnen und jenen, u.a. den 'Nationalen Anarchisten', die nur mit dem Schimpfwort 'Anarchist' kokettieren, unterscheiden können.

Sie zitieren hier aus einer Auftragsschrift, die Proudhon an einer erzkatholischen Schule für arme Menschen schreiben **musste**, um die Geldausgabe reicher Menschen für sein Stipendium zu rechtfertigen. Proudhon schrieb diese Abhandlung eindeutig vor seiner Schrift »Eigentum ist Diebstahl«; sie gibt größtenteils die Meinung seiner Lehrer und nicht unbedingt die Meinung Proudhons wieder. Er selbst wäre als Kind aus armen Verhältnissen niemals in der Lage gewesen, ein Studium ganz allein zu finanzieren.

Sollten die anderen »akribischen Nachweise« des Herrn Kurz ähnlich gelagert sein, kann man sich das Lesen dieses Wälzers schenken; wohl eher ein weiteres Werk des Eichborn-Verlages, um mit schlechter, undifferenzierter Recherche eine schnelle Mark zu machen.

Bevor Sie also Proudhon weiterhin als Antisemiten diffamieren, beschäftigen Sie sich erst einmal mit seiner Person und seinem Leben. Niemand wird als Anarchist geboren – und vor »Eigentum ist Diebstahl« war Proudhon **kein** Anarchist.●

Mit freidenkerisch-libertären Grüßen,
Nico Myowna, AFD Barmbek

Ist die Marktwirtschaft am Ende?

In seinem »Schwarzbuch Kapitalismus« unternimmt Robert Kurz eine Analyse der drei großen industriellen Revolutionen. Die Tatsache, dass »der Kapitalismus einige wenige reich, die Masse aber bettelarm macht«, bezeichnet der Autor als eine historische Grunderfahrung.

Kurz beginnt bei der kapitalistischen Frühgeschichte im 16. Jahrhundert, behandelt die Geschichte der ersten und zweiten industriellen Revolution und beschreibt heutige Zustände von Wirtschaft und Gesellschaft. Er zieht eine provokante Bilanz der Marktwirtschaft.

Ist die Marktwirtschaft am Ende? Diese Frage stellt sich für Kurz nicht mehr. Für ihn ist die »historische Schmerzgrenze« längst erreicht. Um in Alternativen denken zu können, sagt er mit Blick auf die Linken, bedarf es der Aufarbeitung der Geschichte dieses Systems von Krisen und Konjunkturen. Indem er sich dieser Aufgabe stellt, nimmt er Gelegenheit, seine Botschaften mitzuteilen. Hier kann nur auf einige eingegangen werden.

Kapital ohne Arbeit

In der dritten industriellen Revolution kommt die bisher verborgene innere Identität von Kapital und Arbeit offen zum Ausdruck. Der Wirtschaft wird mehr und mehr bei katastrophalen krisenhaften Entwicklungen die einstige Grundlage entzogen: die Produktivität der Arbeit als Motor der Ökonomie. Das Kapital verselbstständigt sich, macht die Menschen für die Arbeit überflüssig, und auch das Geld wird arbeitslos. Die Gewinne der Konzerne erreichen auf Grund von Rationalisierungen, sinkenden Löhnen und spekulativen Geldanlagen astronomische Höhen. Was tun mit den Geldmassen, fragt Kurz, wenn die Profitraten nicht zuletzt auch dank der generösen staatlichen Subventionen ständig steigen? Die Gelder werden verliehen, an Staaten, Unternehmen, private Konsumenten mit den Risiken maßloser Verschuldung und des Zusammenbruchs der Kreditnehmer. Damit eröffnet sich eine neue Dimension einer brüchigen Finanzwirtschaft.

Das Ende der Nationalökonomie

Die Nation ist ein Kind kapitalistischer Entwicklung. Es stirbt, erdrückt von den Armen der eigenen Mutter, die »Globalisierung« heißt. Die außer Kontrolle geratene Ökonomie kennt keine Grenzen und zerstört ihr Bezugssystem, ohne das sie nicht mehr lebensfähig ist.

Die Behauptung, dass sich nach der Auflösung des »realen Sozialismus« der Sieg des Kapitalismus nicht mehr aufhalten ließe, hat sich als Schimäre erwiesen. Massenarbeitslosigkeit wird zu einem immer drängenderen Problem. Der erhoffte Ausweg in die Dienstleistungsgesellschaft erweist sich als Illusion. Die optimistischen Prognosen von Politikern nach dem Fall der Mauer haben sich nicht erfüllt.

Mit jedem neuen Währungszusammenbruch rückt das Ende der Geldwirtschaft näher, das auch die transnationalen Räume des Kapitals erfasst. Seine beispiellose Konzentration kündigt einen gnadenlosen Kampf auf dem Weltmarkt an. Die Konkurrenten können sich nur noch gegenseitig vernichten und sind damit am Ende ihres Wirtschaftssystem angelangt.

Muße statt Arbeitshetze

Man hört die Botschaft und fragt nach den Alternativen. Kurz tut das auch. Er sieht drei Aufgaben, die zu lösen sind.

- Erstens: die Ressourcen an Naturstoffen und Betriebsmitteln und die menschlichen Fähigkeiten so einzusetzen, dass alle Menschen ein genussvolles Leben, frei von Armut und Hunger, führen können;
- Zweitens: sinnlose Projekte und Zerstörungen zu stoppen;
- Drittens: den durch die Produktivkräfte der Mikroelektronik hergestellten gesellschaftlichen Zeitfonds zur Muße für alle zu nutzen statt zu Zwecken, die zu Arbeitshetze und Massenarbeitslosigkeit führen.

Es sind Aufgaben von geradezu ergreifender Schlichtheit, sagt Kurz. Dem kann man wirklich nur zustimmen. Und es drängt sich die nächste Frage auf: Wie ist das zu realisieren? Es bedarf eines Aufstands gegen die kapitalistische Krisenverwaltung, antwortet Kurz, der Besetzung der Produktionsbetriebe, Verwaltungsinstitutionen und sozialen Einrichtungen durch eine Massenbewegung, welche die gesamte Reproduktion in eigene Regie nimmt und die herrschenden Institutionen abschafft.

Wege für eine gesellschaftliche Heilung, die so neu nicht sind. Doch die Nebenwirkungen der Heilmittel sind noch nicht vergessen.

In seiner Auseinandersetzung mit Theoretikern und anderen Autoren, die eine lang Liste ausmachen, gibt Kurz oft überzogener Polemik den Vorzug. Wo er punktuell überzeugende Antworten hat, werden sie mitunter durch weniger plausible Verallgemeinerungen abgewertet. Provokante Urteile bergen leicht die Gefahr, das Bild der herrschenden Ökonomie zu karikieren. Der Leser jedoch, der den Text von vordergründigen Überhöhungen freilegt, findet eine beachtliche Fülle von Denkanstößen und überraschenden Wertungen, die nicht ohne Faszination sind.●

Heinz Bartel

Aus: WAS NUN?, Januar 2000

Robert Kurz: Schwarzbuch Kapitalismus. Ein Abgesang auf die Marktwirtschaft. 820 Seiten, gebunden, 68 DM, Eichborn Verlag, Frankfurt/Main 1999. ISBN 3-8218-0491-2-0

Arbeit und Ökonomie aus feministischer Sicht

Carola Möller war 1975 Mitbegründerin eines der ersten autonomen Frauenhäuser in Deutschland und initiierte 1978 die Zeitschrift *beiträge zur feministischen theorie und praxis* mit und war dort bis 1994 Redakteurin. Bekannt geworden ist sie – verkürzt dargestellt – vor allem durch ihre Forschung zu »ungeschützten Arbeitsverhältnissen« in den 80er und die Propagierung einer gemeinwesenorientierten Ökonomie in den 90er Jahren. Stark engagiert war sie auch in der Frauen-An-Stiftung, die sie wieder verließ, als diese in die Heinrich-Böll-Stiftung integriert wurde. Möller ist eine Feministin jenseits des Gleichstellungsfeminismus, die sich immer sehr stark mit Arbeit und Ökonomie (-kritik) beschäftigte und die sich ihre Meinung durch Organisationen nie hat deformieren lassen. Zu ihrem 70. Geburtstag im Oktober 1999 haben drei Freundinnen von Möller ihr zu Ehren eine Festschrift herausgegeben. Sie enthält u.a. ein längeres lebensgeschichtliches Interview mit Carola Möller, einen Bericht von Gisela Notz über eine Kommune und einen lesenswerten Rückblick über die Frauenbewegung und ihr Verhältnis zu Utopien der feministischen Rechtsanwältin Barbara Degen.

Gab es lange Zeit eine Kritik an Festschriften als nutzloses Ritual bürgerlicher Wissenschaft, werden sie mittlerweile wieder gerne publiziert, so erhielten z.B. Hirsch und Altvater, die beiden Koryphäen der Regulationstheorie zu ihrem 60. Geburtstag letztes Jahr jeweils eine, ebenso der Marburger Politikwissenschaftler Georg Fülberth. Festschriften haben es wie (Auto-)Biographien an sich, dass in ihnen (Selbst-) Lob und eine Perspektive vorherrscht, die der Biographie einer Person nachträglich eine gewisse Geradlinigkeit zuschreibt. Dass dies aber schief bis falsch ist, weiß jedes Kind. So findet sich im Interview mit Möller wie in allen Biographien keine einzige Frage zu den Dingen die eine(n) dann doch wirklich interessiert hätten. Wie seht es mit Konkurrenz, Kooperation und Hierarchie unter feministischen Forscherinnen (Schafft auch hier das Geld die Struktur, oder gibt es noch mehr?), wie sieht die materielle Absicherung (das Sein bestimmt das Bewusstsein) aus, worin bestanden die inhaltlichen oder anderen Differenzen in der Redaktion der *beiträge* etc. All das kann, wenn überhaupt, nur mühsam zwischen den Zeilen hervorgelesen werden. Die lobhudelnden Kurzbeiträge komplettieren da nur das schlechte Bild.

Auch der als inhaltlicher Kernartikel daherkommende und schon als Untertitel des Bandes auftauchende Beitrag »Neue Arbeitsformen – neue Widerstandsformen« von Möller und der Soziologin Ulla Peters referiert nur die Debatte um immaterielle Arbeit des zeitgenössischen Neo-Operaismus a la Toni Negri und Maurizzio Lazzarato (vgl. Umherschweifende Produzenten. Immaterielle Arbeit und Subversion, ID-Verlag 1998). Auch wenn es sehr löblich ist, diesen Ansatz in die KäuferInnenschicht der Festschrift hineinzutragen, fehlt doch eine Auseinandersetzung damit, wie die semi-akademische Linke ohne feste Anstellung, der Möller, Peters und viele andere angehören, selbst zur Transformation von Arbeit beigetragen hat. Sie wollte ihre Subjektivität in die Arbeit einbringen, und besaß die Fähigkeit zur horizontalen und vertikalen Kommunikation. Alles Anforderungen an die eigene individuelle Lohn-Arbeit, die genau die sind, die jetzt auch die »neuen«, ganz normalen materiellen und immateriellen Arbeitsverhältnisse prägen. Wie Widerstand und Organisierung der vereinzelten immateriellen Arbeiter-UnternehmerInnen aussehen kann, bleibt weiterhin leider ungeklärt.●

Bernd Hüttner

Marlies W. Fröse ua. (Hg.): Ökonomie und Arbeit – Frauenansichten. Neue Arbeitsformen und neue Widerstandsformen; 196 S., 34,80 DM; IKO Verlag Frankfurt 1999

Zwangsarbeit im Nationalsozialismus

»Räder müssen rollen für den Sieg« ist das Produkt einer antifaschistischen Initiative, nicht das von Berufs-HistorkerInnen. 1988 war das Thema Zwangsarbeit im Nationalsozialismus (NS) jenseits einiger weniger ForscherInnen kaum bekannt. Schon damals publizierte die Vereinigung der Verfolgten des Naziregimes Esslingen eine Fallstudie über die Zwangsarbeit im Landkreis Esslingen. Diese liegt nun überarbeitet und mit weiteren Artikeln versehen erneut vor.

Tjark Kunstreich, ein bekannter antideutscher Publizist, dimensioniert treffend die Stationen des Umbruches in der politischen Kultur der BRD: von Bitburg über Wiedervereinigung, Golfkrieg, Goldhagen- und Walser-Debatte bis hin zu Kosovo-Krieg und zur ausbleibenden Entschädigung von ZwangsarbeiterInnen. Sein Resümee: Die deutschen Täter sind bei den Opfern eingereiht und die Geschichte völlig für die Interessen des heutigen Deutschland instrumentalisiert.

Dann führt ein sehr guter Überblicksartikel in die Materie von Zwangsarbeit im NS ein (Rainer Bakonyi), während Karl Heinz Roth (Stiftung für Sozialgeschichte des 20. Jahrhunderts) in einem Nachdruck eines Artikels theoretische Aspekte und Methodenfragen von Sklaven-, Lohn- und unfreier Arbeit debattiert. Holger Schatz und Andrea Woeldike nähern sich dem vom NS vertretenen – und in Deutschland weit geteilten – Begriff der Arbeit: Arbeit sei demnach, so die beiden, Teil des Volkscharakters, was auch bedeute, dass wer nicht gut arbeite, kein »Deutscher/r« sein könne und umgekehrt, wer nicht gut arbeite, sich aus der Volksgemeinschaft ausschließe.

Der letzte Beitrag stellt die politische und juristische Geschichte von »Wiedergutmachung« und Entschädigung seit 1945 dar und geht auch auf die jüngsten Entwicklungen bis Herbst 1999 ein. Hier wird die mitunter etwas komplizierte juristische Seite der Debatte anschaulich vermittelt. Es wird deutlich, dass ernsthafte Entschädigungszahlungen, verbunden mit einer Anerkennung einer rechtlichen Pflicht zu solchen Zahlungen, in den letzten 50 Jahren von Staat und Industrie immer abgewehrt wurden.

Die Lokalstudie, die die Hälfte des Bandes einnimmt, zeigt eindringlich und detailliert die Arbeit, die Unterbringung, den Widerstand, mithin die gesamte Situation der ZwangsarbeiterInnen in dem damals boomenden Industrierevier am Neckar. Viele ZwangsarbeiterInnen waren in der Maschinenbauindustrie, z.B. bei der Maschinenfabrik Esslingen, einem württembergischen Renommierbetrieb, der Lokomotiven und Eisenbahnwagen produzierte, eingesetzt. Andere arbeiteten bei der Reichsbahn in Stuttgart und anderswo in Ausbesserungswerken. Die Studie ist unterteilt nach verschiedenen Gemeinden, bzw. die dort ansässigen Betriebe und Einrichtungen, und nach dem Status der ZwangsarbeiterInnen. Hier gab es bekanntlich zwischen KZ-Häftlingen und ausländischen ZwangsarbeiterInnen aus Ost- und Westeuropa immense Unterschiede.

Es ist auch heute noch schockierend nachzulesen, wie groß die Bedeutung von Zwangsarbeit für die nazistische Kriegswirtschaft war. Im Dezember 1944, sechs Monate vor Kriegsende, waren 42 Prozent aller ArbeiterInnen in Esslingen ausländische ZwangsarbeiterInnen, das entspricht 17 Prozent der damaligen gesamten Bevölkerung. Der vorliegende Band bietet jenseits seiner regionalen Detailliertheit für professionelle HistorikerInnen wenig neues. Für Laien bietet er dagegen eine sehr gelungene Mischung aus regionaler Analyse, die als Anregung für weitere Forschungen vor Ort dienen kann, und einführenden sowie politisch-bewertenden Texten.●

Bernd Hüttner

VVN/BdA Kreisvereinigung Esslingen (Hrsg.): »Räder müssen rollen für den Sieg!«. Zwangsarbeit im »Dritten Reich«; Schmetterling Verlag Stuttgart 2000, 184 S., 26,80 DM

Widerstands-Geschichte:

Den Blick für unterschiedliche Motivationen öffnen

Wer sich mit dem Widerstand im Nationalsozialismus beschäftigt, stützte sich häufig zunächst nur auf jene Gruppen und Personen, die den eigenen politischen Standpunkten nahe stehen. So entsteht ein eingeengtes Blickfeld, das die unterschiedlichen Widerstandswirklichkeiten nur begrenzt zur Kenntnis nehmen kann. Eine Auseinandersetzung mit Regimegegnern aus anderen als der eigenen Tradition wird erschwert.

Die deutsche Teilung und der Kalte Krieg begünstigten die Neigung, sich jeweils vorrangig auf einen bestimmten Teil des Widerstandes zu beziehen. Der in der Bundesrepublik geehrte Widerstand hatte es schwer, in der DDR Anerkennung zu finden und umgekehrt.

Das »Lexikon des Widerstandes« aus dem Beck Verlag versucht, einen anderen, offeneren Zugang anzubieten. Alphabetisch geordnet stehen hier humanistisch motivierte neben religiös geformten Widerständlern, Konservative und Offiziere neben Kommunisten und Sozialisten.

Verschiedenste, auch weniger bekannte Gruppen wie die Knöchel-Organisation, der Pfarrernotbund, die Europäische Union oder der Internationale Sozialistische Kampfbund werden vorgestellt. Über 300 biografische Skizzen und weitere 100 Sachartikel sollen den Blick für unterschiedliche Lebensgeschichten und Motivationen des Widerstandes öffnen. Präzise und aktuelle Literaturhinweise laden zur Weiterarbeit mit dem Thema ein.

Dank des Historikers *Andreas G. Graf* hat in die überarbeitete und erweiterte Fassung des Lexikons eine vielfach unterschlagene und wenig beachtete Gruppe Einzug gefunden: die Anarcho-Syndikalisten. Sie waren organisiert in der Freien Arbeiter Union Deutschlands (FAUD), die sich zugleich als wirtschaftliche Kampforganisation und kulturradikale Bewegung verstand.

Auf ihrem Höhepunkt, Anfang der 20er Jahre, hatte die FAUD über 100.000 Mitglieder, am Ende der Weimarer Republik waren es noch etwa 4.300. Diese stellten sich schon vor 1933 auf die Illegalität ein. Einige von ihnen, Fritz Benner, Julius Nolden oder Helmut Kirschey werden näher vorgestellt. Nolden sammelte, als Grabredner getarnt, Solidaritätsgelder für die Familien von Inhaftierten.

Benner und Kirschey hatten einen ähnlichen Lebensweg. Beide wurden bereits 1933 verhaftet und inhaftiert, gelangten jedoch über Holland nach Spanien, um dort auf Seiten der Republik gegen Franco zu kämpfen. Später setzten sie ihren Kampf gegen den Nationalsozialismus in Zusammenarbeit mit der Internationalen Transportarbeiter Föderation aus Schweden fort.●

Kai Böhne

Peter Steinbach, Johannes Tuchel (Hg.): Lexikon des Widerstandes 1933-1945, Verlag H. C. Beck, 250 Seiten, 19,80 DM, ISBN 3-406-43861-X.

Video: Unter den Bomben der NATO

Ab sofort kann – z.B. für Veranstaltungen zum Jahrestag des NATO-Bombenkrieges gegen Jugoslawien am 24.3. – die deutsche Fassung des Videos »Unter den Bomben der NATO – 15 Belgier in Jugoslawien« bestellt werden. Auslieferung erfolgt voraussichtlich Mitte März.

Es handelt sich um einen eindrucksvollen 45 minütigen Filmbericht des bekannten belgischen Journalisten und Balkanspezialisten *Michel Collon* und einer Gruppe aus Belgien, die im Mai 1999 auf einer Hilfsmission in Jugoslawien weilte. Der professionell gemachte Streifen enthüllt nicht nur den 'schmutzigen Krieg' der NATO und die vom Westen verübten Kriegsverbrechen. Er verdeutlicht auch die Strategie der NATO und klärt über die langfristigen geostrategischen Ziele der USA und Deutschlands auf. Vor allem aber ist er ein Zeugnis für die Würde und Kultur des serbischen Volkes, das, von den Konzern-Medien in beispielloser Weise dämonisiert, der Welt ein ermutigendes Beispiel der Selbstbehauptung und des Widerstands gegen die unipolare Welt der Unterdrückung gibt. Michel Collon, der Verfasser eines Standardwerkes über die Zerschlagung Jugoslawiens, hat dieses Video in Zusammenarbeit mit »Regards Croisés«, Brüssel produziert. Die deutsche Version besorgte – in Zusammenarbeit mit Aktivisten der deutschen Friedensbewegung in Berlin und Bonn – der bekannte Kölner Dokumentarfilmer *Peter Kleinert*.●

dp

Bestellungen ab sofort bei: KAOS Video- und Filmteam, Genter Straße 5, 50672 Köln; Fax: (02 21) 952 12 89;
E-mail: kaos-team@netcologne.de
Preis: DM 25,– (Davon gehen DM 5,– als Spende an ein Hilfsprojekt der Organisation Médecine pour le Tiers Monde für die Waisenkinder der Gemeinde Milosevac)

Erste Rechts-Hilfe

Rolf Gössner weiß, wovon er schreibt: Seit fast 30 Jahren steht er unter Beobachtung des Verfassungsschutzes. Verdächtig machte er sich durch kritische Veröffentlichungen über Macht und Methoden der deutschen »Sicherheitsorgane«. Inzwischen gilt der promovierte Jurist als anerkannter Experte, der als Sachverständiger in zahlreichen Gesetzgebungsverfahren mitwirkte. Seine Erfahrungen im Umgang mit Polizei, Justiz und Geheimdiensten hat er jetzt zu einem Ratgeber zusammengestellt: »Erste Rechts-Hilfe«.

Das 384 Seiten starke, mit Informationen voll gepackte Buch ist keineswegs nur nützlich für LeserInnen, die sich wie Gössner als Kritiker staatlicher Machtansprüche verstehen. Ein Großteil der fundierten »Rechts- und Verhaltenstips« zielt auf eher alltägliche Begegnungen mit Polizei und Justiz: Verkehrskontrollen, Vorladungen, Bußgeldbescheide, Akteneinsicht. Gössner erläutert an zahlreichen Beispielen und juristischen Vorschriften die Rechtslage und benennt Möglichkeiten, wie der Einzelne in solchen Situationen seine bürgerlichen Rechte wahrnehmen kann. Adressat seines Buches ist der Laie – juristisches Kauderwelsch wird zum Glück vermieden und im Zweifelsfall vernünftigerweise der Gang zum Anwalt empfohlen.

Besonders nützlich ist das Buch vor allem dort, wo Konflikte mit der Rechtsordnung drohen. Wer beispielsweise soziale Randgruppen betreut, erhält wertvolle Hinweise über die Rechtmäßigkeit von Personenkontrollen, Platzverweisen und Aufenthaltsverboten. Wer an Demonstrationen oder Streiks teilnehmen will, erfährt alles Wesentliche über Verbote und Auflagen, Festnahmen und Einkesselungen, Observationen und Agents provocateurs. Daneben finden sich Erläuterungen zu Stichworten wie Großer Lauschangriff, Zeugen- und Kronzeugenregelung, Prozesskosten, Opferschutz oder Verfassungsbeschwerde. Besondere Kapitel widmen sich Ratschlägen zu den Bereichen Datenschutz, Petitionen und Volksbegehren.

Gössners Buch ist ein praxisorientierter, aber kein unpolitischer Ratgeber. Viele gesetzliche Regelungen kritisiert er mit dem Engagement eines Bürgerrechtlers, und im Vorwort betont er, worum es ihm in erster Linie geht: um Kompetenz für einen selbstbewussten Umgang mit dem »Apparat«.●

dp

Rolf Gössner: Erste Rechts-Hilfe. Rechts- und Verhaltenstips im Umgang mit Polizei, Justiz und Geheimdiensten; ISBN 3-89533-243-7, Preis: DM 39,80 / öS 291 / sFr 37, Verlag Die Werkstatt, Göttingen

Jobs im Umweltschutz – Jetzt bewerben!

Wer nach dem Schulabschluss ein Freiwilliges Ökologisches Jahr, Zivildienst oder Praktikum machen möchte oder vielleicht ein Jahr ins Ausland gehen und dort im Umweltschutz arbeiten will, der sollte sich rechtzeitig um eine Stelle bemühen. Die Bewerbungsfristen laufen in den nächsten Wochen ab!

Über die verschiedenen Öko-Job Möglichkeiten in ganz Europa bietet »Unterwegs für die Umwelt – Ökojobs in Europa« Auskunft. Sie bietet Tips für alle, die nach dem Schulabschluss oder Ausbildung sich im Umweltschutz engagieren wollen. Wer gerne ins Ausland möchte, um Sprachkenntnisse zu vertiefen wird in diesem Buch fündig. Auch wer sich erstmal orientieren möchte, hat hier die geeignete Grundlage. Es werden die verschiedenen Möglichkeiten vorgestellt, wie mensch im Umwelt- und Naturschutz (v.a. im Ausland) aktiv werden kann. Auch andere Dienste, wie z.B. Alternativen zum Zivildienst und Friedensdienste, werden beschrieben. Dazu enthält »Unterwegs für die Umwelt« ausführliche Tips zur Bewerbung im Ausland, die mit fremdsprachigen Beispielen zu Lebenslauf und Begleitschreiben abgerundet werden.

Im zweiten Teil des Buches sind konkrete Einsatzstellenbeschreibungen aus ganz Europa zu finden, mit Angaben zum Aufgabenfeld, Bezahlung, Versicherung und Umgebung. Darunter sind Arbeiten im praktischen Naturschutz, auf dem Bauernhof, mit Kindern oder auch Büroarbeit in (Umweltschutz-)Verbänden aufgeführt. Weiterhin sind Infos zu Workcamps enthalten. Sollten dennoch mehr Informationen zu den Einsatzstellen benötigt werden, wird ein umfangreiches Internet-Adressverzeichnis mitgeliefert, so dass hier die Möglichkeit besteht, selber auf die Suche nach dem geeigneten Job zu gehen. Also dann auf zum: »Unterwegs-Sein für die Umwelt!

»Unterwegs für die Umwelt – Ökojobs in Europa« ist für 19,80 DM zzgl. 6 DM Porto und Verpackung in der JUP!, Turmstr. 14a, 23843 Bad Oldesloe, 04531/4512, Fax: 04531/7116, eMail: jup@inihaus.de zu bestellen.●

dp

JOBS

Die luxemburger NGO Action Solidarité Tiers Monde sucht
eine(n) MitarbeiterIn für das Centre d'Information Tiers Monde – CITIM
Die Stelle beinhaltet
- die bibliothekarische Betreuung des 3.-Welt-Informationszentrums,
- Öffentlichkeitsarbeit,
- sowie die Ausarbeitung von Projekten im pädagogischen Bereich.

Die Bewerbungsunterlagen können per Telefon (+352 400 427 25) oder Email (citim@ong.lu) angefragt werden.

PROJEKTE

Wer leiht uns Geld?
Kommuneprojekt sucht Privatdarlehen zur Finanzierung des Hausumbaus: Beträge ab 1.000 Mark, Laufzeit ab 3 Monate; Zinsen bis 3%. Alles weiter unter: Stadtkommune Alla Hopp, Hardenbergstr. 52-54, D-28201 Bremen
☎(04 21) 557 73 82

Kommune Wendland-Hof sucht neue MitbewohnerInnen (groß + kleine, bis vier Personen).
☎(0 58 48) 12 88
Mehr zu uns:
www.contraste.org/kommunen

Die **Hammer Kommune** sucht MitbewohnerInnen. Wir sind sieben Erwachsene und drei Kinder in einem großen Haus mit großem Garten. Tragende Elemente unserer Kommune sind: gewaltfreie, linke politische Arbeit, Entscheidungen nach dem Konsensprinzip, gemeinsame Ökonomie. Schreib uns!
Fangstr. 118, D-59077 Hamm oder
E-Mail: hammer@t-online.de

Projektwerkstatt in Saasen (nahe Gießen): Nach den Kämpfen gegen Etablierung und Schöner-Wohnen ist die Phase eines leeren Hauses Vergangenheit. Schritt für Schritt nähern wir uns (demnächst zu dritt) der Vision eines politischen Zentrum mit politischer WG, die ihr »Heil« nicht in »Schöner Wohnen«, Reiki&Co., Sprücheklopfen und Abhängen oder möglichst viel Staatsknete sieht. Gleichberechtigt leben, Widerstand, Öffentlichkeits- und Bildungsarbeit und vieles mehr – von Antifa bis Öko. Vorhanden: Wohnhaus, politische Arbeitsräume, Bibliotheken, Tagungshaus.
Gesucht: Leute mit radikalem Lebensansatz. Leben im Bauwagen oder in den Zimmern des Wohnhauses ... ob nun häufig unterwegs oder intensiv rund um das Haus tätig.
Info: Projektwerkstatt, Ludwigstr. 11, D-35447 Reiskirchen
☎(0 64 01) 90 32 83
E-Mail:
projektwerkstatt_sa@apg.wwbnet.de.

Großkommune in Südwestdeutschland:
Gründungsgruppe (nahe dem Objektkauf) sucht weitere Menschen, die sich am Aufbau der Kommune beteiligen – sowie Leute, die ihr Geld »sauber« anlegen wollen und ein Darlehen geben für den Kauf des Geländes.
Peter, Kirchweg 1, D-34260 Kaufungen
Fax (0 56 05) 80 07 40

Anders Leben und Arbeiten!
Kommune in Süddeutschland sucht für ihre Druckerei (Kleinoffset) **DruckformenherstellerIn** oder **DruckerIn**. Wir, derzeit 11 Kommunardinnen u. Kommunarden, leben & arbeiten seit 1985 im Kollektiv.
Weitere Infos:
Mühle-Wohn u. Baucooperative, Weidenstr. 28-30, D-77871 Renchen
☎(0 78 43) 8 41 46, Fax: 8 41 25

Du willst: Gemeinschaftlich, einfach, ökologisch und spirituell leben?
Wir tun's + brauchen Verstärkung, frischen Wind + neue Geister: Realistische Menschen mit Herz + Verstand, praktischen Händen + sonstigen Talenten. Toll wäre eine schon bestehende Gruppe, die sich mit uns zusammentut. Kinder, Humor + Lebensfreude sehr erwünscht!
Beringhof-Gemeinschaft für ganzheitliches Leben e.V.
☎(0 23 77) 33 51, Fax 7 82 32

IM POSTFACH

Betr.: CONTRASTE Nr. 184, Rezension »Wann ist endlich Feierabend?«

Hallo Contraste,

nix dagegen, dass Ihr in der Nr. 184 mal eine Rezension aus dem »ak« nachgedruckt habt. Es ist allerdings komisch, wie sich auf diese Weise die dümmsten Fehler immer weiter verbreiten. In diesem Fall hat sich der Rezensent mit meinem Beitrag offenbar etwas flüchtig befasst – und ist einem Tippfehler im Inhaltsverzeichnis des Buches aufgesessen. Ich habe nämlich nicht über »Arbeitskultur« sondern über »Arbeitskult« in der real existiert habenden DDR geschrieben. Ansonsten nix für ungut.

Gerd Bedszent

INTERNETADRESSE

Auf unserer Website könnt Ihr u.a. zu vielen Projekten surfen und andere Medienprojekte besuchen. Zusätzlich gibt es seit August 1999 die Kommune-Homepage mit Selbstdarstellungen, Angeboten und Gesuchen:
www.contraste.org/kommunen

anti atom aktuell

✖ die gemeinsame Zeitung der Initiativen gegen Atomanlagen
✖ erscheint am liebsten monatlich
✖ 12 Ausgaben im Abo für 60 DM

Kostenloses Probeexemplar:
anti atom aktuell
Helgenstockstr.15
35394 Gießen
Vertrieb@anti-atom-aktuell.de
http://www.anti-atom-aktuell.de
Fax: 0641/9483175

Durchblicken statt wegsehen!

Unsere Seminarreihe **Ökoführerschein** für Jugendliche von 15 bis 25: In fünf Seminaren erfährst Du, wie die Erde noch zu retten ist. Am Ende gibt's den **Ökoführerschein** und den Jugendgruppenleiterschein.

Interesse? Schick' uns diese Anzeige und 1,50 DM in Briefmarken, ruf' an oder informiere Dich unter http://www.oekofuehrerschein.de!

BUNDjugend Berlin
Jagowstr. 12 10555 Berlin 030/392 82 80

KLEINANZEIGEN

Ausfüllen: Den Text gut lesbar eintragen (38 Anschläge/Zeichen ergeben eine Satzzeile)
Kosten: Privat bis zu 5 Zeilen 10 DM (jede weitere Zeile 1 DM)
Gewerblich bis zu 5 Zeilen 40 DM (jede weitere Zeile 5 DM)
Private Stellengesuche sind kostenlos!
Chiffregebühren: 9 DM
Bezahlt werden kann mit Scheck, Geldscheinen, mit Briefmarken oder mit Bankeinzug. Im voraus muß allerdings immer das Geld hier sein. Quittungen nur bei ausreichend frankiertem Rückumschlag.
Aufträge ohne Geld & Absender landen ausnahmslos im Papierkorb!
Ausnahme: Bestellwert ab 50 DM.
Da gibt's nämlich ne Rechnung.
Termin: jeweils zum 15. des Monats

Einsenden an:
CONTRASTE e.V.
Postfach 10 45 20, D-69035 Heidelberg

SCHNIPSEL

ANTIFA-VERSAND SCHWARZ ROT

Der neue Katalog ist da!

Aufkleber, Plakate, Anstecker, CDs, Aufnäher, Tapes, Broschüren, T-Shirts, Spuckies, ...

Katalog gegen 2,- Rückporto bei
Antifa-Versand Schwarz-Rot Engeldamm 68 • 10179 Berlin

Der erste Kalender im neuen Jahrtausend: der KALENDA der Anarchie!

Gnadenlos zum Anfang des chinesischen Drachenjahres publiziert (5.2.2000) geht er bis incl. Januar 2001 ! – Ihr habt schon einen Kalender? Macht niX! Der ist sowieso scheiße oder fällt schon auseinander – wie gut dass es einen einzig(un)@rtigen frischen fadengebundenen schwarzroten A 2000 gibt!
(Diesmal nur rare 1.000 Stück ! Exclusiv explosiv. Da heißts fiX sein!)

Natürlich kriegt ihr den 18. schwarzroten KALENDA zum Scheiß-Jahr 00 mit einer kräftigen Portion ANARCHIE geliefert – druckfrisch frei Haus, versteht sich! Den müsst ihr abziehen !!! Auf 288 Seiten (über 50 davon @dressen!) im Paperback findet ihr das berühmt-berüchtigte KALENDArium (wiedermal gestaltet von @ndi) mit vielen Cartoons, Grafiken, Fotos, Spruechen und Daten zur libertären Weltsicht und dazwischen A-Geschichte, A-Projekte, Erwägungen was abgeht und wie.
Diesmal (update):

Der Elchtest
- Anarchie in Schweden, C.I.R.A.-@rchiv, WWWie jehts billja?,

CAB
- Anarch@kuriere, FRAKTAL – libertäre Literatur, Freie Netze, Explo 2000, Anarch@-Biker RMR, Heloho, DadA news, ABC, etc..

Ansonsten »The same Procedure as every Millenium.«: preisstabile 15 DM Vorauskasse (!) an das B@yernkonto 508 48 801, Ralf G. Landmesser, Postbank München, BLZ 700 100 80, oder cash/ec an R.G.Landmesser/SCHWARZROTBUCH VERLAG, Rathenower Str. 22, D-10559 Berlin.

Wichtig: Eure Adresse !!! Massenrabattz ab 5 Stk. 11 DM, ab 20 Stk. je 10 DM incl. Versandkosten, ab 250 Stk. nur je 8 DM + Porto/Verp.. Natürlich gibts den KALENDA 2000 auch im echt g u t e n Buchh@ndel (Ausliefrg. z.Zt. direkt über SRV !).

Gründung einer Umwelt-AG

SchülerInnen für die Umwelt

Dich nervt, daß der Kiosk an Deiner Schule immer noch Dosen verkauft, Euer Schulkopierer immer noch nicht mit Umweltpapier gefüttert wird und der große Autoparkplatz unbedingt bleiben muß, während es nicht genug Fahrradständer gibt?
Dann haben wir das richtige für Dich: die Broschüre „Gründung einer Umwelt-AG" mit Tips zu Gruppengründung und -leben, Buchvorstellungen, Adressen und mehr. Bei uns für 4,- DM in Briefmarken und unter http://www.jugendumwelt.de/gruendung/ im Netz.

SchülerInnen Aktion Umwelt (S.A.U.)
Eine Aktion der BUNDjugend
Jagowstraße 12 • 10555 Berlin

Zuerst ...
ein heißer Sommer gegen die Expo 2000
EXPO2000 HANNOVER
Blockaden, Aktionen, Gegenöffentlichkeit, Kongresse

dann ...
eine richtig geile Polit-WG gründen!

Wer hat Lust, mit mir ab Sommer oder Herbst 2000 in der Projektwerkstatt wieder eine richtig abgefahrene, überregional aktive Polit-WG zu grünen? Jörg 0171/8348430

18. März 2000

Demonstration
Duisburg, König-Heinrich-Platz
11 Uhr

Freiheit für alle politischen Gefangenen!

Veranstaltung
mit ReferentInnen zu
Repression gegen türkische und kurdische Linke
Situation von Abschiebegefangenen
Gefangenen aus RAF und Widerstand
Repression gegen AntifaschistInnen
und mit Musik- und Kulturbeiträgen

Gertrud Bäumer Schule
Klöckner Str. 48
Duisburg - Neudorf
14 Uhr

Rote Hilfe Duisburg

Unverzichtbar:
Ö-Punkte – der Infodienst für aktive UmweltschützerInnen

Informationen aus allen Themen des Umweltschutzes, praktische Tips, Beispiele, Infos zu Kampagnen, Modellen, neuen Materialien usw. Vierteljährlich. Jahresabo ab 20 DM.

Bisherige Schwerpunkte: Windenergie, Agenda 21, Direkte Demokratie, Perspektiven und Utopien, Naturschutz im Abseits, Weltwirtschaft, Expo 2000, Tips für Gruppen, Umweltbildung (Nov. 99). Ein Heft 7 DM, jedes weitere 2 DM (einschl. Porto). Bestellungen an die Redaktion (gegen Briefmarken, Scheck, Schein oder Vorausüberweisung): Ö-Punkte, Ludwigstr. 11, 35447 Reiskirchen.

IMPRESSUM

CONTRASTE

Monatszeitung für Selbstverwaltung
erscheint 11mal im Jahr.
ISSN 0178-5737
Herausgeber ist CONTRASTE,
Verein zur Förderung von Selbstverwaltung und Ökologie e.V.
Postfach 10 45 20
69035 Heidelberg
☎ (06221) 16 24 67

CONTRASTE wird von ca. 40 MacherInnen geschrieben, zusammengestellt, redigiert, gesetzt, gedruckt... und was alles zum Herausgeben dazugehört.

Die Informationen fließen zusammen über die Regional- und Fachredaktionen. Endredaktion, Herstel lung, Vertrieb und Anzeigenverwaltung erfolgt über CONTRASTE in Heidelberg.

Wer einen Beitrag in CONTRASTE veröffentlichen will, schickt ihn an die Heidelberger Endredaktion. Gerne nehmen wir Eure Texte auf Diskette, verarbeiten können wir alle gängigen Formate.

In allen Redaktionen sind ausschließlich ehrenamtliche Leute am Werke.

Vertriebs-, AbonnentInnen- oder sonstige Beschwerden bitte auch in Heidelberg vorbringen.

Alle an einer aktiven Mitarbeit Interessierten können dies im Heidelberger Büro kundtun und erhalten dann die Einladungen zu den zwei- bis viermal jährlich stattfindenden Redaktionstreffen.

Redaktionen :

01099 Dresden, Redaktion Dresden, Reinhard Lichtenhahn, Görlitzer Str. 16, ☎ (0351) 802 99 40, Fax 802 99 50; **10961 Berlin, Redaktion Berlin,** Ricarda Buch, Mehringdamm 69, ☎ (0 30) 612 38 27, **E-Mail:** ricabuch@aol.com; **18569 Gingst/Westrügen, Redaktion Rügen/MV,** Andreas Küstermann, Teschvitz 3a, ☎ (038305) 6 00 13, Fax 6 00 14, **E-Mail:** kuema-ostseh-redaktionsbureau@t-online.de, **Internet:** www.presse-verlag-ostseh.de; **22763 Hamburg, Redaktion Hamburg,** Hilmar Kunath, Daimlerstr. 34 ☎ (0 40) 39 90 41 96, **E-Mail:** hkgw@vossnet.de, **Internet:** http://www.web-line.com/bs/contraste; **23701 Eutin, Redaktion Norddeutschland,** Volker Nadolni, Janussstr. 11, ☎ (04521) 53 12, Fax 29 33; **28201 Bremen, Redaktion Bremen,** Bernd Hüttner, Am Dammacker 8b, ☎ (04 21) 557 90 56; **28870 Ottersberg, Redaktion Bremen Umland,** Götz Paschen, Everinghausen 42 ☎(04205) 77 99 66, Fax 77 99 65, **E-Mail:** torfkurier@t-online.de; **37085 Göttingen, Redaktion Göttingen,** Kai Böhne, Wilamowitzweg 3, ☎ (0551) 5 75 46; **49008 Osnabrück, Redaktion Osnabrück,** Herrmann Cropp, Postfach 18 11, ☎ (05402) 73 73, **E-Mail:** packpapier.verlag@t-online.de; **51063 Köln, Redaktion Köln/Bonn,** Heinz Weinhausen, Düsseldorfer Str. 74, ☎ (0170) 59 38 90, (0221) 640 52 43, Fax 640 31 '98, **E-Mail:** ina@link-lev.de; **60313 Frankfurt, Redaktion Rhein/Main,** netz Hessen, Uwe Weppler, Schäfergasse 46, ☎ (0 69) 131 04 07, Fax 131 04 08, **E-Mail:** netzhessen@t-online.de; **Redaktion Saarland, AKTION 3. Welt Saar, 66674 Losheim, Weiskirchener Str. 24,** ☎ (06872) 99 30 56, Fax 99 30 57 und Netzwerk Selbsthilfe Saar e.V., 66111 Saarbrücken, Nauwieser Str. 19, ☎ (06 81) 37 15 02; **69035 Heidelberg, Redaktion Heidelberg,** Postfach 10 45 20, ☎ (06221) 16 24 67, Fax 16 44 89; **69434 Hirschhorn, Redaktion Neckar/Odenwald,** Stefan Riedel, Neckarsteinacher Str. 38x, ☎ (06272) 36 48, Fax 35 59, **E-Mail:** Stefan-Riedel@gmx.de; **71729 Erdmannhausen, Redaktion Stuttgart,** Peter Streiff, Im Esper 22, ☎ (0 71 44) 33 22 56, **E-Mail:** p.streiff@link-n.cl.sub.de; **90429 Nürnberg, Redaktion Franken,** Kurt Regenauer, Imhoffstr. 22, ☎ (0911) 26 77 68, Fax (0 40) 36 03 11 59 05, **E-Mail:** k.regenauer@suedschiene.de, **Internet:** www.suedschiene.de

Fachredaktionen :

Genossenschaften: 79102 Freiburg, Burghard Flieger, Erwinstr. 29, ☎ (0761) 70 90 23 · Fax 70 90 84, **E-Mail:** genossenschaft@t-online.de; **Jugendumweltbewegung:** 27283 Groß Hutbergen, **Post Hönisch,** Peter von Rüden, Armin Torbecke, Thedinghauser Str. 13, ☎ (04231) 48 78, Fax 48 79, **E-Mail:** p.rueden@link-n.cl.sub.de; **Sozialpolitik, AG SPAK: 68167 Mannheim,** Nico-Reiner Schindler, Pappelallee 31, ☎Fax (06 21) 30 38 13; **Selbstorganisierte Lebensgemeinschaften:** 10777 Berlin, Elisabeth Voß **E-Mail:** elisv10777@aol.com; **Information & Kommunikation,** 73527 Schwäbisch Gmünd, Karl Dietz, Sandweg 9,☎(07171) 6 94 88, E-Mail: dietz@koma.free.de

V.I.S.D.P.: Dieter Poschen, über CONTRASTE e.V., Postfach 10 45 20, 69035 Heidelberg. Für Beiträge, die mit vollem Namen gekennzeichnet sind, übernimmt der/die Autor/in die Verantwortung.
Eigenverlag; alle Nachdruckrechte bei CONTRASTE e.V., Heidelberg
Anzeigenverwaltung: Dieter Poschen, c/o CONTRASTE e.V., ☎ (06221) 18 34 02; Zur Zeit gilt die Anzeigenpreisliste Nr. 5/98
Herstellung:
Zündsatz GbR, Pleikartsförsterstr. 19, 69124 Heidelberg;
Bildredaktion: Ute Berthold, c/o CONTRASTE
Druck: Caro-Druck, Kasseler Str. 1A, 60486 Ffm

E-Mail:
CONTRASTE@t-online.de
Internet:
www.contraste.org

Endredaktion:
☎ (06221) 18 34 02
Vertrieb:
☎ (06221) 16 24 67
Telefax:
☎ (06221) 16 44 89

ALTERNATIVE ÖKONOMIE

NIEDERKAUFUNGEN

Anders leben – anders arbeiten
Die Kommune Niederkaufungen ist eine seit 14 Jahren bestehende Lebens- und Arbeitsgemeinschaft von derzeit 70 Personen. An diesem Wochenende wird es um Fragen gehen wie:

- Eine Kasse – und das funktioniert?
- Entscheidungen treffen ohne ChefIn und Abstimmungen?
- Geht im Kollektiv nix oder alles schief?
- Die Kleinfamilie – Hort des letzten Glücks oder Beziehungssackgasse?

Wir haben zwar keine fertigen Antworten, aber mittlerweile viele Erfahrungen im kommunitären Miteinander gesammelt und richten uns mit diesem Seminar an Leute, die Anregungen für ihre eigene weitere Lebensgestaltung suchen und Lust haben, sich mit alternativen Lebensformen auseinanderzusetzen.
Termin: 7.-9.4.2000

Los geht's:
Selbstbestimmt leben – Gruppen gründen
Auch an Pfingsten 2000 (8.-12.6.) lädt die Kommune Niederkaufungen wieder Menschen ein, die neue Gemeinschaften gründen wollen. Utopien können dort ausgetauscht bzw. direkt erlebt werden; Gleichgesinnte können sich finden, um ihre Träume gemeinsam zu verwirklichen. Bestehende Gruppen stellen sich vor und helfen mit Rat und Tat. Die ersten 300 Anmeldungen werden angenommen. Zur finanziellen Unterstützung werden auch Spenden und Sponsoren gesucht.

When I'm 64 ...
Ein Seminar für Leute, die ihre eigene Altersvorsorge bewusst gestalten und dabei politisch-gesellschaftliche Bedingungen mitreflektieren wollen. Das staatliche Rentensystem ist in der Krise, Angebote der Versicherungswirtschaft haben zweistellige Zuwachsraten. Gibt es Alternativen?
Im Rahmen des Seminars werden verglichen: die Solidargemeinschaft »Staatliches Rentensystem« mit Angeboten der Versicherungswirtschaft (z.B. Kapital-Lebensversicherung) und selbstgestaltete Schatzbildung.
Das komplexe Thema Altersvorsorge wird durch Informationsinput und ausgewählte Fall-Beratungen verständlich gemacht. Ein Überblick über alles rund um das Thema Altersvorsorge, der so umfassend und ohne Verkaufsabsichten kaum anderswo zu haben ist.
Termin: 24.-26.3.2000
Information & Anmeldung:
Tagungs- und Begegnungshaus Niederkaufungen, Kirchweg 1, D-34260 Kaufungen
☎(0 56 05) 80 07 30, Fax 80 07 40
E-Mail: tagunghaus@t-online.de
http://home.t-online.de/~tagunghaus

FRÜHLINGSTAGE 2000

Seit 1989 werden die »Frühlingstage« als Tagung grafischer Betriebe veranstaltet. Die Frühlingstage wurden jeweils von Unternehmen am Tagungsort organisiert, die ersten Jahre in Berlin, danach in Hamburg, Reutlingen, Regensburg und 1999 in Andechs.
In diesem Jahr hat die Berliner transfer-Unternehmensberatung die Ausrichtung übernommen.
In Workshops werden aktuelle Themen des grafischen Gewerbes behandelt, an den Abenden wird ein kulinarisches und kulturelles Programm den Rahmen zum Kennenlernen und Wiedersehen geben.
Termin: 28.4.-1.5.2000 in Berlin
Nähere Informationen über den Stand der Vorbereitungen sind zu finden unter: www.transfer-unternehmensberatung.de
Information & Anmeldung:
transfer, Attilastr. 56-58, D-12105 Berlin
☎(0 30) 75 48 92 80, Fax 75 48 92 82
E-Mail: transfer-bartning@t-online.de

ÖKODORF-INSTITUT

25.-27. Februar Seminar zur Gemeinschaftssuche /-gründung in der Delphin-Gemeinschaft im Schwarzwald
10.-12. März Seminar zur Gemeinschaftssuche /-gründung im Lebensgarten Steyerberg bei Hannover
14.-16. April Seminar zur Gemeinschaftssuche /-gründung in der Delphin-Gemeinschaft im Schwarzwald
19.-21. Mai Die Inneren Fesseln sprengen – Einsteigerseminar zur Visionssuche, Entscheidungsfindung und Konfliktlösung in der Delphingemeinschaft Schwarzwald.
6.-12. Juni ÖKODORF-Festival – Begegnung von Gemeinschaften und Suchenden in Gemeinschaft am Bodensee.
Info zu allen Terminen:
Ökodorf-Institut, Bergwerkstr. 33, D-79688 Hausen im Wiesental
Tel./Fax (0 76 22) 67 13 22
E-Mail: oekodorf@gemeinschaften.de
www.gemeinschaften.de

INA, KÖLN

Krise der Arbeit – Ursachen, Folgen, Auswege
Die Automation ist immer ein Traum der Menschheit gewesen. Heute, wo sich dieser Traum verwirklicht, erweist er sich für immer mehr Menschen als Alptraum. Warum ist die Problematik der Massenarbeitslosigkeit nicht mit den herkömmlichen marktwirtschaftlichen Rezepten zu bewältigen? Welche gesellschaftlichen Folgen stehen bevor? Kann das Konzept der »Neuen Arbeit«, wo Erwerbsarbeit mit Eigenarbeit verknüpft wird, Auswege aufzeigen? Was Projekte heute schon erreicht haben, wird anhand der »Sozialistischen Selbsthilfe Mülheim« und anderen vorgestellt und diskutiert.
Bildungsurlaub
Termin: 3. bis 7.4.2000
Preis: 330 DM (ermäßigt 160 DM)
Information & Anmeldung:
Institut für Neue Arbeit, Düsseldorfer Str. 74, D-51063 Köln
☎(02 21) 640 52 45, Fax 640 31 98

NEUE ARBEIT

Zukunft NRW: »Neue Arbeit« – Wege aus der Arbeitslosigkeit
Podiumsdiskussion zur Landtagswahl mit: Landtagskandidaten des Wahlbezirkes Mülheim der SPD, der CDU und den Grünen.
Rainer Kippe (Institut für Neue Arbeit)
Moderation: Wolfgang Blaschke
Am Dienstag, den 21.3.2000 um 20 Uhr
Ort: Institut für Neue Arbeit, Düsseldorfer Str. 74, Köln-Mülheim

KRISIS

Wann ist endlich Feierabend? Manifest gegen die Arbeit
Vortrag und Diskussion mit Robert Kurz, Philosoph und Ökonom, Nürnberg
kritisch begleitet im Podium von Uwe Meinhardt, Gewerkschaftssekretär, IG Metall Stuttgart
Dienstag, 28. März 2000, 20 Uhr
Merlin, Augustenstr. 72, Stuttgart
Eine gemeinsame Veranstaltung des Merlin mit der Montagsgruppe

ANTI-ATOM

Anti-Castor-Street-Parade
Goa, Drum 'n' Bass, Big beat, Afterparty und 'ne goldene Überraschung!
Klar war schon immer, dass rotgrüner Konsens Nonsens ist. Klar ist immer noch: Im atomaren Ausstiegspoker ist unser Widerstand der Joker!
Weder haben wir uns verkohlen lassen, noch werden wir uns grün verarschen lassen. Drum laut und kantig! Wir sehen uns auf der Straße!
Termin: 18.3.2000, 14 Uhr, Braunschweig/Kohlmarkt
Infos: SchüGeKo, c/o Madeamenweg 168, D-38118 Braunschweig
☎(01 77) 671 03 47
E-Mail: ocksbs@aol.com
www.anti-castor-techno-street-parade.de

UMWELTSCHUTZ VON UNTEN

Der aktuelle Umweltschutz kommt von oben: Autoritär über den Staat und seine Vollzugsorgane (ganz modern: Umweltpolizei, UmweltrangerInnen) per Gesetz oder neoliberal über den Markt und dann über das Geld. Was aber festgelegt oder finanziell bestraft wird, darüber können die Menschen nicht entscheiden.
Und die Lage verschlimmert sich noch: Aktuelle Umweltschutzkonzepte sind ökoneoliberal, d.h. sie unterstützen die Öffnung der Märkte und den freien Zugriff auf die »Rohstoffe« Natur und Mensch. UmweltschützerInnen liegen Arm in Arm mit Industrie und Staatsmacht. Und die Lehre: An Schulen und Universitäten wird genau dieser Trend des wortwörtlichen Ausverkaufs vom Umweltschutz mitgegangen.
Umweltschutz von unten setzt völlig anders an. Es macht die Menschen zu den Bestimmenden und sucht dann, diese für die Idee des Umweltschutzes zu gewinnen. Die wenigen Beispiele, die existieren, machen dabei Hoffnung. Wo Menschen tatsächlich mitbestimmen können, weil ihnen die Innenhöfe, Stromnetze, Flächen usw. gehören, gehen sie bewußter damit um – schließlich spüren sie auch die Folgen, ganz anders als Konzernzentralen oder Regierungsapparate, die meist in weiter Ferne sind.
Im Seminar sollen die aktuellen Umweltschutzkonzepte wie Ökosteuern, Ökoaudit, Umweltpolizei, Schuldenerlaß gegen Umweltschutz, Agenda 21, Nachhaltigkeit usw. kritisch durchleuchtet sowie die Grundlagen eines emanzipatorischen Umweltschutzes diskutiert werden. Zudem geht es um konkrete Beispiele: Das Stromnetz in BürgerInnenhand in Schönau, Biohöfe oder Windanlagen im Gemeinschaftsbesitz vieler AnwohnerInnen usw.
Termin: 14.-16.4.2000 in der Projektwerkstatt in Saasen (nahe Gießen, Bahn Gießen-Fulda/Haltestelle Saasen)
Information & Anmeldung:
Projektwerkstatt, Ludwigstr. 11, D-35447 Reiskirchen-Saasen
☎(0 64 01) 90 32 83

FLÜCHTLINGE

Die kurdischen Flüchtlinge bleiben hier!
Am 7. April wird in BaWü ein Kongress gegen die Abschiebung kurdischer Flüchtlinge stattfinden. Bei dem Kongress geht es darum, einen geschützten Raum für die Selbstorganisierung von Flüchtlingen zu schaffen und Anknüpfungspunkte für Solidarität aus möglichst vielen gesellschaftlichen Bereichen zu bieten. Gleichzeitig soll die Abschiebepolitik der Regierung in aller Schärfe öffentlich angegriffen werden.
Info: kein mensch ist illegal, Keplerstr. 17, D-70174 Stuttgart

DEAB

Frühjahrskonferenz
Der Dachverband Entwicklungspolitischer Aktionsgruppen e.V. in BaWü (DEAB) veranstaltet vom **18.-19.3.** seine Frühjahrskonferenz.
Themen auf der Konferenz sind u.a. die WTO nach Seattle, das Erlassjahr 2000 mit den neuen Aktionen und die aktuelle Lage auf den Philippinen, erläutert von Father Shay Cullen von PREDA.
Info: DEAB, Obere Paulusstr. 59, D-70197 Stuttgart
☎/Fax: (07 11) 65 05 21
E-Mail: DEAB.stuttgart@t-online.de

SCHNUPPERABO

CONTRASTE zum kennenlernen? Gegen 10 DM in Briefmarken/Schein bekommt Ihr CONTRASTE drei Monate frei Haus. Das Schnupperabo ist befristet und läuft automatisch aus. Also, 10 DM mit Eurer Anschrift und dem Vermerk »Schnupperabo« an nebenstehende Vertriebsanschrift einsenden.

Zum Verbleib bei der/dem BestellerIn
Ich habe am ..... die Zeitung CONTRASTE zum jährlichen Bezugspreis von 80,-DM abonniert. Ich weiß, daß ich das Abonnement innerh. von 7 Tagen schriftlich widerrufen kann. Dazu genügt eine Postkarte an: CONTRASTE-Vertrieb, Postfach 10 45 20, 69035 Heidelberg

RADIKAL REISEN

2000 Jahre Christentum – Verhältnis von Staat und Religion am Beispiel der Türkei
Das Verhältnis zwischen Staat und Religion ist thematischer Schwerpunkt. Neben einem historischen Abriss des Säkularisierungsprozesses wollen wir uns mit dem gegenwärtigen Umgang der Republik mit dem Islam und anderen Religionsgruppen beschäftigen. Die Rolle des Militärs als sogenannter Hüter der laizistischen Verfassung soll hinterfragt, zivilgesellschaftliche Alternativen – auch im Hinblick auf das Verhältnis von Staat und Religion in Deutschland – erörtert werden.
Termin: August, Türkei – Istanbul/Ankara

Peru: Neoliberalismus
Politikwissenschaftler sind sich einig: Peru ist einer der lateinamerikanischen Staaten, dessen sogenannte »Demokratie« derzeit wohl am meisten, nämlich bis zur Unkenntlichkeit verstümmelt wird. Im Zuge einer radikalen, neoliberalen Umstrukturierung der Wirtschaft werden nach und nach sämtliche Staatsbetriebe an ausländische Privatinvestoren vertickt; die harten Auflagen von IWF und Weltbank werden von dem populistischen Präsidenten Alberto Fujimoro geschickt instrumentalisiert, um als »Sachzwänge« von der kontinuierlichen Unterhöhlung der Menschenrechte abzulenken. Die »Politik der harten Hand« fand besonders zu Beginn seiner ersten Amtszeit großen Zuspruch, denn wie in vielen Ländern Lateinamerikas glauben auch die meisten PeruanerInnen, dass die drängenste Not zunächst nur unter den Bedingungen einer »Demokratur« bekämpft werden kann. Da dieser Irrtum nur langsam aufzufliegen droht und nächstes Jahr Wahlen in Peru anstehen, muss der Präsident sich die notwendige Legitimation durch medienwirksame Auftritte (Motto: Gut-Ding-will-Weile-haben) sichern. Trotz Verstoßes gegen die Verfassung – in der maximal zwei Amtszeiten vorgesehen sind – tritt Fujimori noch einmal an...
Peru kennenzulernen ist für alle die interessant, die einen autoritären Staat mit einer demokratischen Fassade kennenlernen wollen. Natürlich ist das Land vor allem auch wegen seiner Menschen, der rauhen Natur, der Kultur, Musik, des Essens und des Bieres wegen eine Reise wert! Natürlich werden wir versuchen, Kontakte zu politischen Gruppen vor Ort herzustellen, u.a. mit einer Gruppe in Huaraz (Andines Hochland).
Termin: August/Sept. 2000

Russland – Moskau: »Grund- und Freiheitsrechte«
Als neue Partnerorganisation werden wir uns die Jugend von JABLOKA anschauen und uns mit ihnen über die Lage Russlands vor den anstehenden Präsidentschaftswahlen unterhalten. Den thematischen Schwerpunkt der Reise bildet der Bereich der (neu erworbenen bzw. zugestandenen) Grund- und Freiheitsrechte. Es sind Treffen mit Kriegsdienstverweigerern (und entsprechenden Unterstützungsorganisationen) sowie mit kritischen JournalistInnen geplant.
Termin: 20.-31.8.2000

Stadtpolitik und Demokratie in New York City
In den letzten Jahren hat sich die Debatte um die Zukunft der Innenstädte insbesondere (aber nicht nur) der Metropolen weltweit verschärft. Einerseits wird der Verlust öffentlichen Lebens in den Städten beklagt, andererseits werden die Bestimmungen über das Verhalten im noch existenten öffentlichen Raum in den Innenstädten immer restriktiver. Bei diesen, sich nun auch in deutschen Städten immer stärker durchsetzenden Tendenzen dient New York den deutschen Politikern als Vorbild.
Im Rahmen der Reise nach New York sollen die mit dem Argument der zunehmenden Standortkonkurrenz legitimierten Konzepte der Stadtpolitik in den Innenstädten der Metropole untersucht werden. So sollen zunächst die verfolgten Konzepte im Umgang mit dem städtischen Raum betrachtet werden: Vermarktung des öffentlichen Raums, Verbrechensbekämpfungspolitik, Umgang mit ethnischen Minderheiten und verschiedenen sozialen Gruppen und die Beschneidung von Freiheitsrechten aufgrund stadtpolitischer Interessen. Danach sollen unterschiedliche Gruppierungen besucht werden, die sich entgegen der offiziellen Politik mit dem Erhalt des öffentlichen Raums als Grundlage einer demokratischen Öffentlichkeit auseinandersetzen (Obdachlosenprojekte, Hurenorganisationen, studentische Gruppen, Reclaim-the-Streets-Organisationen, Stadtteilgruppen etc.)
Termin: 17.-29.9.2000
Information & Anmeldung:
JungdemokratInnen / Junge Linke, Pappelallee 9, D-10437 Berlin
☎(0 30) 44 02 48 66
E-Mail: jdjlbgs@aol.com

ANGOLA

Konferenz: Angola – Ein Land wird geplündert
»Gestern war die dunkle Nacht des Kolonialismus. Heute ist das Leiden des Krieges, aber der Morgen wird das Paradies sein. Dieser Morgen ist nie gekommen, nur ein ewiges Heute.« (Pepetela 1992)
Vom **28.-30.04.2000** in der Akademie Hofgeismar. Veranstaltet von der Akademie Hofgeismar und medico international.
Im Schatten der Weltöffentlichkeit geschieht seit Jahren ein Skandal: Inmitten reichster Erdöl- und Diamantenvorkommen wird die Zivilgesellschaft zwischen den beiden Kriegsparteien und den Profitinteressen transnationaler Konzerne zerrieben. Die gesamte Region im südlichen Afrika ist von dem Krieg betroffen uns sieht sich einem gigantischen Militärarsenal gegenüber. Auf der Tagung berichten ReferentInnen aus Angola, ExilangolanerInnen, PolitikerInnen und Angehörige von Hilfsorganisationen von der Lage im Land. Die Ursachen des nicht enden wollenden Krieges sollen ergründet und nach möglichen Lösungsmöglichkeiten gesucht werden.
Weitere Informationen:
Ev. Akademie Hofgeismar, Jens Haupt, Schlösschen Schönburg, Postfach 1205, D-34362 Hofgeismar
☎(0 56 71) 88 11 16, Fax 88 11 54

JUNGE LINKE

Vom Schmuddelkind zur Weltmacht
Seminar zur deutschen »Vergangenheitsbewältigung«
Termin: 24.-26.3.2000

Was ist Ideologie?
Termin: 7.-9.4.2000
Info: junge linke, Postfach 91 04 29, D-30424 Hannover
☎(05 11) 838 62 26
E-Mail: info@junge-linke.de
www.junge-linke.de

EXPO no! denn die Welt sieht anders aus!
Im Juni startet in Hannover (und in vielen Außenstellen der BRD und weltweit) unter dem Motto »Mensch Natur Technik« die EXPO 2000, die große Zukunftsschau, die von sich behauptet, Lösungen für die ökologischen und sozialen Probleme unserer Zeit zu präsentieren. Wir wollen auf dem Seminar nicht nur das Konzept der EXPO und die Ideologien dahinter anschauen, sondern auch versuchen, Gegen-Entwürfe zu entwickeln und uns Gedanken über Aktionen und Aktionsformen vor und während der EXPO zu machen.
Termin: 25.-26.3.2000, Leichlingen

Anti-Atom-Aktionsseminar
Termin: 7.-9.4.2000, Ahaus

education sucks
Schul- und Erziehungskritik
Termin: 7.-9.4.2000, Düsseldorf

Widerstandscamp in Ahaus Auf in den Mai!
Termin: 28.4.-1.5.2000
Info: JD/Junge Linke NRW, Kieler Str. 29c, D-42107 Wuppertal
☎(02 02) 493 83 54, Fax 45 11 23
E-Mail: info@jungdemokratinnen.de
www.jungdemokratinnen.de

SOMMERCAMPS

Wendland-Sommercamp vom 22.-30. Juli 2000. Info Verdener Umweltwerkstatt, Atilleriestr. 6, D-27283 Verden
☎(0 42 31) 95 75 71

Nur tote Fische kommen in die Zeitung, wilde Fische fliegen
Antinationales & linksradikales Sommercamp
Termin: 22.7-6.8.2000
Info: junge linke, Postfach 91 04 29, D-30424 Hannover
☎(05 11) 838 62 26
E-Mail: info@junge-linke.de
www.junge-linke.de

Radikaldemokratisches Sommercamp
Termin: 23.7.-6.8.2000 an der Ostsee
Info: JD/Junge Linke NRW, Kieler Str. 29c, D-42107 Wuppertal
☎(02 02) 493 83 54, Fax 45 11 23
E-Mail: info@jungdemokratinnen.de
www.jungdemokratinnen.de

CONTRASTE

JETZT ABONNIEREN: Ich/Wir abonniere/n CONTRASTE zum fortlaufenden Bezug zum jährlichen Bezugspreis von 80,– DM bzw. 650 ÖSh (incl. Versand). Das Abonnement verlängert sich automatisch um weitere 12 Monate, wenn es nicht mindestens **3 Wochen vor Ablauf schriftlich** gekündigt wird.

Name:

PLZ, Ort, Straße:

Gruppe/Betrieb/Beruf:

Datum: Unterschrift:

Zahlungsweise (zutreffendes bitte ankreuzen)

☐ **Einzugsermächtigung:** Ich erkläre mich damit einverstanden, daß die Abonnementgebühren von meinem Konto abgebucht werden.

Kontoinhaber:

Geldinstitut:

Konto-Nr.: BLZ:

Diese Einzugsermächtigung wird ungültig, wenn ich sie schriftlich widerrufe.

Datum: Unterschrift:

☐ **Gegen Rechnung.** Ich zahle sofort nach Erhalt der Rechnung. **Bitte keine Vorauszahlung auf unser Konto !**

☐ **Ein Verrechnungsscheck liegt dieser Bestellung bei.**

Diese Bestellung kann **innerhalb von 7 Tagen schriftlich** widerrufen werden.
Zur Fristwahrung genügt die rechtzeitige Absendung des Widerrufs an CONTRASTE-Vertrieb, Postfach 10 45 20, 69035 Heidelberg. Davon habe ich Kenntnis genommen.

Datum: Unterschrift:

Coupon ausgefüllt an CONTRASTE-Vertrieb, Postfach 10 45 20, 69035 Heidelberg, einsenden.